

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/205990]

Beschäftigung

Ein ministerieller Erlass vom 8. November 2019 erteilt eine befristete Zulassung für zwei Jahre an "Jobyx GmbH" als Leiharbeitsvermittler in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2019/205990]

Emploi

Un arrêté ministériel du 8 novembre 2019 porte agrégation, pour une durée de deux ans, de « Jobyx GmbH » comme agence de travail intérimaire en Communauté germanophone.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2019/205990]

Werkgelegenheid

Bij ministerieel besluit van 8 november 2019 wordt "Jobyx GmbH" voor een duur van twee jaar erkend als uitzendbureau in de Duitstalige Gemeenschap.

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT
UND ÖFFENTLICHER DIENST DER WALLONIE

[2019/206045]

14. NOVEMBER 2019 — Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche

Aufgrund der Artikel 39 und 139 der Verfassung;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 6 § 1 I. Nummern 1 bis 6 und Artikel 92bis § 1, eingefügt durch das Sondergesetz vom 8. August 1980 und zuletzt abgeändert durch das Sondergesetz vom 6. Januar 2014;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 55bis, eingefügt durch das Gesetz vom 5. Mai 1993 und abgeändert durch das Gesetz vom 6. Januar 2014;

Aufgrund des Dekrets des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. April 2019 über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekrets des Wallonischen Parlaments vom 6. Mai 2019 über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

In Erwägung, dass die Ausübung bestimmter Zuständigkeiten im Bereich Raumordnung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet den Abschluss eines Abkommens zu bestimmten Punkten erfordert, insbesondere zur Garantie der Kohärenz zwischen verschiedenen verwaltungspolizeilichen Vorgaben und um zur Rechtssicherheit der Bürger, Unternehmen und Verwaltungen beizutragen;

In Erwägung, dass es somit wichtig ist, die Art und Weise zu bestimmen, nach denen die anwendbare Gesetzgebung ermittelt wird, wenn eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung eingereicht wird, die Handlungen und Arbeiten an einem unbeweglichen Gut betreffen, dass sich über beide Sprachgebiete erstreckt; zu regeln, welche Stellungnahmen beiderseitig bei der Behandlung von Plänen und Programmen beziehungsweise Genehmigungen einzuholen sind; die Möglichkeit beizubehalten, eine Global- oder integrierte Genehmigung zu erteilen, wenn Handlungen und Arbeiten sowohl einer Städtebaugenehmigung und einer Umweltgenehmigung und/oder einer Genehmigung der Handelsniederlassung bedürfen; einen Informationsaustausch zwischen den betroffenen Verwaltungen einzurichten; Übergangsregelungen zu bestimmen für die am 1. Januar 2020 noch laufenden Akten;

die Wallonische Region, vertreten durch die Wallonische Regierung in Person des Ministerpräsidenten, des Ministers, der die Raumordnung in seinen Zuständigkeiten hat, und der Ministerin, die die städtische Erneuerung in ihren Zuständigkeiten hat,

und

die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Person des Ministerpräsidenten und der Ministerin, die die Vorbereitung der Übertragung der Ausübung der Raumordnung in ihren Zuständigkeiten hat,

Haben das Nachfolgende vereinbart:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen ist auf die Ausübung der Zuständigkeit Raumordnung, so wie in Artikel 6 § 1 I. Nummern 1 bis 6 des Sondergesetzes erwähnt, im deutschen Sprachgebiet anwendbar.

Es ist ebenso auf die Fälle anwendbar, in denen die verwaltungspolizeilichen Vorgaben der Raumordnung einen teilweisen und unmittelbaren Einfluss auf andere verwaltungspolizeiliche Vorgaben haben, die von der Wallonischen Region im deutschen Sprachgebiet ausgeübt werden, insbesondere die Vorgaben zu eingestuftem Betrieben und Handelsniederlassungen.

Art. 2 - Für die Anwendung des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens versteht man unter:

1° Sondergesetz: das Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen;

2° Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung (deutschsprachig): die Entscheidung oder Bescheinigung der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zuständigen Behörde, getroffen oder ausgestellt aufgrund der in Artikel 6 § 1 I. Nummer 1 des Sondergesetzes genannten Zuständigkeit, im deutschen Sprachgebiet und auf deren Grundlage eine Person Handlungen und Arbeiten, die in der anwendbaren Gesetzgebung vorgesehen sind, unter bestimmten Bedingungen im deutschen Sprachgebiet ausführen darf, gegebenenfalls in Anwendung der in Kapitel 2 genannten Bestimmungen;

3° Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung (wallonisch): die Entscheidung oder Bescheinigung der in der Wallonischen Region zuständigen Behörde, getroffen oder ausgestellt aufgrund der in Artikel 6 § 1 I. Nummer 1 des Sondergesetzes genannten Zuständigkeit, im französischen Sprachgebiet und auf deren Grundlage eine Person Handlungen und Arbeiten, die in der anwendbaren Gesetzgebung vorgesehen sind, unter bestimmten Bedingungen im französischen Sprachgebiet ausführen darf, gegebenenfalls in Anwendung der in Kapitel 2 genannten Bestimmungen;

4° Umweltgenehmigung: die Entscheidung der in der Wallonischen Region zuständigen Behörde, getroffen aufgrund der in Artikel 6 § 1 II. Nummer 3 des Sondergesetzes genannten Zuständigkeit, im französischen und deutschen Sprachgebiet und auf Grundlage derer eine Person einen Betrieb gemäß der anwendbaren Gesetzgebung für eine bestimmte Dauer und zu bestimmten Bedingungen betreiben, verlegen, umbauen oder ausbauen darf;

5° gemischtes Projekt: das Projekt, für das zum Zeitpunkt der Einreichung des Genehmigungsantrags ersichtlich wird, dass seine Verwirklichung einer Umweltgenehmigung und einer Städtebaugenehmigung (deutschsprachig) bedarf;

6° Globalgenehmigung: die Entscheidung der zuständigen Behörden bezüglich eines gemischten Projekts, ausgestellt nach dem Verfahren gemäß Kapitel 4 Abschnitt 1, die als Umweltgenehmigung und Städtebaugenehmigung (deutschsprachig) gilt;

7° Betrieb: technische und geografische Einheit, in der eine oder mehrere im Hinblick auf den Umweltschutz eingestufte Anlagen und/oder Tätigkeiten eine Rolle spielen, sowie jede andere Anlage und/oder Tätigkeit, die unmittelbar damit in Zusammenhang steht und Ein- und Auswirkungen auf die Emissionen und die Verschmutzung haben könnte. Ein Betrieb, in dem eine oder mehrere eingestufte Anlagen oder Tätigkeiten involviert sind, die in der Nähe zu gleichartigen Anlagen oder Tätigkeiten niedergelassen sind, die aber in materieller oder funktioneller Hinsicht keine gegenseitige Abhängigkeit haben, bildet einen anderen, von dem bestehenden Betrieb getrennten Betrieb;

8° zeitweiliger Betrieb: jeglicher Betrieb, der von seiner Art her zeitlich begrenzt ist und dessen durchgehende Betriebsdauer folgende Zeiträume nicht überschreitet:

a) drei Jahre falls es sich:

1. entweder um einen Betrieb handelt, der für eine Baustelle erforderlich ist;

2. um einen Betrieb handelt, der für die Gewinnung oder Verwertung von Ziergesteinen bestimmt ist, die von einem Steinbruch stammen, der bewirtschaftet wurde oder in Betrieb war und der für eine Baustelle zur Renovierung, baulichen Veränderung, Erweiterung oder zum Wiederaufbau eines Gebäudes unter Beachtung des bebauten Standorts notwendig ist;

3. oder um die ordnungsgemäß genehmigte Umänderung oder Erweiterung eines Steinbruchs und gegebenenfalls seiner Nebenanlagen handelt, wenn diese Umänderung oder Erweiterung zur Bestreitung augenblicklicher Bedürfnisse öffentlichen Interesses erforderlich ist;

b) die Dauer der Wiederinstandsetzung des Orts, falls es sich um einen zur Wiederinstandsetzung eines verschmutzten Geländes bestimmten Betrieb handelt;

c) drei Monate oder ein geringerer von der Regierung festgelegter Zeitraum für die von ihr bezeichneten Betriebe;

9° versuchsweise eingerichteter Betrieb: jeglicher Betrieb, der dazu bestimmt ist, während einer Dauer von höchstens 6 Monaten in Funktion zu sein und der ausschließlich oder hauptsächlich zur Ausarbeitung oder Erprobung neuer Methoden oder Produkte dient;

10° Betrieb der Klassen 1 oder 2: die gemäß der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung einer Umweltgenehmigung unterworfenen Anlagen und Aktivitäten im französischen und deutschen Sprachgebiet;

11° Betreiber: jede Person, die einen eingestuften Betrieb bewirtschaftet, oder für deren Rechnung ein eingestufteter Betrieb bewirtschaftet wird. Während des Verfahrens der Genehmigungserteilung wird der Antragsteller mit dem Betreiber gleichgestellt;

12° Umweltverträglichkeitsakte: die Bewertungsnotiz oder Umweltverträglichkeitsstudie, die aufgrund der Gesetzgebung zur Organisation der Bewertung der Ein- und Auswirkungen auf die Umwelt in der Wallonischen Region erforderlich sind;

13° Genehmigung der Handelsniederlassung: die Entscheidung der in der Wallonischen Region zuständigen Behörde, getroffen aufgrund der in Artikel 6 § 1 VI. Absatz 1 Nummer 6 und § 5bis des Sondergesetzes genannten Zuständigkeit, im französischen und deutschen Sprachgebiet und auf Grundlage derer eine Person ein Projekt der Handelsniederlassung gemäß der anwendbaren Gesetzgebung für eine bestimmte Dauer und zu bestimmten Bedingungen betreiben, verlegen, umbauen oder ausbauen darf;

14° integriertes Projekt: das Projekt, für das zum Zeitpunkt der Einreichung des Genehmigungsantrags ersichtlich wird, dass seine Verwirklichung entweder einer Genehmigung der Handelsniederlassung und einer Globalgenehmigung im Sinne des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens oder einer Genehmigung für Handelsniederlassungen und einer Städtebaugenehmigung (deutschsprachig) bedarf;

15° integrierte Genehmigung: die Entscheidung der zuständigen Behörden bezüglich eines integrierten Projekts, ausgestellt nach dem Verfahren gemäß Kapitel 4 Abschnitt 2, die als Genehmigung der Handelsniederlassung und Globalgenehmigung im Sinne des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens oder Städtebaugenehmigung (deutschsprachig) gilt;

16° Einzelhandelsbetrieb: die Vertriebseinheit, deren Tätigkeit in dem alltäglichen Weiterverkauf von Waren an Verbraucher im eigenen Namen und für eigene Rechnung besteht, ohne mit diesen Waren anderweitig als durch ihre handelsübliche Handhabung umzugehen;

17° Nettohandelsfläche: die für den Verkauf bestimmte, der Öffentlichkeit zugängliche Fläche einschließlich der nicht überdachten Flächen. Im Falle eines Ausbaus ist die für die Anwendung dieses Zusammenarbeitsabkommens zu berücksichtigende Nettohandelsfläche die Gesamtläche nach Vollendung des Projekts einer Handelsniederlassung. In dieser Fläche sind insbesondere die Kassenbereiche, die Bereiche hinter den Kassen und die Eingangshallen, falls diese ebenfalls zu Zwecken der Ausstellung oder des Verkaufs von Waren verwendet werden, mit eingeschlossen;

18° Projekt einer Handelsniederlassung:

a) ein Neubauprojekt, in dem die Ansiedlung eines Einzelhandelsbetriebs mit einer Nettohandelsfläche von mehr als 400 m² vorgesehen ist;

b) ein Projekt eines "Handelskomplexes", dessen Oberfläche gemäß Buchstabe a) entspricht, d.h. einer Gruppe von Einzelhandelsbetrieben, ob sie sich in getrennten Gebäuden befinden oder nicht und ob ein und dieselbe Person der Projektträger, der Eigentümer, der Betreiber oder der Genehmigungsinhaber ist oder nicht, die zusammen auf dem gleichen Gelände liegen und zwischen denen ein Rechts- oder ein faktisches Verhältnis insbesondere in finanzieller, kommerzieller oder materieller Hinsicht besteht oder die Gegenstand eines konzertierten gemeinsamen Verfahrens betreffend eine Städtebau-, Umwelt- oder Globalgenehmigung sind;

c) ein Projekt zum Ausbau eines Einzelhandelsbetriebs oder Handelskomplexes, der die in Buchstabe a) festgesetzte Oberfläche bereits erreicht oder mit der Durchführung des Projekts übersteigen soll;

d) ein Projekt zur Führung, innerhalb eines bisher nicht zu Handelstätigkeiten bestimmten bereits bestehenden Gebäudes, eines oder mehrerer Einzelhandelsbetriebe oder eines Handelskomplexes mit einer Oberfläche, die derjenigen entspricht, die in Buchstabe a) festgelegt ist;

e) ein Projekt zur wesentlichen Änderung der Art der Handelstätigkeit eines Einzelhandelsbetriebs oder Handelskomplexes innerhalb einer bereits zu Handelstätigkeiten bestimmten bestehenden Gebäudes, dessen Oberfläche derjenigen gemäß Buchstabe a) entspricht;

19° operative Raumordnung: die Gesamtheit der im Rahmen der in Artikel 6 § 1 I. Nummern 4 und 5 des Sondergesetzes genannten Zuständigkeiten ausgeführten Handlungen;

20° Gewerbepark: der Umkreis, der einen Gebietsteil bestimmt, in dem es zweckmäßig ist, andere gewerbliche Aktivitäten als der Einzelhandel anzusiedeln, aufrechtzuerhalten und zu entwickeln, es sei denn, der Einzelhandel stellt für Letztere eine Hilfstätigkeit dar, wobei dieses Gebiet auch Güter umfasst, die zum öffentlichen Eigentum gehören oder dazu bestimmt sind, ins öffentliche Eigentum eingegliedert zu werden, wenn sie zur Umsetzung des Parks beitragen;

21° GRE: Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung;

22° Übertragungsdekrete: das Dekret des Wallonischen Parlaments vom 6. Mai 2019 über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche durch die Deutschsprachige Gemeinschaft und das Dekret des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. April 2019 über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, durch die der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Ausübung der in Artikel 1 erwähnten Zuständigkeiten übertragen wurde.

KAPITEL 2 — Bestimmung der anwendbaren Gesetzgebung

Art. 3 - Das vorliegende Kapitel ist anwendbar, wenn Handlungen und Arbeiten an einem unbeweglichen Gut stattfinden, das sich über mindestens eine Gemeinde des französischen Sprachgebiets und mindestens eine Gemeinde des deutschen Sprachgebiets erstreckt, so wie in Artikel 6 der Übertragungsdekrete vorgesehen.

Die für die Anwendung des Artikels 6 der Übertragungsdekrete zu berücksichtigende Grundfläche der Handlungen und Arbeiten bezieht sich auf:

1° im Falle eines Neubauprojekts, die Grundfläche aller Handlungen, Arbeiten, Anlagen und Bauten die Gegenstand des Genehmigungsantrages sind;

2° im Falle von Handlungen, Arbeiten, Anlagen und Bauten zum Aus- oder Umbau von bestehenden und genehmigten Gebäuden, die globale Grundfläche, die Grundfläche des Bestands inbegriffen.

Art. 4 - Wenn die Eigenschaften der Änderungspläne, die im Laufe der Behandlung hinterlegt werden, zur Folge haben, dass aufgrund der in Artikel 6 der Übertragungsdekrete festgelegten Kriterien die anwendbare Gesetzgebung ändern muss, schließt die Behörde, bei der die Antragsakte eingereicht worden ist, die Behandlung ab und entbindet sich der Akte. Der Antragsteller reicht die abgeänderte Antragsakte erneut bei der aufgrund der in Artikel 6 der Übertragungsdekrete festgelegten Kriterien zuständigen Behörde ein, die diese gemäß der anwendbaren Gesetzgebung behandelt.

Art. 5 - § 1 - Die Behandlung der Anträge auf Städtebaugenehmigung, Globalgenehmigung oder integrierte Genehmigung und gegebenenfalls der Einsprüche für die in Artikel 6 der Übertragungsdekrete genannten Fälle beinhaltet verpflichtend die Einholung folgender Stellungnahmen in Form einfacher Gutachten:

1° wenn die Gesetzgebung der Wallonischen Region anwendbar ist: die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihr gemäß der anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte, sowie die unmittelbar in bedeutendem Maße vom Projekt betroffene(n) Gemeinde(n) des deutschen Sprachgebiets. Die Gemeinde(n), auf deren Gebiet sich die Handlungen und Arbeiten teilweise befinden, zählen in jedem Fall zu den letztgenannten;

2° wenn die Gesetzgebung der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbar ist: die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß der anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte, sowie die unmittelbar in bedeutendem Maße vom Projekt betroffene(n) Gemeinde(n) des französischen Sprachgebiets. Die Gemeinde(n), auf deren Gebiet sich die Handlungen und Arbeiten teilweise befinden, zählen in jedem Fall zu den letztgenannten;

3° unabhängig von der anwendbaren Gesetzgebung und wenn das Projekt die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Handlungen und Arbeiten betrifft, außer wenn die zu konsultierende Behörde oder Dienststelle Antragsteller der Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung ist:

| 0. | Spezifität des Projekts | Handlungen und Arbeiten | Einzuholende Stellungnahmen |
|----|---|--|--|
| 1. | Kommunikationsinfrastrukturen | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reserveflächen einer Eisenbahnstrecke | INFRABEL (Infrastruktur) |
| 2. | Eisenbahnstrecke: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem an der Eisenbahnstrecke gelegenen Grundstück | INFRABEL (Infrastruktur) | Feuerwehrdienst (Hydranten, Konfiguration, Durchführung der Rettungsfahrzeuge) |
| 3. | Zum öffentlichen Verkehr und zur Straßenanbindung von Gebäuden bestimmte Landverkehrswege | Handlungen und Arbeiten in Bezug auf den Bau, Änderung eines kommunalen Verkehrswegs | |
| 4. | Sicherheit Brandschutznormen | Errichtung von für die Öffentlichkeit zugänglichen Gebäuden oder Räumen: 1° Einrichtungen zur Betreuung oder Unterbringung von Senioren und Personen mit Beeinträchtigung; 2° Krankenhäuser, einschließlich der Kliniken; 3° Zentren für medizinische, psychische, Familien- und Sozialhilfe; 4° Gebäude und Räume für soziokulturelle, Sport-, Freizeit- oder touristische Tätigkeiten, sowie überdachte Spielflächen; 5° Kultbauten und Bestattungshäuser; 6° Schul-, Universitäts- und Ausbildungsgebäude und -infrastrukturen; 7° Internate, Studenten- und Kinderheime; 8° Strafvollzugs- und Umerziehungsanstalten; 9° Gebäude und Infrastrukturen, wo Aufgaben öffentlichen Dienstes wahrgenommen werden, nämlich Stadthäuser, Gerichtshöfe, Gerichte und deren Kanzleien, Postämter, Bahnhöfe, Flughafengebäude, Bahnstationen, U-Bahn-Stationen und Bushaltestellen, einschließlich der Bahnsteige; 10° Banken und andere Geldinstitute; 11° im Bau befindliche Parkhäuser 12° Bürogebäude, Geschäfte, Geschäftszentren, Hotels, Gasthöfe, Restaurants und Cafés. | Feuerwehrdienst |
| 5. | | Errichtung von (öffentlichen oder privaten) Mehrfamilienwohnhäusern mit mehr als 3 Wohnungen | Feuerwehrdienst |
| 6. | | Errichtung oder umfangreicher Umbau von Industriegebäuden | Feuerwehrdienst |
| 7. | | Projekte, die den Bau oder die Änderung von Verkehrswegen voraussetzen | Feuerwehrdienst |

Wenn die im Rahmen von Absatz 1 befragten Gemeinden fakultativ das Gutachten einer kommunalen Beratungsinstanz gemäß der gegebenenfalls in der Wallonischen Region oder der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung im Bereich Raumordnung und Städtebau beantragen, sehen diese Gesetzgebungen vor, dass die Befragungsfrist dieser Gemeinden in ausreichendem und angemessenem Maße verlängert wird.

Absatz 1 gilt unbeschadet:

1° des Artikels 12;

2° der Möglichkeit für die Wallonische Region und die Deutschsprachige Gemeinschaft, gegebenenfalls andere verpflichtende oder fakultative Einholungen von Stellungnahmen in ihren entsprechend anwendbaren Gesetzgebungen im Bereich Raumordnung und Städtebau vorzusehen;

3° der verpflichtenden Einholung von Stellungnahmen, die in den anwendbaren Gesetzgebungen ergebend aus dem Espoo-Übereinkommen vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen vorgesehen sind.

§ 2 - Wenn die anwendbaren Gesetzgebungen im Bereich Raumordnung und Städtebau in der Wallonischen Region oder der Deutschsprachigen Gemeinschaft, je nach Fall, Verwaltungsbeschwerden vorsehen, ist dieser Beschwerdeweg für die in diesem Kapitel genannten Fälle in jedem Fall offen für die Gemeinde(n) des anderen Sprachgebiets, auf deren Gebiet sich die Handlungen und Arbeiten teilweise befinden.

§ 3 - Der vorliegende Artikel ist unbeschadet der verpflichteten Einholung von Stellungnahmen aufgrund anderer verwaltungspolizeilicher Vorgaben als die der Raumordnung und des Städtebaus im deutschen Sprachgebiet anwendbar.

Er ist gleichermaßen anwendbar für alle Anträge auf Städtebaugenehmigung, Globalgenehmigung oder integrierte Genehmigung, gleich ob sie einer Umweltverträglichkeitsprüfung oder einer Öffentlichkeitsbeteiligung unterliegen oder nicht.

§ 4 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft können im gegenseitigen Einvernehmen eine Liste der Handlungen und Arbeiten verabschieden, für die die in § 1 genannte Einholung von Stellungnahmen nicht erforderlich ist.

KAPITEL 3 — Einholung von Stellungnahmen

Abschnitt 1 — Pläne, Programme und Verordnungen

Art. 6 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind unbeschadet der verpflichtenden Einholung von Stellungnahme aufgrund anderer verwaltungspolizeilicher Vorgaben als die der Raumordnung und des Städtebaus im deutschen Sprachgebiet anwendbar.

Art. 7 - Die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft durchzuführende Einholung von Stellungnahmen im Rahmen der Ausarbeitung, Anpassung, Überarbeitung oder Aufhebung bestimmter Instrumente gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung erfolgt gemäß der nachfolgenden Tabelle. Die Stellungnahmen werden in Form von einfachen Gutachten eingeholt.

Der vorliegende Artikel gilt unbeschadet der Möglichkeit für die Deutschsprachige Gemeinschaft, gegebenenfalls andere verpflichtende oder fakultative Einholungen von Stellungnahmen in ihrer anwendbaren Gesetzgebung im Bereich Raumordnung und Städtebau vorzusehen.

| 0. | Instrument | Zu konsultierende Instanzen |
|-----|---|--|
| 1. | Unverbindliche gemeinschaftliche Raumordnungspläne und -programme | Wallonische Regierung |
| 2. | | Provinzkollegium (beschränkt auf die technischen Aspekte) |
| 3. | | Betreiber der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgungs- und Abwasserentsorgungsnetze |
| 4. | | Verwaltungskommission der Naturparks |
| 5. | Verbindliche gemeinschaftliche Flächennutzungspläne | Wallonische Regierung |
| 6. | | Provinzkollegium (beschränkt auf die technischen Aspekte) |
| 7. | | Betreiber der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgungs- und Abwasserentsorgungsnetze |
| 8. | | Verwaltungskommission der Naturparks |
| 9. | | Insofern sie in bedeutendem Maße betroffen sind: die Gemeinden Baelen, Gouvy, Malmedy, Bleyberg, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Weismes und/oder Welkenraedt |
| 10. | Allgemeine gemeinschaftliche städtebauliche Verordnungen | Wallonische Regierung |
| 11. | | Provinzkollegium (beschränkt auf die technischen Aspekte) |
| 12. | | Betreiber der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgungs- und Abwasserentsorgungsnetze |
| 13. | | Verwaltungskommission der Naturparks |
| 14. | | Insofern sie in bedeutendem Maße betroffen sind: die Gemeinden Baelen, Gouvy, Malmedy, Bleyberg, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Weismes und/oder Welkenraedt |

Art. 8 - § 1 - Die durch die Gemeinden, die sich im deutschen Sprachgebiet befinden, durchzuführende Einholung von Stellungnahmen im Rahmen der Ausarbeitung, Anpassung, Überarbeitung oder Aufhebung bestimmter Instrumente gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung erfolgt gemäß der nachfolgenden Tabelle. Die Stellungnahmen werden in Form von einfachen Gutachten eingeholt.

Der vorliegende Artikel gilt unbeschadet der Möglichkeit für die Deutschsprachige Gemeinschaft, gegebenenfalls andere verpflichtende oder fakultative Einholungen von Stellungnahmen in ihrer anwendbaren Gesetzgebung im Bereich Raumordnung und Städtebau vorzusehen.

| 0. | Instrument | Zu konsultierende Instanzen ^{(1) (2)} | |
|-----|--|--|------------------------------------|
| 1. | Unverbindliche kommunale Raumordnungspläne und -programme, die das Gemeindegebiet vollständig abdecken | OGD1 - Straßen und Gebäude | |
| 2. | | OGD2 - Mobilität und Wasserstraßen | |
| 3. | | OGD3 - Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt | |
| 4. | | OGD4 - Raumordnung, Wohnungswesen, Erbe und Energie | |
| 5. | | Provinzkollegium (beschränkt auf die technischen Aspekte) | |
| 6. | | Betreiber der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgungs- und Abwasserentsorgungsnetze | |
| 7. | | Wenn die Gemeinde zumindest teilweise innerhalb des Umkreises eines Naturparks liegt: Verwaltungskommission der Naturparks | |
| 8. | | Insofern sie in bedeutendem Maße betroffen sind: die Gemeinden Baelen, Gouvy, Malmedy, Bleyberg, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Weismes und/oder Welkenraedt | |
| 9. | Unverbindliche kommunale Raumordnungspläne und -programme, die das Gemeindegebiet teilweise abdecken | OGD1 - Straßen und Gebäude | |
| 10. | | OGD2 - Mobilität und Wasserstraßen | |
| 11. | | OGD3 - Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt | |
| 12. | | Provinzkollegium (beschränkt auf die technischen Aspekte) | |
| 13. | | Verwalter der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgungs- und Abwasserentsorgungsnetze | |
| 14. | | Wenn die Gemeinde zumindest teilweise innerhalb des Umkreises eines Naturparks liegt: Verwaltungskommission der Naturparks | |
| 15. | | Insofern sie in bedeutendem Maße betroffen sind: die Gemeinden Baelen, Gouvy, Malmedy, Bleyberg, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Weismes und/oder Welkenraedt | |
| 16. | Verbindliche kommunale Flächennutzungspläne, die das Gemeindegebiet vollständig oder teilweise abdecken | OGD1 - Straßen und Gebäude | |
| 17. | | OGD2 - Mobilität und Wasserstraßen | |
| 18. | | OGD3 - Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt | |
| 19. | | OGD4 - Raumordnung, Wohnungswesen, Erbe und Energie | |
| 20. | | Provinzkollegium (beschränkt auf die technischen Aspekte) | |
| 21. | | Betreiber der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgungs- und Abwasserentsorgungsnetze | |
| 22. | | Wenn die Gemeinde zumindest teilweise innerhalb des Umkreises eines Naturparks liegt: Verwaltungskommission der Naturparks | |
| 23. | | Insofern sie in bedeutenden Maße betroffen sind: die Gemeinden Baelen, Gouvy, Malmedy, Bleyberg, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Weismes und/oder Welkenraedt | |
| 24. | | Kommunale städtebauliche Verordnungen, die das Gemeindegebiet vollständig oder teilweise abdecken | OGD1 - Straßen und Gebäude |
| 25. | | | OGD2 - Mobilität und Wasserstraßen |
| 26. | OGD3 - Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt | | |
| 27. | Provinzkollegium (beschränkt auf die technischen Aspekte) | | |
| 28. | Betreiber der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgungs- und Abwasserentsorgungsnetze | | |
| 29. | Wenn die Gemeinde zumindest teilweise innerhalb des Umkreises eines Naturparks liegt: Verwaltungskommission der Naturparks | | |
| 30. | Insofern sie in bedeutendem Maße betroffen sind: die Gemeinden Baelen, Gouvy, Malmedy, Bleyberg, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Weismes und/oder Welkenraedt | | |

⁽¹⁾ Wenn in Folge einer verwaltungstechnischen Reform oder Neuordnung Aufgaben von Behörden oder Dienststellen auf andere Behörden oder Dienststellen übertragen werden, sind letztere von Rechts wegen als die zu befragenden Behörden oder Dienststellen im Sinne des vorliegenden Artikels anzusehen.

⁽²⁾ Wenn eine operative Generaldirektion (OGD) des öffentlichen Dienstes des Wallonie befragt wird, ist die Anfrage an die Zentralverwaltung der jeweiligen OGD zu richten.

§ 2 - In Abweichung von § 1 befragen die Gemeinden die in Artikel 7 genannten Instanzen, wenn die in diesem Paragraphen vorgesehenen Pläne und Programme die Anpassung, Überarbeitung oder Aufhebung von Instrumenten, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet wurden, nach sich ziehen. Die Stellungnahmen werden in Form von einfachen Gutachten eingeholt.

Art. 9 - Die durch die Wallonische Region durchzuführende Einholung von Stellungnahmen im Rahmen der Ausarbeitung, Anpassung, Überarbeitung oder Aufhebung bestimmter Instrumente gemäß der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung erfolgt gemäß der nachfolgenden Tabelle. Die Stellungnahmen werden in Form von einfachen Gutachten eingeholt.

Der vorliegende Artikel gilt unbeschadet der Möglichkeit für die Wallonische Region, gegebenenfalls andere verpflichtende oder fakultative Einholungen von Stellungnahmen in ihrer Gesetzgebung im Bereich Raumordnung und Städtebau vorzusehen.

| 0. | Instrument | Zu konsultierende Instanzen |
|----|--|--|
| 1. | Unverbindliche regionale Raumordnungspläne und -programme | Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft |
| 2. | Verbindliche regionale Flächennutzungspläne, deren Umkreis vollständig oder teilweise das Gebiet der Gemeinden Baelen, Gouvy, Malmedy, Bleyberg, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Weismes und/oder Welkenraedt umfasst | Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft |
| 3. | | Insofern sie in bedeutendem Maße betroffen sind: die Gemeinden Amel, Büllingen, Burg Reuland, Bütgenbach, Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren und/oder St. Vith |
| 4. | Allgemeine regionale städtebauliche Verordnungen | Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft |
| 5. | | Insofern sie in bedeutendem Maße betroffen sind: die Gemeinden Amel, Büllingen, Burg Reuland, Bütgenbach, Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren und/oder St. Vith |

Art. 10 - § 1 - Die durch die Gemeinden Baelen, Gouvy, Malmedy, Bleyberg, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Weismes und Welkenraedt durchzuführende Einholung von Stellungnahmen im Rahmen der Ausarbeitung, Anpassung, Überarbeitung oder Aufhebung bestimmter Instrumente gemäß der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung erfolgt gemäß der nachfolgenden Tabelle. Die Stellungnahmen werden in Form von einfachen Gutachten eingeholt.

Der vorliegende Artikel gilt unbeschadet der Möglichkeit für die Wallonische Region, gegebenenfalls andere verpflichtende oder fakultative Einholungen von Stellungnahmen in ihrer anwendbaren Gesetzgebung im Bereich Raumordnung und Städtebau vorzusehen.

| 0. | Instrument | Zu konsultierende Instanzen |
|----|---|--|
| 1. | Unverbindliche kommunale Raumordnungspläne und -programme, die das Gemeindegebiet vollständig abdecken | Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft |
| 2. | | Insofern sie in bedeutendem Maße betroffen sind: die Gemeinden Amel, Büllingen, Burg Reuland, Bütgenbach, Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren und/oder St. Vith |
| 3. | Unverbindliche kommunale Raumordnungspläne und -programme, die das Gemeindegebiet teilweise abdecken | Insofern sie in bedeutendem Maße betroffen sind: die Gemeinden Amel, Büllingen, Burg Reuland, Bütgenbach, Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren und/oder St. Vith |
| 4. | Verbindliche kommunale Flächennutzungspläne, die das Gemeindegebiet vollständig oder teilweise abdecken | Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft |
| 5. | | Insofern sie in bedeutendem Maße betroffen sind: die Gemeinden Amel, Büllingen, Burg Reuland, Bütgenbach, Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren und/oder St. Vith |
| 6. | Kommunale städtebauliche Verordnungen, die das Gemeindegebiet vollständig oder teilweise abdecken | Insofern sie in bedeutendem Maße betroffen sind: die Gemeinden Amel, Büllingen, Burg Reuland, Bütgenbach, Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren und/oder St. Vith |

§ 2 - In Abweichung von § 1 befragen die Gemeinden die in Artikel 9 genannten Instanzen, wenn die in diesem Paragraphen vorgesehenen Pläne und Programme die Anpassung, Überarbeitung oder Aufhebung von regionalen Instrumenten nach sich ziehen. Die Stellungnahmen werden in Form von einfachen Gutachten eingeholt.

Abschnitt 2 — Genehmigungen und Bescheinigungen

Art. 11 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind unbeschadet der verpflichtenden Einholung von Stellungnahmen aufgrund anderer verwaltungspolizeilicher Vorgaben als die der Raumordnung und des Städtebaus im deutschen Sprachgebiet anwendbar.

Art. 12 - Die durch die zuständige Behörde durchzuführende Einholung von Stellungnahmen im Rahmen der Behandlung einer Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung (deutschsprachig) gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung erfolgt gemäß der nachfolgenden Tabelle. Die Stellungnahmen werden in Form von einfachen Gutachten eingeholt.

Allerdings ist die Einholung einer Stellungnahme nicht erforderlich, wenn die zu konsultierende Behörde oder Dienststelle Antragsteller der Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung (deutschsprachig) ist.

Der vorliegende Artikel gilt unbeschadet der Möglichkeit für die Deutschsprachige Gemeinschaft, gegebenenfalls andere verpflichtende oder fakultative Einholungen von Stellungnahmen in ihrer anwendbaren Gesetzgebung im Bereich Raumordnung und Städtebau vorzusehen.

| 0. | Standort in den Flächennutzungsplänen / Spezifität des Projekts | Handlungen und Arbeiten | Einzuholende Stellungnahmen ⁽¹⁾ |
|-----|---|---|--|
| 1. | Gebiet bestimmt für die Aufnahme von landwirtschaftlichen Aktivitäten | Handlungen und Arbeiten innerhalb eines Gebiets hauptsächlich bestimmt für die Aufnahme von landwirtschaftlichen Aktivitäten, mit Ausnahme der Umbauarbeiten von Gebäuden ohne Vergrößerung und ohne Änderung der Zweckbestimmung | OGD3 - Abteilung ländliche Angelegenheiten und Wasserläufe |
| 2. | Gebiet bestimmt für die Aufnahme von forstwirtschaftlichen Aktivitäten und der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts | Handlungen und Arbeiten innerhalb eines Gebiets hauptsächlich bestimmt für die Aufnahme von forstwirtschaftlichen Aktivitäten und der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts, mit Ausnahme der Umbauarbeiten von Gebäuden ohne Vergrößerung und ohne Änderung der Zweckbestimmung | OGD3 - Abteilung Natur und Forstwesen |
| 3. | Gebiet bestimmt für den Erhalt, den Schutz und die Regeneration natürlicher Milieus von großem biologischem Wert oder Arten beherbergend, deren Schutz aufgelegt worden ist | Handlungen und Arbeiten innerhalb eines Gebiets hauptsächlich bestimmt für den Erhalt, den Schutz und die Regeneration natürlicher Milieus von großem biologischem Wert oder Arten beherbergend, deren Schutz aufgelegt worden ist, mit Ausnahme der Umbauarbeiten von Gebäuden ohne Vergrößerung und ohne Änderung der Zweckbestimmung | OGD3 - Abteilung Natur und Forstwesen |
| 4. | Kommunikationsinfrastrukturen | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche eines regionalen Verkehrsweges oder einer Autobahn | OGD1 - Straßen und Gebäude |
| 5. | | Regionales Wegenetz und Autobahn: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Verkehrsweg gelegenen Grundstück | OGD1 - Straßen und Gebäude |
| 6. | | Nichtschiffbarer Wasserlauf erster Kategorie: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Wasserlauf gelegenen Grundstück | OGD3 - Direktion der nicht schiffbaren Wasserläufe |
| 7. | | Nichtschiffbarer Wasserlauf zweiter Kategorie oder nicht eingestuftes Wasserlauf: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Wasserlauf gelegenen Grundstück | Technischer Provinzialdienst |
| 8. | | Nichtschiffbarer Wasserlauf dritter Kategorie: Errichtung eines Gebäudes oder einer Anlage, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Wasserlauf gelegenen Grundstück | Betroffenes Gemeindegremium |
| 9. | | Autonomes Netz der langsamen Wege: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am RAVeL gelegenen Grundstück | OGD1 - Direktion des sanften Verkehrs und der kommunalen Partnerschaften |
| 10. | In der Nähe eines Flughafens | Handlungen und Arbeiten innerhalb des Gebiets eines Flughafens oder einer Reservefläche im Zusammenhang mit einem Flughafen | OGD2 - Mobilität und Wasserwege SOWAER |

| 0. | Standort in den Flächennutzungsplänen / Spezifität des Projekts | Handlungen und Arbeiten | Einzuholende Stellungnahmen ⁽¹⁾ |
|-----|--|--|--|
| 11. | Infrastrukturen für den Transport von Flüssigkeiten, Gas und Energie | Hauptleitungen für den Transport von festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffen: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem an den Leitungen gelegenen oder von den Leitungen durchquerten Grundstück | Netzbetreiber Ölleitung, Pipeline: NATO |
| 12. | | Leitung des Stromübertragungs- und -versorgungsnetzes: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes in weniger als dreißig Metern Abstand von einer Hochspannungsfreileitung oder an einer erdverlegten Hochspannungsleitung entlang | Netzbetreiber |
| 13. | | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche einer Leitung des Stromübertragungs- und -versorgungsnetzes oder an der Trasse einer solchen Leitung entlang | Netzbetreiber |
| 14. | | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche oder der Trasse einer Gashauptleitung | Netzbetreiber Feuerwehrdienst |
| 15. | | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche oder der Trasse einer Leitung für andere Gase | Netzbetreiber Feuerwehrdienst |
| 16. | | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche oder der Trasse einer Ölleitung, einer Pipeline | NATO Feuerwehrdienst |
| 17. | | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche oder der Trasse einer Hauptleitung zur Wasserversorgung | Vom Projekt betroffene Wasserversorgungsgesellschaft |
| 18. | Naturerbe | Bemerkenswerte Bäume, Sträucher und Hecken: einen bemerkenswerten Baum bzw. Strauch oder eine bemerkenswerte Hecke abholzen, dessen/deren Wurzelwerk schaden oder dessen/deren Aussehen ändern (unbeschadet des Artikels 68) | OGD3 - Abteilung Natur und Forstwesen |
| 19. | | Handlungen und Arbeiten innerhalb des Umkreises eines aufgrund der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung über die Erhaltung der Natur anerkannten Gebiets | OGD3 - Abteilung Natur und Forstwesen |

| 0. | Standort in den Flächennutzungsplänen / Spezifität des Projekts | Handlungen und Arbeiten | Einzuholende Stellungnahmen ⁽¹⁾ |
|-----|--|--|---|
| 20. | Schutz der Personen, Güter oder der Umwelt | SEVESO-Standort: Handlungen und Arbeiten in Bezug auf einen neuen Betrieb oder die Änderung eines bereits bestehenden Betriebs, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne der Richtlinie 2012/18/EU vom 4. Juli 2012 ("SEVESO III") | OGD3 - "RAM"-Zelle Feuerwehrdienst |
| 21. | | SEVESO-Standort: jedes Projekt, dessen Standort das Risiko eines schweren Unfalls vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern könnte, im Vergleich zu einem bereits bestehenden Betrieb, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne der Richtlinie 2012/18/EU vom 4. Juli 2012 ("SEVESO III") | OGD3 - "RAM"-Zelle Feuerwehrdienst |
| 22. | | Überschwemmungsgefahr: jedes Projekt in Bezug auf eine Immobilie, die von ihrer Lage oder ihrer Natur her eine Auswirkung auf einen Wasserlauf haben könnte oder der Überschwemmungsgefahr im Sinne des von der Regierung in Anwendung der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung im Bereich Wasser angenommenen Kartenwerks ausgesetzt ist | Nichtschiffbarer Wasserlauf erster Kategorie: OGD3 - Abteilung ländliche Angelegenheiten und Wasserläufe Nichtschiffbarer Wasserlauf zweiter Kategorie oder nicht eingestufte Wasserlauf: Technischer Provinzialdienst Nichtschiffbarer Wasserlauf dritter Kategorie: Betroffenes Gemeindegremium |
| 23. | | Handlungen und Arbeiten, die innerhalb einer natürlichen konzentrierten Abflussachse für Regenwasser gelegen sind | OGD3 - Abteilung ländliche Angelegenheiten und Wasserläufe |
| 24. | | Technisches Vergrabungszentrum: Jedes Projekt, das an ein technisches Vergrabungszentrum angrenzt oder auf einem ehemaligen Standort zur Vergrabung von Abfällen angesiedelt ist | OGD3 - Abteilung Boden und Abfälle |
| 25. | Ländliche Bodenordnung | Handlungen und Arbeiten innerhalb des Umkreises einer Bodenordnung der ländlichen Güter (ehemals ländliche Flurbereinigung) | Gemäß dem Wallonischen Gesetzbuch über die Landwirtschaft eingerichteter Bodenordnungsausschuss |
| 26. | Zusammenstellung von inerten Abfällen und Verwertung von Erde und Kiesel | Projekte deren Genehmigung sich auf die Valorisierung von inerten Abfällen oder von Erde und Kiesel beziehen | OGD3 - Abteilung Boden und Abfälle |

⁽¹⁾ Wenn in Folge einer verwaltungstechnischen Reform oder Neuordnung Aufgaben von Behörden oder Dienststellen auf andere Behörden oder Dienststellen übertragen werden, sind letztere von Rechts wegen als die zu befragenden Behörden oder Dienststellen im Sinne des vorliegenden Artikels anzusehen.

Art. 13 - § 1 - Im Rahmen der Behandlung einer Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung (deutschsprachig) in Bezug auf eine touristische Infrastruktur, deren Flächen mehr als 5 ha beträgt oder betragen wird, holt die zuständige Behörde die Stellungnahme des Generalkommissariats für Tourismus der Wallonischen Region ein. Die Stellungnahmen werden in Form von einfachen Gutachten eingeholt.

§ 2 - Im Rahmen der Behandlung einer Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung (deutschsprachig) in Bezug auf eine touristische Infrastruktur gelegen in den Gemeinden Baelen, Gouvy, Malmedy, Bleyberg, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Weismes oder Welkenraedt, deren Flächen mehr als 5 ha beträgt oder betragen wird, holt die zuständige Behörde die Stellungnahme der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein. Die Stellungnahmen werden in Form von einfachen Gutachten eingeholt.

KAPITEL 4 — Gemeinsame Verfahren

Abschnitt 1 — Globalgenehmigung (Städtebau - Umwelt)

Unterabschnitt 1 — Anwendungsbereich und zuständige Behörde

Art. 14 - § 1 - Jedes gemischte Projekt, mit Ausnahme der Projekte bezüglich der zeitweiligen oder versuchsweise eingerichteten Betriebe oder bezüglich der unbeweglichen Güter, die einer Schutzmaßnahme im Zusammenhang mit den Denkmälern und Landschaften gemäß Artikel 6 § 1 I. Nummer 7 des Sondergesetzes unterliegen, bildet den Gegenstand eines Antrags auf eine Globalgenehmigung.

§ 2 - Das Gemeindegremium der Gemeinde, auf deren Gebiet sich der geplante Betrieb befindet, ist für die Globalgenehmigungsanträge zuständig.

In Abweichung von Absatz 1 und unbeschadet des Kapitels 2 sind die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten gemeinsam für die Globalgenehmigungsanträge in Bezug auf Akten und Arbeiten oder Betriebe zuständig, die sich auf dem Gebiet mehrerer Gemeinden befinden.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten sind ausschließlich dafür zuständig, gemeinsam über die Anträge auf eine Globalgenehmigung bezüglich bestimmter Handlungen und Arbeiten, die einer Städtebaugenehmigung bedürfen, deren Liste durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bestimmt wird, sowie über die Anträge auf Globalgenehmigungen über geringe Abänderungen der in Absatz 6 erwähnten, von der Regierung erteilten Genehmigungen zu befinden sowie jedem Betrieb, der eine Anlage zur Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie, so wie durch die Wallonische Regierung bestimmt, darstellt und auf alle Anlagen und Tätigkeiten, die zwecks der Suche nach und der Bewirtschaftung von Bodenschätzen notwendig oder nützlich sind, einschließlich der Schächte und Stollen, der unterirdischen Kommunikationen und der Fördergruben.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten sind ebenfalls zuständig, um gemeinsam über die Anträge auf eine Globalgenehmigung bezüglich Sanierungshandlungen und -arbeiten mit Sanierungsprojekt gemäß der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung zu befinden.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten sind ebenfalls zuständig, um gemeinsam über die Anträge auf eine Globalgenehmigung bezüglich der Kohlendioxid (CO₂)-Abscheidungs- und der CO₂-Speicherungsanlagen sowie der Bohranlagen und der Brunnenausrüstungen für die Exploration und Injektion zwecks der geologischen Speicherung von CO₂ zu befinden.

Die Anträge auf eine Globalgenehmigung in Bezug auf die Handlungen und Arbeiten bezüglich des mehrjährigen Investitionsplans der N.G.B.E., die sich zumindest teilweise im deutschen Sprachgebiet befinden, fallen unter den gemeinsamen Zuständigkeitsbereich der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Unterabschnitt 2 — Antrag, Öffentlichkeitsbeteiligung und Gutachten

Art. 15 - Der Genehmigungsantrag wird an die Gemeinde gesandt, auf deren Gebiet der Betrieb geplant ist.

Falls der Betrieb sich auf dem Gebiet von mehreren Gemeinden befindet, hat der Antragsteller die Wahl, den Antrag an eine der Gemeinden, auf deren Gebiet der Betrieb geplant ist, zu senden.

In Abweichung von Absatz 2 beschränkt sich die Wahlmöglichkeit des Antragstellers auf die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, wenn es sich um einen Betrieb handelt, der Handlungen und Arbeiten bedarf bezüglich eines Immobilienguts, das sich über mindestens eine Gemeinde des französischen und mindestens eine Gemeinde des deutschen Sprachgebiets erstreckt und die anwendbare Gesetzgebung gemäß Artikel 4 als die der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt worden ist.

Art. 16 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmen im gegenseitigen Einvernehmen die Form und den Inhalt des Antrags. Sie bestimmen die Anzahl der einzureichenden Exemplare, den Maßstab und den Inhalt der beigefügten Pläne.

Der Antrag muss die Elemente enthalten, die die anwendbare Gesetzgebung bezüglich der Umweltgenehmigungen in der Wallonischen Region erfordert, und die Elemente, die die anwendbare Gesetzgebung bezüglich städtebaulicher Genehmigungen und Bescheinigungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfordert.

Die Umweltverträglichkeitsakte enthält die gesamten Angaben, die in den beiden Bewertungsakten hätten angeführt werden müssen, wenn der Städtebaugenehmigungsantrag (deutschsprachig) und der Umweltgenehmigungsantrag getrennt vorgesehen worden wären.

Art. 17 - Innerhalb von drei Werktagen ab dem Erhalt des Antrags richtet die Gemeinde eine Ausfertigung des Genehmigungsantrags, einschließlich des Belegs für den Erhalt des Antrags oder einer Abschrift der in Artikel 15 erwähnten Empfangsbescheinigung, der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten. Sie bewahrt eine Ausfertigung des Antrags auf und informiert den Antragsteller durch gewöhnliches Schreiben.

Wenn die Gemeindeverwaltung den Antrag nicht innerhalb der in Absatz 1 vorgesehenen Frist eingesandt hat, kann der Antragsteller unmittelbar die Wallonische Regierung oder den von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten mit der Sache befassen, indem er an diesen eine Abschrift des Antrags sendet, den er ursprünglich an das Gemeindegremium gesandt hat. In diesem Fall richtet die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte innerhalb der gleichen, in Absatz 1 vorgesehenen Frist eine Ausfertigung des Antrags an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten.

Art. 18 - Der Antrag ist unvollständig, wenn die gemäß dem Artikel 16 erforderlichen Auskünfte oder Unterlagen fehlen.

Der Antrag ist unzulässig:

1° wenn er in Übertretung des Artikels 15 eingereicht wurde;

2° wenn er zweimal nacheinander als unvollständig betrachtet wurde;

3° wenn der Antragsteller die ergänzenden Unterlagen nicht innerhalb der in Artikel 19 § 2 Absatz 1 erwähnten Frist einreicht.

Art. 19 - § 1 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten senden innerhalb von zwanzig Tagen ab dem Tag, an dem die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte den Antrag in Anwendung des Artikels 17 erhalten hat, den über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags gefassten Beschluss an den Antragsteller.

Wenn der Antrag unvollständig ist, senden die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten die Liste der fehlenden Unterlagen an den Antragsteller und teilen ihm mit, dass das Verfahren ab deren Erhalt durch die Gemeinde, bei der der Antrag eingereicht wurde, wieder aufgenommen wird. An demselben Tag richten sie eine Abschrift dieser Einsendung an die Gemeinde, bei der der Antrag eingereicht wurde.

§ 2 - Der Antragsteller schickt der Gemeinde binnen einer Frist von 6 Monaten ab dem Versand des Antrags auf ergänzende Unterlagen die beantragten ergänzenden Unterlagen zu. Falls der Antragsteller die beantragten Dokumente nicht binnen der vorgeschriebenen Frist zugeschickt hat, informiert die Gemeindeverwaltung die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten darüber binnen einer Frist von zehn Tagen ab dem Tag nach dem Ablauf der Frist, über die der Antragsteller verfügte, um die ergänzenden Unterlagen zu schicken. In diesem Fall erklären die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten den Antrag für unzulässig. Die ergänzenden Unterlagen werden in der Anzahl Ausfertigungen vorgelegt, wie der ursprüngliche Genehmigungsantrag enthält.

Die Gemeindeverwaltung sendet die geforderten ergänzenden Unterlagen innerhalb einer Frist von drei Werktagen ab dem Tag des Erhalts der ergänzenden Unterlagen an die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten. Die Gemeindeverwaltung bewahrt eine Ausfertigung der ergänzenden Unterlagen.

Die Gemeindeverwaltung setzt den Antragsteller schriftlich von dem Datum in Kenntnis, an dem die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte die ergänzenden Unterlagen erhalten hat.

Wenn die Gemeindeverwaltung die ergänzenden Unterlagen nicht innerhalb der in Absatz 2 erwähnten Frist eingesandt hat, kann der Antragsteller diese als Abschrift unmittelbar an die Wallonische Regierung oder den von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten senden. In diesem Fall übermittelt die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten unverzüglich eine Abschrift der erhaltenen ergänzenden Unterlagen.

§ 3 - Innerhalb von zwanzig Tagen, nachdem die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte die ergänzenden Unterlagen erhalten hat, senden die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten den über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags gefassten Beschluss an den Antragsteller.

Wenn die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten den Antrag ein zweites Mal als unvollständig betrachten, erklären sie diesen für unzulässig.

§ 4 - Wenn der Antrag unzulässig ist, setzen die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten den Antragsteller unter Einhaltung der in § 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 1 vorgesehenen Bedingungen und Fristen, oder gegebenenfalls innerhalb der in § 3 vorgesehenen Frist, von den Gründen der Unzulässigkeit in Kenntnis.

Art. 20 - In ihrem gemäß dem Artikel 19 über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags gefassten Beschluss geben die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten Folgendes an:

1° die Notwendigkeit von Ausnahmen oder Abweichungen im Sinne von gültigen verbindlichen oder unverbindlichen Raumordnungsplänen und -programmen, verbindlichen oder unverbindlichen Flächennutzungsplänen, städtebaulichen Verordnungen oder Verstädterungsgenehmigungen im deutschen Sprachgebiet und gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung;

2° die Instanzen, die zu Rate gezogen werden müssen, gegebenenfalls unter Angabe der damit verbundenen Fristen;

3° den Zeitraum und das Datum des Beginns der Beteiligung der Öffentlichkeit, unter Vorbehalt einer vorgesehenen Abweichung in der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich, sowie die Gemeinden, in denen die Beteiligung der Öffentlichkeit einzuleiten ist;

4° die zuständige Behörde und die Frist, innerhalb welcher diese ihren Beschluss zu fassen hat.

An demselben Tag senden sie eine Abschrift des Beschlusses, in dem der Antrag für vollständig und zulässig erklärt wird, an die Gemeinde, bei der der Antrag eingereicht wurde.

Unbeschadet des Kapitels 3 können die Wallonische Regierung und Regierung der Deutschsprachige Gemeinschaft im gegenseitigen Einvernehmen die Instanzen bezeichnen, die zu Rate gezogen werden müssen, oder die Kriterien festlegen, auf deren Grundlage die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten diese Instanzen bezeichnen.

Art. 21 - Wenn die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten dem Antragsteller den in Artikel 19 § 1 Absatz 1 oder in Artikel 19 § 3 erwähnten Beschluss nicht zugesandt haben, wird der Antrag nach dem durch diese Bestimmungen vorgesehenen Fristablauf als zulässig betrachtet. Das Verfahren wird fortgesetzt.

Art. 22 - Die Verfahrensfristen bis zu der in Artikel 26 erwähnten Beschlussfassung werden folgendermaßen berechnet:

1° ab dem Tag, an dem die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten den die Vollständigkeit und die Zulässigkeit des Antrags bescheinigenden Beschluss entsandt haben;

2° andernfalls, ab dem Tag, der auf die Frist folgt, die ihnen eingeräumt wurde, um ihren über die Zulässigkeit des Antrags gefassten Beschluss zu entsenden.

Art. 23 - Es wird eine Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich festgelegten Modalitäten organisiert.

Art. 24 - An dem Tag, an dem die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten gemäß dem Artikel 19 ihren die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags bestätigenden Beschluss an die die Gemeinde, bei der

der Antrag eingereicht wurde, richten oder statt dessen innerhalb der in Artikel 21 vorgesehenen Frist, sendet die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte die Akte des Antrags sowie gegebenenfalls dessen ergänzenden Unterlagen den verschiedenen bezeichneten Instanzen zur Begutachtung. Diese Instanzen entsenden ihr Gutachten, und zwar innerhalb von sechzig Tagen, wenn der Antrag einen Betrieb der Klasse 1 betrifft, oder innerhalb von dreißig Tagen, wenn der Antrag einen Betrieb der Klasse 2 betrifft, nachdem die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte befasst wurde. Sie übermitteln der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten in der gleichen Form eine Abschrift dieses Gutachtens.

In Ermangelung einer Einsendung eines Gutachtens innerhalb der in dem vorhergehenden Absatz vorgesehenen Frist, wird das Gutachten als günstig betrachtet.

Art. 25 - § 1 - Auf der Grundlage der eingeholten Gutachten wird von der Wallonischen Regierung oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten gemeinsam mit der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten ein zusammenfassender Bericht abgefasst. Dieser Bericht enthält einen im Hinblick auf die eingeholten Gutachten begründeten gemeinsamen Vorschlag für den Beschluss. Unbeschadet des § 8 und unter der Voraussetzung, dass die Handlungen und Arbeiten Abweichungen zu gültigen verbindlichen Plänen oder Programmen bzw. Verordnungen im deutschen Sprachgebiet und aufgestellt gemäß der anwendbaren Gesetzgebung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft darstellen, ist die Stellungnahme der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder des von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten gleichlautend.

§ 2 - Auf Antrag einer der angehörten Behörden oder Verwaltungen, beraten diese wenigstens einmal miteinander, um ihre Auffassungen bezüglich des Projekts in Einklang zu bringen. Die Modalitäten dieser Konzertierung können im gegenseitigen Einvernehmen von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt werden.

§ 3 - Der zusammenfassende Bericht und der vollständige Antrag werden der zuständigen Behörde zugesandt, und zwar innerhalb von:

1° sechzig Tagen, wenn der Genehmigungsantrag einen Betrieb der Klasse 2 betrifft;

2° hundertzehn Tagen, wenn der Genehmigungsantrag einen Betrieb der Klasse 1 betrifft.

An dem Tag, an dem die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten den zusammenfassenden Bericht zusenden, setzen sie den Antragsteller davon in Kenntnis.

§ 4 - Nach Ablauf der in § 3 erwähnten Frist werden die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten auf Anfrage der zuständigen Behörde gemeinsam angehört.

§ 5 - Die in § 3 erwähnten Fristen können durch gemeinsamen Beschluss der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten verlängert werden. Die Dauer der Verlängerung darf dreißig Tage nicht überschreiten. Dieser Beschluss wird innerhalb der in § 3 erwähnten Frist an die zuständige Behörde und den Antragsteller gerichtet.

In den in Artikel 14 § 2 Absätze 2 bis 5 erwähnten Fällen können die in Artikel 26 § 1 Absatz 1 erwähnten Fristen durch gemeinsamen Beschluss der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten verlängert werden. Die Dauer der Verlängerung darf dreißig Tage nicht überschreiten. Dieser Beschluss wird unverzüglich an jede Gemeinde, auf deren Gebiet sich der Betrieb oder die betroffenen Handlungen und Arbeiten befinden, sowie dem Antragsteller innerhalb der in Artikel 26 § 1 Absatz 1 erwähnten Frist zugesandt.

§ 6 - Wenn der zusammenfassende Bericht der zuständigen Behörde nicht innerhalb der zugestandenen Frist übermittelt wurde, setzt diese das Verfahren fort, wobei sie die Umweltverträglichkeitsakte, die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit, das Gutachten des oder der Gemeindegremiums/en und jede sonstige Information, über die sie verfügt, berücksichtigt.

§ 7 - In den in Artikel 14 § 2 Absätze 2 bis 5 erwähnten Fällen sind die § § 1, 3, 4 und 6 des vorliegenden Artikels nicht anwendbar.

§ 8 - Wenn der Antrag Handlungen und Arbeiten betrifft, die in Artikel 14 § 2 Absatz 6 vorgesehen sind, werden der zusammenfassende Bericht und der vollständige Antrag der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft innerhalb derselben Fristen zugeschickt. In diesem Fall ist die in § 1 *in fine* erwähnte Stellungnahme der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder des von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten nicht gleich lautend. Innerhalb von sechzig Tagen ab Empfang, erteilen oder lehnen die Regierungen die Genehmigung ab. In Ermangelung dessen gilt die Genehmigung als abgelehnt. Die Regierungen schicken die Genehmigung dem Antragsteller, dem Gemeindegremium und ihren entsprechenden Verwaltungen oder informieren diese, dass in Ermangelung einer Entscheidung die Genehmigung als abgelehnt gilt.

Wenn die Regierungen jedoch vor ihrer Beschlussfassung den Antragsteller ersuchen, Änderungspläne und einen entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Umweltverträglichkeitsprüfung bei Projekten abzugeben, werden die Änderungspläne und der entsprechende Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung der Wallonischen Regierung oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten in so vielen Exemplaren übermittelt, wie im ursprünglichen Antrag enthalten, und die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte übermittelt der Gemeinde und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten eine Kopie; das Verfahren wird dann nach den in Artikel 19 § 3 Absatz 1 vorgesehenen Modalitäten ab dem Eingang bei der Wallonischen Regierung oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten der Änderungspläne und des entsprechenden Nachtrags zur Umweltverträglichkeitsprüfung bis zur Sendung an die Regierungen wieder aufgenommen. In dem Beschluss, den sie in Anwendung von Artikel 20 fassen, geben die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten an, dass der Antrag Gegenstand von Änderungsplänen ist. Dies gilt ebenfalls bei der Anrufung der in Artikel 24 erwähnten Instanzen. Die gemäß Artikel 23 vorgenommene Beteiligung der Öffentlichkeit bezieht sich auf die Akte des ursprünglichen Genehmigungsantrags, gegebenenfalls auf deren ergänzenden Unterlagen, sowie auf die Änderungspläne und den entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung.

Wenn der Antrag Handlungen und Arbeiten betrifft, die in Artikel 14 § 2 Absatz 6 vorgesehen sind, kann der Antragsteller vor dem Ablauf der Frist für die Sendung des zusammenfassenden Berichts und mit der Zustimmung der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten Änderungspläne und einen entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Umweltverträglichkeitsprüfung bei Projekten beibringen. Es werden so viele Ausfertigungen dieser Unterlagen zugeschickt wie die des ursprünglichen Antrags. Die Änderungspläne und der entsprechende Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung werden der Wallonischen Regierung oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten zugeschickt, der der Gemeinde und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten eine Kopie übermittelt, und das Verfahren wird dann nach den in Artikel 19 § 3 Absatz 1 vorgesehenen Modalitäten ab dem Eingang bei der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmten Beamten der Änderungspläne und des entsprechenden Nachtrags zur Umweltverträglichkeitsprüfung bis zur Sendung an die Regierungen wieder aufgenommen. In dem Beschluss, den sie in Anwendung von Artikel 20 fassen, geben die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten an, dass der Antrag Gegenstand von Änderungsplänen ist. Dies gilt ebenfalls bei der Anrufung der in Artikel 24 erwähnten Instanzen. Die gemäß Artikel 23 vorgenommene Beteiligung der Öffentlichkeit bezieht sich auf die Akte des ursprünglichen Genehmigungsantrags, gegebenenfalls auf deren ergänzenden Unterlagen, sowie auf die Änderungspläne und den entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung.

Unterabschnitt 3 — Beschluss

Art. 26 - Die zuständige Behörde sendet ihren Beschluss an den Antragsteller, der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten und, wenn Artikel 14 § 2 Absätze 2 bis 5 angewandt wurden, an jede Gemeinde, auf deren Gebiet sich der Betrieb oder die Handlungen und Arbeiten befinden, sowie durch gewöhnliches Schreiben an jede zu Rate gezogene Behörde oder Verwaltung, und zwar innerhalb von:

1° neunzig Tagen, wenn der Genehmigungsantrag einen Betrieb der Klasse 2 betrifft;

2° hundertvierzig Tagen, wenn der Genehmigungsantrag einen Betrieb der Klasse 1 betrifft.

Wenn der zusammenfassende Bericht vor Ablauf der in Artikel 25 § 3 erwähnten Frist eingesandt wird, sendet die zuständige Behörde ihren Beschluss an den Antragsteller, der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten, sowie durch gewöhnliches Schreiben an jede zu Rate gezogene Behörde und Verwaltung, und zwar innerhalb von:

1° zwanzig Tagen ab dem Tag, an dem sie gemäß Artikel 25 § 3 den zusammenfassenden Bericht der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten erhält, was die Betriebe der Klasse 2 betrifft;

2° dreißig Tagen ab dem Tag, an dem sie gemäß Artikel 25 § 3 den zusammenfassenden Bericht der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten erhält, was die Betriebe der Klasse 1 betrifft.

In den in Artikel 14 § 2 Absätze 2 bis 5 erwähnten Fällen ist lediglich der Absatz 1 des vorliegenden Paragraphen anwendbar. Der Beschluss der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder des von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten über die Ausnahmen und Abweichungen im Sinne von gültigen verbindlichen oder unverbindlichen Raumordnungsplänen und -programmen, verbindlichen oder unverbindlichen Flächennutzungsplänen, städtebaulichen Verordnungen oder Verstärkungsgenehmigungen im deutschen Sprachgebiet und gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung ist fester Bestandteil des in Absatz 1 des vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlusses.

Die Genehmigung kann aus Gründen verweigert werden, mit Bedingungen versehen werden oder Abweichungen bzw. Ausnahmen gewähren, die in der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung im Bereich Raumordnung und Städtebau vorgesehen sind.

Wenn der Antrag auf Globalgenehmigung ein kraft der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung eingestuftes individuelles Klärsystem betrifft, notifiziert die zuständige Behörde den Beschluss ebenfalls der Öffentlichen Gesellschaft für Wasserbewirtschaftung gemäß der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung im Wasserbereich.

§ 2 - Im Falle des Artikels 25 § 5 wird die der zuständigen Behörde für die Einsendung ihres Beschlusses zugestandene Frist um einen Zeitraum verlängert, der mit der von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihnen bestimmten Beamten festgelegten Frist übereinstimmt.

§ 3 - Zwischen dem Datum, an dem der zusammenfassende Bericht in Übereinstimmung mit Artikel 25 § 3 versandt worden ist oder hätte versandt werden sollen, und dem Datum, an dem die zuständige Behörde in Anwendung von § 1 ihren Beschluss senden muss oder, in dem in Artikel 14 § 2 Absätze 2 bis 5 erwähnten Fall, innerhalb der in § 1 Absatz 1 erwähnten Frist kann der Antragsteller vor dem Beschluss der zuständigen Behörde und vorbehaltlich der Zustimmung der Behörde oder auf deren Anfrage Abänderungspläne und einen entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Umweltverträglichkeitsprüfung bei Projekten vorlegen. Der Versand dieser Zustimmung oder dieser Anfrage an den Antragsteller bewirkt die Aussetzung der in § 1 erwähnten Fristen. Am selben Tag schickt die zuständige Behörde ebenfalls eine Abschrift davon an die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten.

Der Antragsteller sendet die Abänderungspläne unter Beifügung eines entsprechenden Nachtrags zur Umweltverträglichkeitsprüfung an die zuständige Behörde. Diese Unterlagen werden in der Anzahl Ausfertigungen vorgelegt, wie der ursprüngliche Genehmigungsantrag enthält.

Innerhalb einer Frist von drei Werktagen ab dem Erhalt der in dem vorhergehenden Absatz erwähnten Unterlagen sendet die zuständige Behörde diese an die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten. Die zuständige Behörde bewahrt eine Ausfertigung der Abänderungspläne und des entsprechenden Nachtrags zur Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit oder zur Umweltverträglichkeitsstudie.

Die zuständige Behörde setzt den Antragsteller schriftlich von dem Datum in Kenntnis, an dem die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte die ergänzenden Unterlagen erhalten hat.

Wenn die zuständige Behörde die Abänderungspläne und den entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung nicht innerhalb der in Absatz 3 erwähnten Frist eingesandt hat, kann der Antragsteller diese als Abschrift unmittelbar an die Wallonische Regierung oder den von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten senden. In diesem Fall übermittelt die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem von ihr gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten unverzüglich die erhaltenen ergänzenden Unterlagen.

Nachdem die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte die Abänderungspläne und den entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung erhalten hat, wird das Verfahren gemäß den in Artikel 19 § 3 Absatz 1 erwähnten Modalitäten wieder aufgenommen. In ihrem in Anwendung des Artikels 20 gefassten Beschluss geben die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten an, dass der Antrag Gegenstand von Abänderungsplänen ist. Dies gilt ebenfalls bei der Anrufung der in Artikel 24 erwähnten Instanzen. Die gemäß dem Artikel 23 vorgenommene Beteiligung der Öffentlichkeit bezieht sich auf die Akte des ursprünglichen Genehmigungsantrags, gegebenenfalls auf dessen ergänzenden Unterlagen, sowie auf die Abänderungspläne und den entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung.

In den in Artikel 14 § 2 Absätze 2 bis 5 erwähnten Fällen kann der Antragsteller in Abweichung von den Absätzen 2 bis 6 die Abänderungspläne und den entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung an die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten senden. Diese Unterlagen werden in der Anzahl Ausfertigungen vorgelegt, wie der ursprüngliche Genehmigungsantrag enthält.

In derartigen Fällen wird das Verfahren gemäß den in Artikel 19 § 3 Absatz 1 vorgesehenen Modalitäten wieder aufgenommen, nachdem die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte die Abänderungspläne und den entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung erhalten hat.

In ihrem in Anwendung des Artikels 20 gefassten Beschluss geben die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten an, dass der Antrag Gegenstand von Abänderungsplänen ist. Dies gilt ebenfalls bei der Anrufung der in Artikel 24 erwähnten Instanzen. Die gemäß dem Artikel 23 vorgenommene Beteiligung der Öffentlichkeit bezieht sich auf die Akte des ursprünglichen Genehmigungsantrags, gegebenenfalls auf dessen ergänzenden Unterlagen, sowie auf die Abänderungspläne und den entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung.

Der vorliegende Paragraf kann lediglich einmal für denselben Antrag eingesetzt werden.

§ 4 - Der aufgrund des vorliegenden Unterabschnitts gefasste Beschluss wird in das gemäß der anwendbaren Gesetzgebung bezüglich der Umweltgenehmigungen in der Wallonischen Region geführte Register der Genehmigungen eingetragen.

Art. 27 - Wenn der Beschluss nicht innerhalb der in Artikel 26 vorgesehenen Frist und der zusammenfassende Bericht gemäß dem Artikel 25 eingesandt wurde, und dieser ein günstiges Gutachten der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten enthält, gilt der Beschluss entsprechend den allgemeinen, integralen und sektoralen Bedingungen der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region zu gefährlichen, gesundheitsschädlichen oder lästigen Betrieben und zu den gegebenenfalls in dem zusammenfassenden Bericht vorgebrachten Sonderbedingungen als gefasst.

Falls der Beschluss nicht innerhalb der in Artikel 26 vorgesehenen Frist übermittelt wird, gilt die Genehmigung als verweigert:

1° wenn der zusammenfassende Bericht nicht gemäß Artikel 25 eingesandt wurde;

2° wenn der zusammenfassende Bericht ein ungünstiges Gutachten der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten umfasst.

In den in Artikel 14 § 2 Absätze 2 bis 5 erwähnten Fällen gilt die Genehmigung als abgelehnt, wenn der Beschluss nicht innerhalb der in Artikel 26 erwähnten Frist eingesandt wurde.

In Ermangelung des Versands des Beschlusses innerhalb der in Artikel 26 vorgesehenen Frist und wenn der zusammenfassende Bericht gemäß Artikel 25 zugesandt worden ist, wird dieser durch die Wallonische Regierung oder den von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten an den Antragsteller zugesandt.

Wenn der Antrag auf Globalgenehmigung ein kraft der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung eingestuftes individuelles Klärsystem betrifft, notifiziert die zuständige Behörde den zusammenfassenden Bericht ebenfalls der Öffentlichen Gesellschaft für Wasserbewirtschaftung gemäß der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung im Wasserbereich, wobei sie angibt, dass der Beschluss als kraft Absatz 1 gefasst gilt.

Art. 28 - Für die von der Wallonischen Regierung bestimmten Anlagen und Tätigkeiten werden der Inhalt des Beschlusses sowie eine Kopie der Genehmigung sowie der etwaigen späteren Aktualisierungen auf dem Internetportal "Umwelt" der Homepage der Wallonischen Region veröffentlicht, dies mit Ausnahme der Angaben, die gemäß der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich entzogen werden.

Unterabschnitt 4 — Einspruch

Art. 29 - § 1 - Ein Einspruch gegen den Beschluss der zuständigen Behörde, wenn dieser binnen den in Artikel 26 erwähnten Fristen übermittelt worden ist, gegen den in Übereinstimmung mit Artikel 27 Absatz 1 als gefasst geltenden Beschluss oder gegen die Ablehnung nach Artikel 27 Absätze 2 und 3 wird bei dem in Artikel 55 erwähnten gemischten Berufungsausschuss erhoben:

1° durch den Antragsteller;

2° durch die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten und durch das Gemeindegremium der Gemeinde, auf deren Gebiet sich der Betrieb oder die Handlungen und Arbeiten sich befindet/n;

3° durch jede natürliche oder juristische Person, die ein Interesse begründet.

Das Fehlen eines Beschlusses seitens der in Artikel 14 erwähnten Behörden bezüglich der Erteilung oder Ablehnung einer Globalgenehmigung führt dazu, dass es für die Behörden unmöglich ist, Einspruch zu erheben.

§ 2 - Unter Gefahr der Unzulässigkeit wird dieser Einspruch dem gemischten Berufungsausschuss übermittelt binnen zwanzig Tagen:

1° für den Antragsteller, die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten und, insofern Artikel 14 § 2 Absätze 2 bis 5 angewandt wurden, jedes Gemeindegremium der Gemeinde, auf deren Gebiet sich der Betrieb oder die betreffenden Handlungen und Arbeiten befindet/n, ab dem Eingang des Beschlusses der zuständigen Behörde, wenn dieser binnen der in Artikel 26 oder des zusammenfassenden Berichts, der dem Antragsteller in Anwendung von Artikel 27 Absatz 4 zugestellt wurde, übermittelt worden ist;

2° in den in Artikel 27 Absatz 2 Nummern 1 und 3 erwähnten Fällen, für den Antragsteller, die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten und, insofern Artikel 14 § 2 Absätze 2 bis 5 angewandt wurden, jedes Gemeindegremium der Gemeinde, auf deren Gebiet sich der Betrieb oder die betreffenden Handlungen und Arbeiten befindet/n, ab dem Ablauf der in Artikel 26 erwähnten Fristen;

3° für die nicht unter Nummer 1° erwähnten Personen, ab dem ersten Tag des Anschlags der Bekanntmachung gemäß der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich.

Wird der Beschluss in mehreren Gemeinden ausgehängt, so wird die Frist verlängert, und zwar bis zu dem zwanzigsten Tag, der auf den ersten Tag folgt, an dem die Bekanntmachung als letzte in einer der Gemeinden ausgehängt wurde.

Falls in Anwendung des Artikels 26 § 3 ordnungsgemäß Abänderungspläne an die zuständige Behörde gerichtet wurden, kann der Antragsteller seinem Einspruch eine Abschrift der Abänderungspläne und des entsprechenden Nachtrags zur Umweltverträglichkeitsprüfung beifügen.

§ 3 - Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung auf den angefochtenen Beschluss, es sei denn er wird von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten oder vom Gemeindegremium der Gemeinde, auf deren Gebiet sich der Betrieb oder die betroffenen Handlungen und Arbeiten befinden, eingelegt.

§ 4 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft legen im gegenseitigen Einvernehmen Folgendes fest:

1° die Informationen, die der Einspruch beinhalten muss, dessen Form, sowie die Anzahl der Ausfertigungen, die eingereicht werden müssen;

2° die Modalitäten, nach denen der Einspruch der Öffentlichkeit mitgeteilt wird;

3° die Modalitäten zur Untersuchung des Einspruchs, die zu befragenden Instanzen, und die Fristen, innerhalb derer die Gutachten abzugeben sind. Falls innerhalb der vorgesehenen Fristen kein Gutachten übermittelt wurde, wird das Gutachten als günstig betrachtet.

§ 5 - Der gemischte Berufungsausschuss richtet seinen Beschluss an den Einsprucherheber, und zwar innerhalb von:

1° siebzig Tagen, wenn der Einspruch einen Betrieb der Klasse 2 betrifft;

2° hundert Tagen, wenn der Einspruch einen Betrieb der Klasse 1 betrifft.

Diese Frist läuft ab dem ersten Tag nach Eingang des Einspruchs. Falls mehrere Einsprüche vorliegen, läuft die Frist ab dem ersten Tag nach Eingang des letzten Einspruchs.

Der gemischte Berufungsausschuss begründet seinen Beschluss insbesondere in Bezug auf die in der Wallonischen Region anwendbare Gesetzgebung zu gefährlichen, gesundheitsschädlichen oder lästigen Betrieben und die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbare Gesetzgebung im Bereich Raumordnung und Städtebau.

Wenn der Antrag auf Globalgenehmigung ein kraft der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung eingestuftes individuelles Klärsystem betrifft, notifiziert der gemischte Berufungsausschuss den Beschluss ebenfalls der Öffentlichen Gesellschaft für Wasserbewirtschaftung gemäß der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung im Wasserbereich.

§ 6 - Wenn eine Beteiligung der Öffentlichkeit gegebenenfalls im Rahmen eines Einspruchs organisiert wird, werden die Fristen für die Untersuchung des Einspruchs nach § 5 am Datum der Einsendung eines Schreibens, durch das bei der betroffenen Gemeinde die Organisation einer Beteiligung der Öffentlichkeit beantragt wird, unterbrochen. Das Verfahren fängt am Datum, an dem die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit erhalten, nach den in § 5 festgelegten Modalitäten wieder an.

§ 7 - Falls der Beschluss nicht innerhalb der in § 5 vorgesehenen Frist übermittelt wird, wird der in erster Instanz gefasste Beschluss bestätigt.

Unterabschnitt 5 — Verfall

Art. 30 - Die Genehmigung verfällt, wenn die Arbeiten binnen drei Jahren ab dem Tag, an dem die Genehmigung rechtskräftig wird, nicht eindeutig begonnen haben. Die die Genehmigung erteilende Entscheidung ist rechtskräftig:

1° am Tag nach Ablauf der in Artikel 29 § 2 vorgesehenen Einspruchsfrist;

2° am Folgetag der Mitteilung an den Antragsteller oder, in Ermangelung dessen, am Folgetag der Frist, die der Einspruchsbehörde vorgegeben ist, um zu befinden, ob die Genehmigung durch Einspruch erteilt worden ist;

3° am Folgetag der Mitteilung an den Antragsteller oder, in Ermangelung dessen, am Folgetag der Frist, die der zuständigen Behörde vorgegeben ist, um zu befinden, ob die Entscheidung, die die Genehmigung erteilt, nicht einspruchsfähig ist.

Die von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgrund von Artikel 14 § 2 Absatz 6 erteilte Genehmigung verfällt, wenn die Arbeiten innerhalb von sieben Jahren ab dem Tag, an dem die Genehmigung gemäß vorangehendem Absatz rechtskräftig wird, nicht eindeutig begonnen worden sind. Jedoch können die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf einen besonders begründeten Antrag eine neue Frist einräumen, ohne dass diese fünf Jahre überschreiten kann.

In Abweichung vom vorangehenden Absatz, wenn eine Sicherheitsleistung nach der in der Wallonischen Region anwendbare Gesetzgebung zu gefährlichen, gesundheitsschädlichen oder lästigen Betrieben auferlegt wird, läuft diese Frist ab:

1° dem Tag nach dem Ablauf der Frist für den Einspruch gegen den Beschluss, wie in Artikel 29 § 2 vorgesehen;

2° dem Tag nach der Zustellung an den Antragsteller des Beschlusses nach erhobenem Einspruch oder, in Ermangelung dessen, ab dem Tag nach dem Ablauf der Frist, über die die Einspruchsinstanz verfügte, um ihren Beschluss kraft Artikel 29 § 7 zu übermitteln.

Der Verfall erfolgt von Rechts wegen. Auf Antrag des Betreibers wird die Genehmigung jedoch für einen Zeitraum von fünf Jahren verlängert. Dieser Antrag wird dreißig Tage vor Verstreichen der in den vorigen Absätzen genannten Verfallsfrist eingereicht.

Die Verlängerung wird von der Behörde gewährt, die in erster Instanz zuständig war, um die Genehmigung, deren Verlängerung beantragt wird, auszustellen.

Unterabschnitt 6 — Besondere Bestimmungen bezüglich des gemischten Projekts, das eine Änderung des kommunalen Verkehrswegenetzes voraussetzt

Art. 31 - § 1 - Wenn das gemischte Projekt insbesondere das Anlegen, die Veränderung oder die Abschaffung eines kommunalen Verkehrsweges im Sinne der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung im Bereich kommunales Verkehrswegenetz betrifft, erwähnen die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten diese Tatsache in dem Beschluss, durch den der vollständige und zulässige Charakter des Antrags gemäß Artikel 19 anerkannt wird, oder in jedem anderen gemeinsamen Beschluss, der vor dem Ablauf der in Artikel 26 erwähnten Fristen gefasst wird. Am selben Tag unterwerfen sie den Antrag bezüglich des kommunalen Verkehrsweges dem gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung im Bereich kommunales Verkehrswegenetz vorgesehenen Verfahren.

Wenn das gemischte Projekt insbesondere das Anlegen, die Veränderung oder die Abschaffung eines kommunalen Verkehrsweges im Sinne der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung im Bereich kommunales Verkehrswegenetz betrifft, die eine Abänderung des Fluchtlinienplans notwendig machen, erwähnen die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten diese Tatsache in dem Beschluss, durch den der vollständige und zulässige Charakter des Antrags gemäß Artikel 19 anerkannt wird oder in jedem anderen gemeinsamen Beschluss, der vor dem Ablauf der in Artikel 26 erwähnten Fristen gefasst wird. Am selben Tag schicken sie den Antrag bezüglich des kommunalen Verkehrsweges und den durch den Antragsteller erstellten Entwurf des Fluchtlinienplans gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung im Bereich kommunales Verkehrswegenetz.

Der Versand des Antrags bezüglich des kommunalen Verkehrsweges an das Gemeindegremium bewirkt eine Unterbrechung der Fristen des Verfahrens.

Das Verfahren läuft gemäß den in Artikel 19 § 3 Absatz 1 vorgesehenen Modalitäten wieder ab dem Eingang des endgültigen Beschlusses bezüglich des kommunalen Verkehrsweges und ggf. des Erlasses bezüglich des Fluchtlinienplans bei der Wallonischen Regierung oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten. Wenn ein zusammenfassender Bericht gemäß Artikel 25 vor der Durchführung des in den Absätzen 1 oder 2 erwähnten Verfahrens zugeschickt worden ist, kann dieser Bericht die in den Artikeln 26 § 1 Absatz 3 und 27 erwähnten Auswirkungen nicht bewirken. Wenn der gemischte Berufungsausschuss mit einem Einspruch befasst wird, der ein in Absatz 1 oder Absatz 2 erwähntes gemischtes Projekt betrifft, und er feststellt, dass das in diesen Absätzen vorgesehene Verfahren nicht eingeleitet worden ist, unterziehen der gemischte Berufungsausschuss oder die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten gemeinsam den Antrag bezüglich des kommunalen Verkehrswegenetzes dem gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung im Bereich kommunales Verkehrswegenetz vorgesehenen Verfahren.

Der Versand des Antrags bezüglich des kommunalen Verkehrsweges an das Gemeindegremium bewirkt eine Unterbrechung der in Artikel 29 § 5 erwähnten Fristen.

Das Verfahren läuft gemäß den in Artikel 29 vorgesehenen Modalitäten erneut ab dem Eingang des endgültigen Beschlusses bezüglich des kommunalen Verkehrswegenetzes und ggf. des Erlasses bezüglich des Fluchtlinienplans bei dem gemischten Berufungsausschuss.

In Abweichung von den Artikeln 20 Absatz 1 Nummer 3° und 23 betrifft die im Rahmen des Antrags bezüglich des kommunalen Verkehrswegenetzes und ggf. des Projekts eines Fluchtlinienplans organisierte Beteiligung der Öffentlichkeit ebenfalls das in Absatz 1 erwähnte gemischte Projekt. Die organisierte Beteiligung der Öffentlichkeit wird gemäß der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich organisiert. Die Dauer der damit verbundenen Beteiligung der Öffentlichkeit entspricht der Höchstdauer, die die verschiedenen betroffenen Verfahren erforderlich machen.

§ 2 - Wenn das gemischte Projekt am Rande einer Straße oder eines Wegs der Wallonischen Region oder der Provinzen Lüttich bzw. Luxemburg befindlich ist, wird die betroffene Verwaltung um ihr Gutachten gebeten.

Unterabschnitt 7 — Anwendbare Bestimmungen

Art. 32 - Die Globalgenehmigungen im Sinne des vorliegenden Abschnitts sind für die aus der Umweltzuständigkeit kommenden Aspekte, die nicht durch das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen geregelt sind, der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region im Bereich Umweltgenehmigung unterworfen.

Die Globalgenehmigungen im Sinne des vorliegenden Abschnitts sind für die aus der Raumordnungs- und Städtebauzuständigkeit kommenden Aspekte, die nicht durch das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen geregelt sind, der anwendbaren Gesetzgebung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich Städtebaugenehmigung unterworfen.

Abschnitt 2 — Integrierte Genehmigung (Städtebau — Handelsniederlassungen — Umwelt)

Unterabschnitt 1 — Anwendungsbereich und zuständige Behörde

Art. 33 - § 1 - Jedes integrierte Projekt, mit Ausnahme der Projekte, die sich auf zeitweilige Betriebe, auf unbewegliche Güter, die einer Schutzmaßnahme im Zusammenhang mit den Denkmälern und Landschaften gemäß Artikel 6 § 1 I. Nummer 7 des Sondergesetzes unterliegen, und den mehrjährigen Investitionsplan der N.G.B.E. beziehen, ist Gegenstand eines Antrags auf integrierte Genehmigung.

§ 2 - Das Gemeindekollegium der Gemeinde, auf deren Gebiet sich das Projekt der Handelsniederlassung befindet, ist zuständig, um über die Anträge auf integrierte Genehmigung zu befinden.

In Abweichung von Absatz 1 sind die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten zuständig, um über die Anträge auf eine integrierte Genehmigung zu befinden, betreffend:

1° jedes integrierte Projekt, das sich auf dem Gebiet mehrerer Gemeinden befindet, unbeschadet des Kapitels 2;

2° jedes integrierte Projekt betreffend eine Handelsniederlassung mit einer Nettohandelsfläche von mindestens 2 500 m², oder eine solche, die nach der Durchführung des Projekts zu einer Nettohandelsfläche von mindestens 2 500 m² führen könnte;

3° jedes integrierte Projekt, das Handlungen und Arbeiten umfasst, die einer Städtebaugenehmigung unterliegen, für die die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte die zuständige Behörde ist;

4° jedes integrierte Projekt, das Handlungen und Arbeiten gemäß der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung mit Sanierungsprojekt umfasst.

§ 3 - Der in Artikel 55 erwähnte gemischte Berufungsausschuss ist zuständig, um über Beschwerden gegen Beschlüsse betreffend integrierte Genehmigungen, die von der in § 2 genannten Behörde erteilt worden sind, zu befinden.

Unterabschnitt 2 — Antrag, Öffentlichkeitsbeteiligung und Gutachten

Art. 34 - § 1 - Der Antrag auf eine integrierte Genehmigung wird durch jedes Mittel, durch das ein sicheres Datum verliehen wird, an das Gemeindekollegium der Gemeinde gerichtet, auf deren Gebiet sich der Betrieb befindet; Letzteres stellt ggf. eine Empfangsbestätigung aus.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschieden im gegenseitigen Einvernehmen die Modalitäten und die Bedingungen für die Einführung der integrierten Genehmigung auf elektronischem Weg.

Wenn sich der Betrieb auf dem Gebiet mehrerer Gemeinden befindet, wird der Antrag nach Wahl des Antragstellers an eine der Gemeinden gerichtet, auf deren Gebiet der Betrieb geplant wird.

In Abweichung von Absatz 3 beschränkt sich die Wahlmöglichkeit des Antragstellers auf die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, wenn es sich um einen Betrieb handelt, der Handlungen und Arbeiten an einem unbeweglichen Gut bedarf, das sich über mindestens eine Gemeinde des französischen und mindestens eine Gemeinde des deutschen Sprachgebiets erstreckt und die anwendbare Gesetzgebung gemäß Artikel 4 als die der Deutschsprachigen Gemeinschaft identifiziert worden ist.

§ 2 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmen im gegenseitigen Einvernehmen die Form und den Inhalt des Antrags sowie die Anzahl der einzureichenden Exemplare, den Maßstab und den Inhalt der beigefügten Pläne.

Je nachdem ob der Antrag den Erhalt einer Globalgenehmigung oder einer Städtebaugenehmigung bezweckt, enthält er die Elemente, die die anwendbare Gesetzgebung bezüglich der Umweltgenehmigungen in der Wallonischen Region und/oder die Elemente, die die anwendbare Gesetzgebung bezüglich der Städtebaugenehmigungen und -bescheinigungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorsehen.

Die Umweltverträglichkeitsakte umfasst die gesamten Angaben, die die Bewertungsakten hätten umfassen sollen, wenn die Anträge auf eine Genehmigung der Handelsniederlassung, eine Globalgenehmigung und/oder Städtebaugenehmigung (deutschsprachig) getrennt erwogen wären.

Art. 35 - Binnen einer Frist von drei Werktagen ab dem Eingang des Antrags sendet die Gemeindeverwaltung der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten gleichzeitig ein Exemplar des Genehmigungsantrags zu, einschließlich des Nachweises für den Eingang des Antrags oder einer Abschrift der in Artikel 34 genannten Empfangsbestätigung; gleichzeitig informiert sie den Antragsteller per gewöhnlichen Brief, wenn der Antrag der Gemeinde per Post geschickt wurde, oder auf elektronischem Weg, wenn der Antrag auf diese Weise eingereicht wurde.

Wenn die Gemeindeverwaltung den Antrag nicht binnen der in Absatz 1 genannten Frist gesandt hat, kann der Antragsteller sich direkt an die Wallonische Regierung oder den von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten wenden, indem er ihm eine Kopie des Antrags übermittelt, den er ursprünglich an das Gemeindekollegium gerichtet hat, in den in Artikel 33 § 2 Absatz 2 vorgesehenen Fällen. Die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte übermittelt diesen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten binnen einer Frist von drei Werktagen ab dem Eingang des Antrags.

Sofort nach Eingang des Genehmigungsantrags übermittelt die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte dem "Observatoire du Commerce" der Wallonischen Region eine Abschrift davon.

Art. 36 - Der Antrag ist unvollständig, wenn aufgrund von Artikel 34 § 2 erforderliche Auskünfte oder Unterlagen fehlen.

Der Antrag ist unzulässig:

1° wenn er in Übertretung des Artikels 34 § 1 eingereicht wurde;

2° wenn er zum zweiten Mal als unvollständig beurteilt wurde;

3° wenn der Antragsteller die Ergänzungsunterlagen nicht innerhalb der in Artikel 37 § 3 Absatz 1 erwähnten Frist einreicht.

Art. 37 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten untersuchen, ob die Akte vollständig und zulässig ist.

§ 2 - Die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte sendet dem Antragsteller den Beschluss über die Vollständigkeit oder Zulässigkeit des Antrags binnen zwanzig Tagen nach dem Eingang des Genehmigungsantrags zu, entweder per gewöhnlichen Brief, wenn der Antrag der Gemeinde per Post geschickt wurde, oder auf dem elektronischen Weg, wenn der Antrag auf diese Weise eingereicht wurde.

In dem Beschluss über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags werden angegeben:

1° die zuständige Behörde;

2° ggf. die Begutachtungsstellen und die entsprechenden Fristen;

3° die Dauer und das Datum des Anfangs der Beteiligung der Öffentlichkeit, außer wenn in der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich Ausnahmen vorgesehen sind, und die Gemeinden, wo die Beteiligung der Öffentlichkeit stattfindet;

4° die Frist, innerhalb derer der Beschluss amtlich mitgeteilt wird;

5° die Notwendigkeit von Ausnahmen oder Abweichungen im Sinne von gültigen verbindlichen oder unverbindlichen Raumordnungsplänen und -programmen, verbindlichen oder unverbindlichen Flächennutzungsplänen, städtebaulichen Verordnungen oder Verstärkungsgenehmigungen im deutschen Sprachgebiet und gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung.

Wenn der Antrag unvollständig ist, richtet die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte binnen zwanzig Tagen nach dem Eingang des Genehmigungsantrags oder der Erklärung ein Verzeichnis der fehlenden Unterlagen an den Antragsteller, entweder per gewöhnlichen Brief, wenn der Antrag der Gemeinde per Post geschickt wurde, oder auf elektronischem Weg, wenn der Antrag auf diese Weise eingereicht wurde. In dem Beschluss wird angegeben, dass das Verfahren ab dem Tag des Erhalts der fehlenden Unterlagen wieder aufgenommen wird.

§ 3 - Der Antragsteller sendet der Wallonischen Regierung oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten die beantragten Ergänzungsunterlagen binnen sechs Monaten nach der Einsendung des Antrags auf Ergänzungsunterlagen zu, entweder per gewöhnlichen Brief, wenn der Antrag der Gemeinde per Post geschickt wurde, oder auf elektronischem Weg, wenn der Antrag auf diese Weise eingereicht wurde. Die Ergänzungsunterlagen werden in so vielen Exemplaren übermittelt, wie im ursprünglichen Genehmigungsantrag vorhanden, wenn der Antrag der Gemeinde per Post geschickt wurde. Wenn der Antragsteller die beantragten Ergänzungsunterlagen nicht binnen der vorgeschriebenen Frist geschickt hat, erklärt die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte den Antrag für unzulässig.

Innerhalb von zwanzig Tagen, nachdem die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte die Ergänzungsunterlagen erhalten hat, schickt sie dem Antragsteller den gemeinsamen Beschluss der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags zu.

Art. 38 - Wenn die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte dem Antragsteller den in Artikel 37 § 2 oder Artikel 37 § 3 genannten Beschluss nicht zugeschickt hat, gilt der Antrag am Ende der in diesen Bestimmungen vorgesehenen Fristen als zulässig. Das Verfahren wird fortgesetzt.

Art. 39 - § 1 - Außer im Falle von durch die Wallonische Region vorgesehenen Abweichungen unterliegt jeder Antrag auf eine integrierte Genehmigung einer Beteiligung der Öffentlichkeit nach den in der gültigen Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich bestimmten Modalitäten.

Für die Nettohandelsflächen von mehr als 20 000 m², die weniger als zwanzig Kilometer von einer oder von mehreren anderen Regionen entfernt sind, stellt die Wallonische Regierung das Projekt der Handelsniederlassung der Regierung jeder betroffenen Region zu. Wenn die Regierung einer betroffenen Region es beantragt, findet eine Konzertierung statt.

§ 2 - Außer im Falle von durch die Wallonische Region vorgesehenen Abweichungen unterliegt jedes Projekt, für das ein Antrag auf eine integrierte Genehmigung eingereicht wird, einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Umweltverträglichkeitsprüfung bei Projekten.

Die Gesamtheit oder ein Teil der bei der zuvor durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfung erzielten Ergebnisse und Daten können in die Umweltverträglichkeitsprüfung mit einbezogen werden, insofern sie relevant und aktuell sind. Sie werden als solche in der Umweltverträglichkeitsprüfung identifiziert.

§ 3 - Jede in den § 1 und 2 vorgesehene Abweichung kann nur für Projekte bestehen, die unter Berücksichtigung der Größe und des Standorts des Projekts und der relevanten Kriterien in der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Umweltverträglichkeitsprüfung bei Projekten keine Gefahren, Belästigungen oder erheblichen Nachteile für den Menschen oder die Umwelt darstellen.

Art. 40 - An dem Tag, an dem die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte ihren Beschluss über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags gemäß Artikel 37 oder nach Ablauf der in Artikel 38 genannten Frist entsendet, schickt sie die Antragsakte sowie ihre eventuellen Ergänzungsunterlagen im Einvernehmen mit der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten den verschiedenen, von ihr bestimmten Instanzen zu.

Art. 41 - Die angrenzenden Gemeinden geben ein Gutachten ab, wenn der Genehmigungsantrag ein Projekt für eine Handelsniederlassung mit einer Nettohandelsfläche von mindestens 1 000 m² betrifft.

Die Gemeinde(n), auf deren Gebiet sich das Projekt für eine Handelsniederlassung ganz oder teilweise befindet, gibt (geben) ihr Gutachten in den in Artikel 33 § 2 Absatz 2 genannten Fällen ab.

Das "Observatoire du Commerce" der Wallonischen Region gibt ein Gutachten ab, wenn der Genehmigungsantrag ein Projekt für eine Handelsniederlassung gemäß Artikel 33 § 2 Absatz 2 Nummern 1° und 2° betrifft.

Das "Observatoire du Commerce" gibt in den in Artikel 33 § 2 Absatz 1 genannten Fällen auf Anfrage der zuständigen Behörde ein Gutachten ab.

Art. 42 - Die in den Artikeln 40 und 41 genannten Instanzen übermitteln ihr Gutachten binnen einer Frist von dreißig Tagen ab dem Eingang des Begutachtungsantrags, wenn der Antrag ein Projekt für eine Handelsniederlassung mit einer Fläche von weniger als 2 500 m² betrifft, oder binnen einer Frist von sechzig Tagen ab dem Eingang des Begutachtungsantrags, wenn der Antrag ein Projekt für eine Handelsniederlassung mit einer Fläche von mindestens 2 500 m² betrifft.

Falls das Gutachten nicht innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Fristen übermittelt wird, gilt es als günstig.

Unbeschadet des Kapitels 3 und der Artikel 40 und 41 können die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im gegenseitigen Einvernehmen die Behörden und Begutachtungsstellen sowie den Mindestinhalt der Gutachten bestimmen.

Jedes Gutachten wird begründet.

Art. 43 - Auf Anfrage der zuständigen Behörde oder einer der zu Rate gezogenen Verwaltungen und Behörden konzertieren Letztere sich mindestens einmal.

Die Modalitäten dieser Konzertierung können im gegenseitigen Einvernehmen von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt werden.

Art. 44 - Die in den Artikeln 45 bis 49 vorgesehenen Verfahrensfristen werden wie folgt berechnet:

1° ab dem Tag nach demjenigen, an dem der gemeinsame Beschluss der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags verschickt wurde;

2° andernfalls, ab dem Tag, der auf die Frist folgt, die eingeräumt war, um den über die Zulässigkeit des Antrags gefassten Beschluss zu entsenden.

Art. 45 - § 1 - Auf der Grundlage der eingegangenen Gutachten wird ein zusammenfassender Bericht gemeinsam von der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten verfasst. Der Bericht umfasst einen gemeinsamen Entscheidungsvorschlag, der aufgrund der eingegangenen Gutachten und der in der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region zu Handelsniederlassungen genannten Kriterien begründet wird. Unter der Voraussetzung, dass die Handlungen und Arbeiten Abweichungen zu gültigen verbindlichen Plänen oder Programmen bzw. Verordnungen im deutschen Sprachgebiet und aufgestellt gemäß der anwendbaren Gesetzgebung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft darstellen, ist die Stellungnahme der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten gleichlautend.

§ 2 - Der zusammenfassende Bericht und der gesamte Antrag werden der zuständigen Behörde binnen folgender Fristen zugesandt:

1° siebzig Tage, wenn der Genehmigungsantrag ein Projekt für eine Handelsniederlassung mit einer Nettohandelsfläche von weniger als 2 500 m² oder einen Betrieb der Klasse 2 betrifft;

2° hundertzehn Tage, wenn der Genehmigungsantrag ein Projekt für eine Handelsniederlassung mit einer Nettohandelsfläche von mindestens 2 500 m² oder einen Betrieb der Klasse 1 betrifft.

Am Tag, an dem die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte den zusammenfassenden Bericht versendet, benachrichtigt sie den Antragsteller darüber.

§ 3 - Nach Ablauf der in § 2 genannten Frist werden die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten gemeinsam angehört, wenn die zuständige Behörde darum bittet.

§ 4 - Die in § 2 genannten Fristen können durch gemeinsamen Beschluss der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten verlängert werden. Die Dauer der Verlängerung darf dreißig Tage nicht überschreiten. Der Beschluss wird der zuständigen Behörde und dem Antragsteller binnen der in § 2 genannten Frist mitgeteilt.

§ 5 - Wenn der zusammenfassende Bericht der zuständigen Behörde nicht innerhalb der zugestanden Frist übermittelt wurde, setzt diese das Verfahren fort, wobei sie die Genehmigungsantragsakte, die Umweltverträglichkeitsprüfung, die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit, das Gutachten des Gemeindegremiums oder der Gemeindegemeinschaften und jede sonstige Information, über die sie verfügt, berücksichtigt.

§ 6 - Der vorliegende Artikel ist in den in Artikel 33 § 2 Absatz 2 genannten Fällen nicht anwendbar.

Unterabschnitt 3 — Beschluss

Art. 46 - § 1 - Die zuständige Behörde schickt ihren Beschluss dem Antragsteller, der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten und, wenn Artikel 33 § 2 Absatz 2 Nummer 1° zur Anwendung kommt, jeder Gemeinde, auf deren Gebiet sich der Betrieb oder die Handlungen und Arbeiten befinden, sowie, per gewöhnlichen Brief, jeder zu Rate gezogenen Behörde oder Verwaltung zu, innerhalb einer Frist von:

1° neunzig Tagen, wenn der Genehmigungsantrag ein Projekt für eine Handelsniederlassung mit einer Nettohandelsfläche von weniger als 2 500 m² oder einen Betrieb der Klasse 2 betrifft

2° hundertvierzig Tagen, wenn der Genehmigungsantrag ein Projekt für eine Handelsniederlassung mit einer Nettohandelsfläche von mindestens 2 500 m² oder einen Betrieb der Klasse 1 betrifft.

Wenn der zusammenfassende Bericht vor dem Ablauf der in Artikel 45 § 2 genannten Frist gesandt worden ist, schickt die zuständige Behörde ihren Beschluss dem Antragsteller, der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten sowie, per gewöhnlichen Brief, jeder zu Rate gezogenen Behörde oder Verwaltung zu, innerhalb einer Frist von:

1° zwanzig Tagen, ab dem Tag, wo sie den zusammenfassenden Bericht von den Beamten gemäß Artikel 45 § 2 erhält, wenn der Genehmigungsantrag ein Projekt für eine Handelsniederlassung mit einer Nettohandelsfläche von weniger als 2 500 m² oder einen Betrieb der Klasse 2 betrifft;

2° dreißig Tagen, ab dem Tag, wo sie den zusammenfassenden Bericht von den Beamten gemäß Artikel 45 § 2 erhält, wenn der Genehmigungsantrag ein Projekt für eine Handelsniederlassung mit einer Nettohandelsfläche von mindestens 2 500 m² oder einen Betrieb der Klasse 1 betrifft.

In den in Artikel 33 § 2 Absatz 2 genannten Fällen ist nur Absatz 1 anwendbar. Der gefasste Beschluss der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder des von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten über die Ausnahmen und Abweichungen im Sinne von gültigen verbindlichen oder unverbindlichen Raumordnungsplänen und -programmen, verbindlichen oder unverbindlichen Flächennutzungsplänen, städtebaulichen Verordnungen oder Verstärkungsgenehmigungen im deutschen Sprachgebiet und gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung, ist ein fester Bestandteil des in Absatz 1 des vorliegenden Paragraphen genannten Beschlusses.

Die Genehmigung kann aus Gründen verweigert werden, mit Bedingungen versehen werden oder Abweichungen bzw. Ausnahmen gewähren, die in der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung im Bereich Raumordnung und Städtebau und der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung bezüglich der Umweltgenehmigungen vorgesehen sind.

§ 2 - In der in Artikel 45 § 5 genannten Annahme wird die der zuständigen Behörde eingeräumte Frist für die Einsendung ihres Beschlusses um eine Frist verlängert, die derjenigen gleich ist, welche von der Wallonischen Regierung oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamten im Einvernehmen mit der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten bestimmt wird.

Art. 47 - § 1 - Zwischen dem Datum, an dem der zusammenfassende Bericht gemäß Artikel 45 § 2 geschickt wurde, oder hätte geschickt sein müssen, und dem Datum, an dem die zuständige Behörde ihren Beschluss in Anwendung von Artikel 46 § 1 zuschickt, oder, im in Artikel 33 § 2 Absatz 2 genannten Fall binnen der in Artikel 46 § 1 Absatz 1 genannten Frist, kann der Antragsteller, bevor die zuständige Behörde den Beschluss fasst, mit ihrer Zustimmung oder auf deren Antrag Änderungspläne und einen entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Umweltverträglichkeitsprüfung bei Projekten vorlegen.

Die Zusendung dieser Zustimmung oder dieses Antrags an den Antragsteller bewirkt eine Unterbrechung der in Artikel 46 genannten Fristen.

An demselben Tag sendet die zuständige Behörde ebenfalls eine Kopie davon der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten zu.

§ 2 - In den in Artikel 33 § 2 Absatz 1 genannten Fällen schickt der Antragsteller der zuständigen Behörde die Änderungspläne zu, denen ein entsprechender Nachtrag zur Bewertung über die Umweltauswirkungen beigefügt wird. Diese Unterlagen werden in so vielen Exemplaren übermittelt, wie im ursprünglichen Antrag enthalten, wenn der Antrag der Gemeinde per Post geschickt wurde. Die zuständige Behörde behält ein Exemplar der Änderungspläne und des entsprechenden Nachtrags zur Bewertung über die Umweltauswirkungen.

Die zuständige Behörde schickt diese Dokumente gleichzeitig der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten binnen einer Frist von drei Werktagen ab dem Tag ihres Eingangs. Die zuständige Behörde informiert den Antragsteller schriftlich über das Datum des Eingangs der Ergänzungsunterlagen bei der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten.

Wenn die zuständige Behörde die Abänderungspläne, denen der entsprechende Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung beigefügt wird, nicht binnen drei Tagen ab ihrem Eingang geschickt hat, kann der Antragsteller unmittelbar eine Kopie davon an die Wallonische Regierung oder den von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten richten. In diesem Fall übermittelt diese die erhaltenen Unterlagen unverzüglich der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten.

§ 3 - In den in Artikel 33 § 2 Absatz 2 bestimmten Fällen schickt der Antragsteller der Wallonischen Regierung oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten die Änderungspläne zu, denen ein entsprechender Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung beigefügt wird. Diese Unterlagen werden in so vielen Exemplaren übermittelt, wie im ursprünglichen Antrag enthalten, wenn der Antrag der Gemeinde per Post geschickt wurde.

Die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte schickt die Dokumente der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten binnen einer Frist von drei Werktagen ab dem Tag ihres Eingangs zu. Die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte informiert den Antragsteller schriftlich über das Datum des Eingangs der Ergänzungsunterlagen bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten.

§ 4 - Das Verfahren wird nach den in Artikel 37 § 3 vorgesehenen Modalitäten wiederholt, nachdem die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte im in Artikel 33 § 2 Absatz 1 genannten Fall oder die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte in den in Artikel 33 § 2 Absatz 2 genannten Fällen die Änderungspläne und den entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung erhalten hat.

In dem Beschluss, den sie in Anwendung von Artikel 37 § 2 fassen, geben die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten an, dass der Antrag Gegenstand von Änderungsplänen ist. Dasselbe gilt, wenn die in Artikel 40 genannten Instanzen mit der Angelegenheit befasst werden. Die Beteiligung der Öffentlichkeit, die gemäß Artikel 39 anschließend an die Hinterlegung der Änderungspläne und ihres entsprechenden Nachtrags zur Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, betrifft die Akte zum ursprünglichen Genehmigungsantrag, ihre eventuellen Ergänzungen, sowie die Änderungspläne und ihren entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Artikel 39 und 40 bis 43 sind nicht auf die Änderungspläne und ihren entsprechenden Nachtrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung anwendbar:

1° wenn sich die geplante Änderung aus einem Vorschlag ergibt, der unter den Bemerkungen und Ansprüchen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit oder in einem Gutachten der Wallonischen Regierung oder des von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten oder einer Beratungsstelle gemacht wurde;

2° wenn die geplante Änderung nur ein begrenztes Ausmaß hat und den Zweck, den allgemeinen Aufbau und die wesentlichen Merkmale des Projekts nicht beeinträchtigt.

§ 5 - Vorliegender Artikel kann für denselben Antrag ein einziges Mal angewandt werden.

Art. 48 - Wenn die vorgesehene Änderung des Antrags die Bedingungen von Artikel 47 § 4 Absatz 3 erfüllt und die Abgabe von Änderungsplänen dafür nicht erforderlich ist, wird sie durch die Genehmigung als klare, eindeutige, nicht zufällige Voraussetzung auferlegt.

Art. 49 - In Ermangelung des Versands des Beschlusses innerhalb der in Artikel 46 vorgesehenen Frist und wenn der zusammenfassende Bericht gemäß Artikel 45 zugeschickt worden ist und er ein günstiges Gutachten der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten enthält, wird davon ausgegangen, dass der Beschluss zu den in dem Gutachten festgelegten Bedingungen gefasst wird sowie gegebenenfalls zu den allgemeinen, integralen und sektoralen Bedingungen, die in der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region zu gefährlichen, gesundheitsschädlichen oder lästigen Betrieben vorgesehen sind.

Erfolgt die Übermittlung des Beschlusses nicht innerhalb der in Artikel 46 angeführten Frist, so gilt die Genehmigung als abgelehnt:

1° wenn der zusammenfassende Bericht nicht gemäß Artikel 45 übermittelt worden ist;

2° wenn der zusammenfassende Bericht ein ungünstiges Gutachten der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten enthält.

In Abweichung von den Absätzen 1 und 2 in den in Artikel 33 § 2 Absatz 2 angeführten Fällen gilt die Genehmigung als abgelehnt, wenn der Beschluss nicht innerhalb der in Artikel 46 angeführten Frist übermittelt worden ist.

Art. 50 - Die Wallonische Regierung oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte und die Gemeinde führen jeweils ein Verzeichnis der Genehmigungen. Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft legen die Form und den Inhalt des Verzeichnisses im gegenseitigen Einvernehmen fest.

Unterabschnitt 4 — Einspruch

Art. 51 - § 1 - Ein Einspruch gegen den Beschluss der zuständigen Behörde, wenn dieser binnen der in Artikel 46 § 1 genannten Fristen übermittelt worden ist, oder gegen den Beschluss, der als gemäß Artikel 49 gefasst gilt, wird bei dem in Artikel 55 erwähnten gemischten Berufungsausschuss erhoben:

1° durch den Antragsteller;

2° durch die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten und durch das Gemeindegremium der Gemeinde, auf deren Gebiet sich der Betrieb befindet;

3° durch jede natürliche oder juristische Person, die ein Interesse begründet.

§ 2 - Unter Gefahr der Unzulässigkeit wird dieser Einspruch übermittelt binnen zwanzig Tagen:

1° für den Antragsteller, die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten und das Gemeindegremium der Gemeinde, auf deren Gebiet sich der Betrieb befindet, ab dem Eingang des Beschlusses der zuständigen Behörde, wenn dieser binnen der in Artikel 46 § 1 Absatz 1 oder 2 genannten Fristen übermittelt worden ist

2° für den Antragsteller, die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten und das Gemeindegremium der Gemeinde, auf deren Gebiet sich der Betrieb befindet, ab dem Ablauf der in Artikel 46 erwähnten Fristen, in den Fällen, in denen die Bestimmungen von Artikel 49 angewandt worden sind;

3° für die nicht unter Nummer 1° erwähnten Personen, ab dem ersten Tag des Anschlags der Bekanntmachung gemäß der festgelegten Modalitäten gemäß der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich.

Wird der Beschluss in mehreren Gemeinden ausgehängt, so wird die Frist verlängert, und zwar bis zu dem zwanzigsten Tag, der auf den ersten Tag folgt, an dem die Bekanntmachung als letzte in einer der Gemeinden ausgehängt wurde.

§ 3 - Der Einspruch setzt die Durchführung des angefochtenen Beschlusses nicht aus, es sei denn, er wird durch die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten eingereicht.

§ 4 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft legen im gegenseitigen Einvernehmen Folgendes fest:

1° die Informationen, die der Einspruch beinhalten muss, dessen Form, sowie die Anzahl der Ausfertigungen, die eingereicht werden müssen;

2° die Modalitäten, nach denen der Einspruch der Öffentlichkeit mitgeteilt wird;

3° die Modalitäten zur Untersuchung des Einspruchs, die zu befragenden Instanzen, und die Fristen, innerhalb derer die Gutachten abzugeben sind. Falls innerhalb der vorgesehenen Fristen kein Gutachten übermittelt wurde, wird das Gutachten als günstig betrachtet.

Das Gutachten des "Observatoire du Commerce" der Wallonischen Region kann von dem gemischten Berufungsausschuss angefordert werden.

§ 5 - Der gemischte Berufungsausschuss übermittelt dem Einsprucherheber seinen Beschluss innerhalb einer Frist von:

1° siebzig Tagen, wenn der Einspruch ein Projekt einer Handelsniederlassung mit einer Nettohandelsfläche von weniger als 2 500 m² betrifft;

2° hundert Tagen, wenn der Einspruch ein Projekt einer Handelsniederlassung mit einer Nettohandelsfläche von wenigstens 2 500 m² betrifft.

Diese Frist läuft ab dem ersten Tag nach Eingang des Einspruchs. Falls mehrere Einsprüche vorliegen, läuft die Frist ab dem ersten Tag nach Eingang des letzten Einspruchs.

Der gemischte Berufungsausschuss begründet seinen Beschluss insbesondere in Bezug auf die in der Wallonischen Region anwendbare Gesetzgebung im Bereich Handelsniederlassungen, unbeschadet der Bestimmungen der in der Wallonischen Region anwendbare Gesetzgebung zu gefährlichen, gesundheitsschädlichen oder lästigen Betrieben und die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbare Gesetzgebung im Bereich Raumordnung und Städtebau.

§ 6 - Falls der Beschluss nicht innerhalb der in § 5 vorgesehenen Frist übermittelt wird, wird der in erster Instanz gefasste Beschluss bestätigt.

Unterabschnitt 5 — Verfall

Art. 52 - § 1 - Die Genehmigung verfällt, wenn die Arbeiten binnen drei Jahren ab dem Tag, an dem die Genehmigung rechtskräftig wird, nicht eindeutig begonnen haben. Die die Genehmigung erteilende Entscheidung ist rechtskräftig am Folgetag der Mitteilung an den Antragsteller oder, in Ermangelung dessen, am Folgetag der Frist, die der Einspruchsbehörde vorgegeben ist, um zu befinden, ob die Genehmigung durch Einspruch erteilt worden ist.

Der Verfall erfolgt von Rechts wegen. Auf Antrag des Inhabers kann die Genehmigung jedoch für einen Zeitraum von zwei Jahren verlängert werden. Dieser Antrag wird dreißig Tage vor Verstreichen der in den vorangeführten Absätzen genannten Verfallsfrist beim Gemeindegremium eingereicht.

In den in Artikel 33 § 2 Absatz 2 angeführten Fällen übermitteln die Gemeindeverwaltung der Wallonischen Regierung oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten den Antrag auf Verlängerung innerhalb von drei Werktagen ab dessen Empfang.

Die Verlängerung wird von der Behörde gewährt, die in erster Instanz zuständig war, um die Genehmigung, deren Verlängerung beantragt wird, auszustellen.

§ 2 - Ist die Ausführung der Arbeiten in Phasen erlaubt, so wird in der Genehmigung für jede Phase mit Ausnahme der ersten der Zeitpunkt bestimmt, an dem die in § 1 angeführte Frist anläuft. Für diese anderen Phasen kann die in § 1 Absatz 2 angeführte Verlängerung gewährt werden.

§ 3 - Die Verfallsfrist wird von Rechts wegen während der gesamten Dauer des Verfahrens aufgehoben, d.h. vom Einreichen des Antrags bis zur Zustellung des endgültigen Beschlusses, falls gegen die Genehmigung eine Nichtigkeitsklage vor dem Staatsrat eingereicht worden ist, oder falls ein Antrag auf Unterbrechung der im Rahmen der Genehmigung erlaubten Betriebstätigkeit vor einer Gerichtsbarkeit des gerichtlichen Stands anhängig ist. Besitzt der Genehmigungsempfänger nicht die erforderliche Eigenschaft, um beim Verfahren als Partei aufzutreten, so teilt die Behörde, die die Genehmigung erteilt hat, dem Betroffenen den Beginn und das Ende der Aussetzung der Verfallsfrist mit.

Unterabschnitt 6 — Besondere Bestimmungen bezüglich des integrierten Projekts, das eine Änderung des kommunalen Verkehrsnetzes voraussetzt

Art. 53 - § 1 - Wenn das integrierte Projekt insbesondere das Anlegen, die Veränderung oder die Abschaffung eines kommunalen Verkehrswegs im Sinne der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung im Bereich kommunales Verkehrsnetz betrifft, erwähnen die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten diese Tatsache in dem Beschluss, durch den die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags gemäß Artikel 37 § 2 anerkannt wird, oder in jedem anderen gemeinsamen Beschluss, der vor dem Ablauf der in Artikel 46 erwähnten Fristen gefasst wird. Am selben Tag unterwerfen sie den Antrag bezüglich der kommunalen Verkehrswege dem gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung im Bereich kommunales Verkehrsnetz vorgesehenen Verfahren.

Wenn das integrierte Projekt insbesondere das Anlegen, die Veränderung oder die Abschaffung eines kommunalen Verkehrswegs im Sinne der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung im Bereich kommunales Verkehrsnetz betrifft, die eine Abänderung des Fluchtlinienplans notwendig machen, erwähnen die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten diese Tatsache in dem Beschluss, durch den die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags gemäß Artikel 37 § 2 anerkannt wird, oder in jedem anderen gemeinsamen Beschluss, der vor dem Ablauf der in Artikel 46 erwähnten Fristen gefasst wird. Am selben Tag übermitteln sie den Antrag bezüglich des kommunalen Verkehrsweges und den durch den Antragsteller erstellten Entwurf des Fluchtlinienplans gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung im Bereich kommunales Verkehrsnetz.

Der Versand des Antrags bezüglich des kommunalen Verkehrsweges an das Gemeindegremium bewirkt eine Unterbrechung der Fristen des Verfahrens.

Das Verfahren läuft gemäß den in Artikel 37 § 2 vorgesehenen Modalitäten erneut ab dem Eingang des endgültigen Beschlusses bezüglich des kommunalen Verkehrsweges und ggf. des Erlasses bezüglich des Fluchtlinienplans bei der Wallonischen Regierung oder dem von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten. Wenn ein zusammenfassender Bericht gemäß Artikel 45 vor der Durchführung des in den Absätzen 1 oder 2 erwähnten Verfahrens übermittelt worden ist, kann dieser Bericht die in den Artikeln 46 § 1 Absatz 2 und 49 erwähnten Auswirkungen nicht bewirken. Wenn der gemischte Berufungsausschuss mit einem Einspruch befasst wird, der ein in Absatz 1 oder Absatz 2 erwähntes integriertes Projekt betrifft, und er feststellt, dass das in diesen Absätzen vorgesehene Verfahren nicht eingeleitet worden ist, unterziehen der gemischte Berufungsausschuss oder die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die von ihnen gemäß ihrer jeweils anwendbaren Gesetzgebung bestimmten Beamten gemeinsam den Antrag bezüglich des kommunalen Verkehrsnetzes dem gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung im Bereich kommunales Verkehrsnetz vorgesehenen Verfahren.

Der Versand des Antrags bezüglich des kommunalen Verkehrsnetzes an das Gemeindegremium bewirkt eine Unterbrechung der in Artikel 51 § 5 erwähnten Fristen.

Das Verfahren läuft gemäß den in Artikel 51 vorgesehenen Modalitäten erneut ab dem Eingang des endgültigen Beschlusses bezüglich des kommunalen Verkehrsnetzes und ggf. des Erlasses bezüglich des Fluchtlinienplans bei dem gemischten Berufungsausschuss.

In Abweichung von den Artikeln 37 § 2 Absatz 2 Nummer 3° und 38 betrifft die im Rahmen des Antrags bezüglich des kommunalen Verkehrsnetzes und ggf. des Projekts eines Fluchtlinienplans organisierte Beteiligung der Öffentlichkeit ebenfalls das in Absatz 1 erwähnte integrierte Projekt. Die organisierte Beteiligung der Öffentlichkeit wird gemäß der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich organisiert. Die Dauer der damit verbundenen Beteiligung der Öffentlichkeit entspricht der Maximaldauer, die die verschiedenen betroffenen Verfahren erforderlich machen.

§ 2 - Wenn das integrierte Projekt an eine Straße oder einen Weg der Wallonischen Region oder der Provinzen Lüttich bzw. Luxemburg angrenzt, wird die betroffene Verwaltung um ihr Gutachten gebeten.

Unterabschnitt 7 — Anwendbare Bestimmungen

Art. 54 - Die integrierten Genehmigungen im Sinne des vorliegenden Abschnitts sind für die aus der Handelsniederlassungszuständigkeit kommenden Aspekte, die nicht durch das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen geregelt sind, der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region im Bereich Genehmigung der Handelsniederlassung unterworfen.

Die integrierten Genehmigungen im Sinne des vorliegenden Abschnitts sind für die aus der Umweltzuständigkeit kommenden Aspekte, die nicht durch das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen geregelt sind, der anwendbaren Gesetzgebung der Wallonischen Region im Bereich Umweltgenehmigung unterworfen.

Die integrierten Genehmigungen im Sinne des vorliegenden Abschnitts sind für die aus der Raumordnungs- und Städtebauzuständigkeit kommenden Aspekte, die nicht durch das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen geregelt sind, der anwendbaren Gesetzgebung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich Städtebaugenehmigung unterworfen.

Abschnitt 3 — Gemeinsame Bestimmungen

Unterabschnitt 1 — Gemischter Berufungsausschuss

Art. 55 - Es wird ein gemischter Berufungsausschuss eingerichtet, der für die Einsprüche zuständig ist, die gemäß dem vorliegenden Kapitel eingereicht werden.

Art. 56 - Der gemischte Berufungsausschuss setzt sich aus den Ministern der Wallonischen Regierung zusammen, die Umwelt und Mobilität in ihren Zuständigkeiten haben, sowie dem Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Raumordnung und Städtebau in seiner Zuständigkeit hat, oder deren Vertreter. Wenn der gemischte Berufungsausschuss mit einer integrierten Genehmigung gemäß Abschnitt 2 befasst wird, tagt der Minister der Wallonischen Regierung, der die Wirtschaft und die K.M.U. in seiner Zuständigkeit hat, oder sein Vertreter ebenso im Ausschuss.

Der Vorsitz wird im jährlichen Wechsel ausgeübt. Übernimmt die Wallonische Region den Vorsitz, bestimmt die Wallonische Regierung den wallonischen Minister, der dem gemischten Berufungsausschuss vorsitzt. Übernimmt die Deutschsprachige Gemeinschaft den Vorsitz, bestimmt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den deutschsprachigen Minister, der dem gemischten Berufungsausschuss vorsitzt.

Der gemischte Berufungsausschuss hat seinen Sitz in Eupen und hat ein beistehendes Sekretariat, das durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft gestellt wird.

Art. 57 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschließen im gegenseitigen Einvernehmen die Organisation, die Funktions- und Beschlussregeln des gemischten Berufungsausschusses.

Unterabschnitt 2 — Berechnung der Fristen in Bezug auf Genehmigungen und Einsprüche

Art. 58 - Unter Strafe der Nichtigkeit erlaubt jeder Versand ein bestimmtes Datum des Versands und des Empfangs einer Handlung zu geben, unabhängig vom gewählten Postverteilungsdienst.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft können im gegenseitigen Einvernehmen eine Liste der Verfahren bestimmen, die sie als bestimmtes Datum des Versands und Empfangs anerkennen.

Der Versand erfolgt spätestens am letzten Tag der zugestandenen Frist.

Art. 59 - Der Tag des Empfangs einer Handlung, der den Beginn einer Frist darstellt, ist in diesem nicht inbegriffen.

Der Fälligkeitstag ist in der Frist inbegriffen. Wenn dieser Tag allerdings ein Samstag, Sonntag oder gesetzlicher Feiertag ist, ist der Fälligkeitstag auf den nächsten darauffolgenden Arbeitstag verlegt.

KAPITEL 5 — Operative Raumordnung

Art. 60 - Die von der Wallonischen Region für Maßnahmen der operativen Raumordnung ermächtigten juristischen Personen öffentlichen Rechts sind befugt, Leistungen derselben Art im deutschen Sprachgebiet gemäß der anwendbaren Gesetzgebung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auszuführen.

Art. 61 - Für jedes zu realisierende Projekt der operativen Raumordnung, das die städtische Erneuerung im Sinne von Artikel 6 § 1 I. Nummer 4 des Sondergesetzes betrifft und sich im Gebiet mindestens einer Gemeinde im deutschen Sprachgebiet befindet, findet vor Beginn der Annahmeprozedur eine die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft assoziierende Konzertierung statt.

KAPITEL 6 — Gewerbeparks

Art. 62 - Die von der Wallonischen Region im Rahmen der Einrichtung, der Verwaltung und der Entwicklung von Gewerbeparks als Projektträger ermächtigten juristischen Personen öffentlichen Rechts sind befugt, Leistungen derselben Art im deutschen Sprachgebiet gemäß der anwendbaren Gesetzgebung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auszuführen.

Art. 63 - Für jedes die Einrichtung oder Erweiterung eines Gewerbeparks betreffende Projekt, das sich über mindestens eine Gemeinde im deutschen Sprachgebiet oder die Gemeinden Baelen, Gouvy, Malmedy, Bleyberg, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Weismes und/oder Welkenraedt erstreckt, findet vor Beginn der Annahmeprozedur eine die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft assoziierende Konzertierung statt.

KAPITEL 7 — Kommunale Verkehrswege

Art. 64 - Wenn der Antrag zur Schaffung, Änderung, Bestätigung oder Abschaffung eines kommunalen Verkehrsweges einen Verkehrsweg betrifft, der sich über das Gebiet einer oder mehrerer angrenzender Gemeinden ausdehnt, von denen sich mindestens eine Gemeinde im französischen Sprachgebiet und eine Gemeinde sich im deutschen Sprachgebiet befindet, werden der Antrag und die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß Artikel 65 gleichzeitig diesen Gemeinden und an das Provinzkollegium gesandt, das für das Gebiet einer jeden Gemeinde zuständig ist, auf dem sich der Verkehrsweg befindet, der Gegenstand des Antrags ist.

Gemäß der jeweils anwendbaren Gesetzgebung in der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich lokale Behörden geben die Gemeinden und der oder die Provinzkollegien ihr Gutachten innerhalb einer Frist von dreißig Tagen ab dem Eingang der Akte ab, in Ermangelung dessen wird dies außer Acht gelassen.

Wenn die Gutachten des Provinzkollegiums oder der Provinzkollegien innerhalb der eingeräumten Fristen abgegeben werden, sind sie für die betroffenen Gemeinden gleichlautende Gutachten.

Art. 65 - Die Gemeinden unterwerfen die in Artikel 64 genannten Anträge einer Beteiligung der Öffentlichkeit. Diese wird gemäß den folgenden Grundsätzen organisiert:

1° die Dauer der Beteiligung der Öffentlichkeit beträgt dreißig Tage; diese Frist wird zwischen dem 16. Juli und dem 15. August ausgesetzt;

2° während der Beteiligung der Öffentlichkeit sind die Akten werktags und an einem Tag in der Woche bis zwanzig Uhr oder an einem Samstagmorgen oder auf Verabredung im Rathaus zugänglich;

3° jede betroffene Drittperson kann technische Erklärungen erhalten;

4° jede betroffene Drittperson kann vor dem Abschluss der Beteiligung der Öffentlichkeit oder am Tag der Abschlussitzung der betreffenden Beteiligung der Öffentlichkeit ihre Bemerkungen und Beschwerden per Fernkopie, per elektronische Post, falls die Gemeinde zu diesem Zweck eine Anschrift festgelegt hat, per einfache Post äußern, oder diese dem Raumordnungs- und Städtebauberater, dem Gemeindekollegium oder dem zu diesem Zweck beauftragten Gemeindebediensteten mitteilen; bei Strafe der Nichtigkeit werden die Einsendungen per Post oder per Fernkopie mit dem Datum versehen und unterzeichnet; in den Einsendungen per elektronische Post werden die Identität und das Datum angegeben;

5° die Beteiligung der Öffentlichkeit wird folgendermaßen angekündigt:

a) durch Plakate in schwarzen Buchstaben auf gelbem Papier von mindestens 35dm², die entlang dem öffentlichen Verkehrsweg alle 50 Meter auf der Straßenseite des Grundstücks angebracht werden, mit maximal vier Plakaten; wenn das Grundstück nicht an einen befahrbaren öffentlichen Verkehrsweg grenzt, werden sie von der Gemeindeverwaltung entlang dem nächstliegenden befahrbaren öffentlichen Verkehrsweg mit jeweils zwei Bekanntmachungen pro Hektar Gelände angebracht, mit maximal vier Plakaten;

b) durch Bekanntmachung in den lokalen Seiten einer je nach Fall französisch- oder deutschsprachigen Tageszeitung; wenn ein kommunales Informationsblatt oder eine Reklamezeitung vorhanden sind, die kostenlos an die Bevölkerung verteilt werden, wird die Bekanntmachung ebenfalls dort veröffentlicht;

c) per Schreiben an die Eigentümer der in einem Umkreis von 50 Metern ab den Grenzen der Grundstücke, die Gegenstand des Antrags sind, gelegenen Immobiliengüter;

d) an den gewöhnlichen Anschlagstellen;

e) auf der Internetseite der betreffenden Gemeinde, sofern diese existiert.

KAPITEL 8 — *Verschiedene Bestimmungen*

Art. 66 - § 1 - Es wird ein Begleitausschuss zu vorliegendem Zusammenarbeitsabkommen eingerichtet, der mit der Bewertung des Stands der Zusammenarbeit im Allgemeinen und der Ausführung der Bestimmungen des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens im Besonderen beauftragt ist.

Der Begleitausschuss besteht aus sechs Mitgliedern, die zur einen Hälfte durch die Wallonische Regierung und zur anderen Hälfte durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestellt werden. Gegebenenfalls und in Funktion der Tagesordnung können die Mitglieder des Begleitausschusses von technischen Experten begleitet werden.

Der Begleitausschuss versammelt sich mindestens zweimal pro Jahr.

Der Begleitausschuss legt seine Geschäftsordnung fest, die beiden Regierungen zur Genehmigung vorgelegt wird. Sie sieht insbesondere einen abwechselnden Vorsitz und ein abwechselndes Sekretariat vor.

§ 2 - Der Stand der Zusammenarbeit im Sinne des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens wird in dem in Artikel 18 des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 26. November 1998 erwähnten Bericht integriert.

Art. 67 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft verpflichten sich, sich gegenseitig und zu einem zweckdienlichen Zeitpunkt bezüglich gesetzgebenden oder verordnenden Initiativen im Bereich Raumordnung und Städtebau oder anderen Materien, die einen Einfluss auf Raumordnung und Städtebau haben können, zu informieren.

Art. 68 - Wenn die Wallonische Regierung die Operationelle Generaldirektion Raumordnung, Wohnungswesen, Erbe und Energie (OGD4) des Öffentlichen Dienstes der Wallonie konsultiert im Rahmen der Ausarbeitung, Anpassung, Überarbeitung oder Aufhebung von regionalen Plänen und Programmen, die nicht der Raumordnungs- und Städtebauzuständigkeit entstammen, jedoch einen Einfluss auf diese Zuständigkeit ausüben, wird ebenso die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft konsultiert, wenn der Umkreis dieser Pläne und Programme das deutsche Sprachgebiet umfasst oder deren Inhalte einen Einfluss auf das deutsche Sprachgebiet haben könnte.

Wenn eine der Gemeinden Baelen, Gouvy, Malmedy, Bleyberg, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Weismes und/oder Welkenraedt die Operationelle Generaldirektion Raumordnung, Wohnungswesen, Erbe und Energie (OGD4) des Öffentlichen Dienstes der Wallonie konsultieren im Rahmen der Ausarbeitung, Anpassung, Überarbeitung oder Aufhebung von kommunalen Plänen und Programmen, die nicht der Raumordnungs- und Städtebauzuständigkeit entstammen, jedoch keinen Einfluss auf diese Zuständigkeit ausüben und eine Gemeinde im deutschen Sprachgebiet betreffen könnten, wird ebenso die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft konsultiert.

Art. 69 - Für die Projekte, die eine Auswirkung auf das Gebiet mehrerer Gemeinden haben, von denen mindestens eine im anderen Sprachgebiet liegt, findet eine die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft assoziierende strategische Konzertierung statt zur Planung und Genehmigungsteilung bezüglich:

1° Autobahn- und Regionalstraßennetzen;

2° Infrastrukturen für Kommunikation oder für den Transport von Flüssigkeiten und Energie;

3° Infrastrukturen und technischen Netzen, inbegriffen der Infrastrukturen zur Verwaltung der Ab- und Niederschlagswässer.

Art. 70 - § 1 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschieden gemeinsam eine Liste der bemerkenswerten Bäume, Sträucher und Hecken. Sie können eine Liste der Arbeiten erstellen, die dem Wurzelwerk von bemerkenswerten Bäumen, Sträuchern und Hecken abträglich sind oder deren Aussehen ändern.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft legen im gegenseitigen Einvernehmen die Kriterien fest, denen Bäume, Sträucher oder Hecken entsprechen müssen, um als bemerkenswert bezeichnet zu werden.

§ 2 - Die Liste der bemerkenswerten Bäume, Sträucher und Hecken wird alle drei Jahre nach dem folgenden Verfahren aktualisiert:

1° die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt jedem einzelnen Gemeindekollegium die bestehende, für sein Gebiet geltende Liste sowie die Bestandsaufnahme, die seit der Annahme der letzten Entscheidung der Wallonischen Regierung durchgeführt wurde;

2° innerhalb von zwölf Monaten ab der Übermittlung durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft schickt das Gemeindekollegium der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Auflistung der Bäume, Sträucher und Hecken, die es in die/aus der in Nummer 1° genannte(n) Liste und Bestandsaufnahme einfügen/streichen möchte, unter Angabe der Bezeichnung und des Standorts der Art; in Ermangelung eines Vorschlags binnen der vorgegebenen Frist wird das Verfahren fortgesetzt. Die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbare Gesetzgebung kann vorsehen, dass der Entscheidung des Gemeindekollegiums das Gutachten eines beratenden Ausschusses vorausgeht;

3° hat das Gemeindekollegium seinen Vorschlag binnen der festgelegten Frist übermittelt, dann sendet die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihn der Wallonischen Regierung zur Stellungnahme zu; diese leitet innerhalb von sechs Monaten ab der Sendung des Antrags auf Stellungnahme der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihre Stellungnahme zu;

4° Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft leitet die Liste weiter an die Wallonische Regierung unter Bezeichnung, gegebenenfalls, der Bäume, Sträucher und Hecken, die Gegenstand einer jeweils anderslautenden Stellungnahme durch die Wallonische Regierung und das Gemeindekollegium sind;

5° die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft legen gemeinsam die Liste der bemerkenswerten Bäume, Sträucher und Hecken fest;

6° Die Liste wird im belgischen Staatsblatt und dem kartographischen Portal der Internetseite der Wallonischen Region veröffentlicht.

Jede Person kann der Wallonischen Regierung einen Baum, einen Strauch oder eine Hecke vorschlagen, der/die eines oder mehrere der in § 1 Absatz 2 angeführten Merkmale aufweist.

Die von der Wallonischen Region vor Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens angenommenen Listen sind bestehende Listen im Sinne von Absatz 1 Nummer 1°.

Art. 71 - Die Direktoren, die Forstamtsleiter und die Forstbediensteten der Abteilung Natur und Forstwesen der operativen Generaldirektion Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt (OGD3) des öffentlichen Dienstes der Wallonie haben die Eigenschaft eines feststellenden Bediensteten, um die Aufspürung und Feststellung, ggf. über ein Protokoll im Namen und für die Rechnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, von bestimmten gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung definierten Verstößen vorzunehmen.

Die in Absatz 1 genannten feststellenden Bediensteten sind befugt, in dem Gebiet, für welches ihre Direktion, ihr Forstamt bzw. ihr Revier zuständig ist, sofern diese sich über das deutsche Sprachgebiet ausdehnen.

Das Dokument zur Bescheinigung in der Eigenschaft als feststellender Bediensteter wird von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt.

Art. 72 - Die Wallonische Regierung stellt der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Nutzung der EDV-Instrumente zur "Geomatik" zur Verfügung. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft stellt der Wallonischen Regierung die sich in ihrem Besitz befindlichen Daten zur Verfügung, die im deutschen Sprachgebiet für das EDV-Instrument "Geomatik" relevant sind.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschließen im gegenseitigen Einvernehmen die Anwendungsmodalitäten des vorliegenden Artikels und insbesondere die Frist, binnen derer die Wallonische Regierung die von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelieferten Daten nach ihrem Erhalt einspeist.

Art. 73 - Die Wallonische Regierung stellt der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und/oder den Gemeinden im deutschen Sprachgebiet die Nutzung der EDV-Instrumente zur "Verwaltung der Städtebauantragsakten" zur Verfügung.

Die Wallonische Regierung ermöglicht der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und/oder den Gemeinden im deutschen Sprachgebiet, am Prozess der Dematerialisierung der Genehmigungsprozeduren im Zusammenhang mit Raumordnung und Städtebau teilzunehmen.

Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschließen im gegenseitigen Einvernehmen die Anwendungsmodalitäten des vorliegenden Artikels.

Art. 74 - Die Teilnahme der Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der Gemeinden im deutschen Sprachgebiet an Weiterbildungen, die durch die Wallonische Regierung zu Themen in Zusammenhang oder verbunden mit den Bereichen Raumordnung und Städtebau organisiert werden, wird zu denselben Bedingungen ermöglicht, wie sie für die Bediensteten der Wallonischen Region gelten.

KAPITEL 9 — Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 75 - Übergangsweise sind die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der von ihr gemäß ihrer anwendbaren Gesetzgebung bestimmte Beamte, sowie die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets ermächtigt, Gutachten beim Pool "Raumordnung", eingesetzt durch die Artikel D.IV.4 und 5 des GRE, und beim Pool "Umwelt", eingesetzt durch Artikel 2/4 des wallonischen Dekrets vom 6. November 2008 zur Rationalisierung der Beratungsfunktion, einzuholen.

Die Einreichung der Gutachtenanfragen und die Übermittlung der Gutachten erfolgt binnen der Fristen und mittels der vorgesehenen Modalitäten der am Tag vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens anwendbaren Bestimmungen.

Art. 76 - Universitäre und andere Studien, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens im Auftrag der Wallonischen Regierung angefertigt werden und deren Untersuchungsbereich ganz oder teilweise das deutsche Sprachgebiet umfasst, werden gemäß dem ursprünglichen Auftrag und der ursprünglichen Modalitäten fortgesetzt und dies einzig zulasten der Wallonischen Regierung.

Die Resultate werden kostenfrei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zur Verfügung gestellt.

Art. 77 - Die natürlichen oder juristischen Personen, privaten oder öffentlichen Rechts, die zugelassen sind für die Ausarbeitung von Plänen, Schemen und Leitfäden im Sinne des GRE, behalten ihre Zulassung für die Ausarbeitung von Raumordnungsplänen und -programmen, Flächennutzungsplänen und städtebaulichen Verordnung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die verbleibende Dauer ihrer Zulassung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens.

Wenn die Wallonische Regierung die Zulassung einer Person vor deren Ablauf entzieht, gilt die Zulassung von Rechtswegen auch im deutschen Sprachgebiet als entzogen.

Art. 78 - § 1 - Die Behandlung von Projekten zu kommunalen Entwicklungsschemen gemäß Artikel D.II.10 des GRE und zu lokalen Orientierungsschemen gemäß Artikel D.II.11 des GRE, die sich auf dem Gebiet einer Gemeinde im deutschen Sprachgebiet befinden und vor Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens begonnen wurde, wird gemäß den vor diesem Datum anwendbaren Bestimmungen fortgeführt. Die Behandlung gilt im Sinne des vorliegenden Absatzes als begonnen ab der Annahme des Entwurfs des kommunalen Entwicklungsschemas oder des lokalen Orientierungsschemas durch den Gemeinderat gemäß Artikel D.II.12 § 3 Absatz 1 des GRE.

Die Behandlung von Projekten zur Revision der Sektorenpläne gemäß den Artikeln D.II.47 und 47 des GRE den Teil der Sektorenpläne Verviers-Eupen, Malmedy-St. Vith und Hohes Venn-Eifel betreffend, der die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets abdeckt und vor Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens begonnen wurde, wird gemäß den vor diesem Datum anwendbaren Bestimmungen fortgeführt. Die Behandlung gilt im Sinne des vorliegenden Absatzes als begonnen ab:

1° der Annahme des Entwurfs des Sektorenplans durch die Regierung in den in Artikel D.II.46 des GRE erwähnten Fällen;

2° dem Beschluss des Gemeinderats, bei der Regierung eine Revision des Sektorenplans zu beantragen, in den in Artikel D.II.47 des GRE erwähnten Fällen;

3° der mit einem sicher feststehenden Datum versehenen Einsendung des Antrags der Revision des Sektorenplans durch eine natürliche oder juristische, private oder öffentlich-rechtliche Person in den in Artikel D.II.48 des GRE erwähnten Fällen.

Die Behandlung von Projekten zu kommunalen Leitfäden für den Städtebau gemäß Artikel D.III.4 des GRE, die sich auf dem Gebiet einer Gemeinde im deutschen Sprachgebiet befindet und vor Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens begonnen wurde, wird gemäß den vor diesem Datum anwendbaren Bestimmungen fortgeführt. Die Behandlung gilt im Sinne des vorliegenden Absatzes als begonnen ab der Annahme des Entwurfs des kommunalen Leitfadens für den Städtebau durch den Gemeinderat gemäß Artikel D.III.6 § 2 Absatz 1 des GRE.

§ 2 - Die Aufgaben, die das GRE in diesem Rahmen den Verwaltungen und Beamten der Wallonischen Region auferlegt, werden ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens und unabhängig vom Stadium der Behandlung von den Verwaltungen und Beamten, die von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angewiesen werden, übernommen. Die Aufgaben, die das GRE der Wallonischen Regierung auferlegt, werden von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft übernommen.

Art. 79 - § 1 - Der Teil der Sektorenpläne Verviers-Eupen, Malmedy-St. Vith und Hohes Venn-Eifel, der die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets abdeckt, bleibt bis zu seiner vollständigen oder teilweisen Abänderung, Aufhebung oder Ersetzung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft oder die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets in Kraft.

Jede zu diesem Anlass durchgeführte planologische oder alternative Ausgleichsmaßnahme wird ausschließlich im deutschen Sprachgebiet ausgeführt.

§ 2 - Wenn die Wallonische Region beabsichtigt, eine planologische oder alternative Ausgleichsmaßnahme aus Anlass der vollständigen oder teilweisen Abänderung, Aufhebung oder Ersetzung eines oder mehrerer Sektorenpläne durchzuführen, befindet sich diese Ausgleichsmaßnahme ausschließlich im französischen Sprachgebiet.

Art. 80 - § 1 - Die Anträge auf eine Städtebaugenehmigung, eine Verstädterungsgenehmigung oder eine Städtebaubescheinigung gemäß den Artikeln D.IV.1 des GRE, einschließlich der Anträge, die unter eine der Kategorien gemäß Artikel D.IV.25 des GRE fallen, deren Hinterlegung, die durch einen Empfangsschein bescheinigt wird oder deren Sendungsempfang, der durch eine Post- oder sonstige Empfangsbestätigung bescheinigt wird, vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens erfolgte, werden auf der Grundlage der am Tag vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens anwendbaren Bestimmungen weiter geprüft.

Die Aufgaben, die das GRE in diesem Rahmen den Verwaltungen und Beamten der Wallonischen Region auferlegt, einschließlich der Entscheidungsbefugnisse, werden ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens und unabhängig vom Stadium der Behandlung von den Verwaltungen und Beamten, die von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angewiesen werden, übernommen. Die Aufgaben, die das GRE der Wallonischen Regierung auferlegt, werden von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft übernommen.

§ 2 - Die gegen eine Städtebau- oder Verstädterungsgenehmigung oder eine Städtebaubescheinigung eingeleiteten Einsprüche, deren Hinterlegung, die durch einen Empfangsschein bescheinigt wird oder deren Sendungsempfang, der durch eine Post- oder sonstige Empfangsbestätigung bescheinigt wird, vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens erfolgte, werden auf der Grundlage der am Tag vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens anwendbaren Bestimmungen weiter geprüft.

Die Wallonische Regierung befindet gemäß den Artikeln D.IV.63 ff des GRE über die in Absatz 1 erwähnten Einsprüche.

Art. 81 - § 1 - Die Anträge auf eine Globalgenehmigung, gemäß den Artikeln 81 ff des Dekrets vom 11. März 1999 in Bezug auf die Umweltgenehmigung, deren Hinterlegung, die durch einen Empfangsschein bescheinigt wird oder deren Sendungsempfang, der durch eine Post- oder sonstige Empfangsbestätigung bescheinigt wird, vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens erfolgte, werden auf der Grundlage der am Tag vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens anwendbaren Bestimmungen weiter geprüft.

Die Aufgaben, die das Dekret vom 11. März 1999 in diesem Rahmen dem Beauftragten Beamten im Sinne des GRE auferlegt, einschließlich der Entscheidungsbefugnisse, werden ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens und unabhängig vom Stadium der Behandlung durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihr angewiesenen Beamten übernommen.

Alle Verfahrensschritte, die vor Hinterlegung der in Absatz 1 genannten Anträge stattgefunden haben und mit diesen in Verbindung stehen, binden die zuständigen Behörden für die nachfolgende Bearbeitung dieser Anträge.

§ 2 - Die gegen eine Globalgenehmigung eingeleiteten Einsprüche, deren Hinterlegung, die durch einen Empfangsschein bescheinigt wird oder deren Sendungsempfang, der durch eine Post- oder sonstige Empfangsbestätigung bescheinigt wird, vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens erfolgte, werden auf der Grundlage der am Tag vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens anwendbaren Bestimmungen weiter geprüft.

Die Wallonische Regierung befindet entsprechend Artikel 95 des Dekrets vom 11. März 1999 über die in Absatz 1 erwähnten Einsprüche.

Art. 82 - § 1 - Die Anträge auf eine integrierte Genehmigung, gemäß den Artikeln 83 ff des Dekrets vom 5. Februar 2015 in Bezug auf die Handelsniederlassungen, deren Hinterlegung, die durch einen Empfangsschein bescheinigt wird oder deren Sendungsempfang, der durch eine Post- oder sonstige Empfangsbestätigung bescheinigt wird, vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens erfolgte, werden auf der Grundlage der am Tag vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens anwendbaren Bestimmungen weiter geprüft.

Die Aufgaben, die das Dekret vom 5. Februar 2015 in diesem Rahmen dem Beauftragten Beamten im Sinne des GRE auferlegt, einschließlich der Entscheidungsbefugnisse, werden ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens und unabhängig vom Stadium der Behandlung durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den von ihr angewiesenen Beamten übernommen.

Alle Verfahrensschritte, die vor Hinterlegung der in Absatz 1 genannten Anträge stattgefunden haben und mit diesen in Verbindung stehen, binden die zuständigen Behörden für die nachfolgende Bearbeitung dieser Anträge.

§ 2 - Die gegen eine integrierte Genehmigung eingeleiteten Einsprüche, deren Hinterlegung, die durch einen Empfangsschein bescheinigt wird oder deren Sendungsempfang, der durch eine Post- oder sonstige Empfangsbestätigung bescheinigt wird, vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens erfolgte, werden auf der Grundlage der am Tag vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens anwendbaren Bestimmungen weiter geprüft.

Die in Artikel 7 des Dekrets vom 5. Februar 2015 benannte Berufungskommission befindet entsprechend Artikel 101 desselben Dekrets über die in Absatz 1 erwähnten Einsprüche.

Art. 83 - In Abweichung von Artikel 12 und so lange die Zweckbestimmungen und allgemeinen Vorschriften der in Artikel D.II.22 und folgende des GRE genannten Zonen des Sektorenplans innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft unverändert bleiben, erfolgt die Einholung von Stellungnahmen von der zuständigen Behörde im Rahmen der Behandlung einer Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung (deutschsprachig) gemäß der nachfolgenden Tabelle. Die Stellungnahmen werden in Form von einfachen Gutachten eingeholt.

Allerdings ist die Einholung einer Stellungnahme nicht erforderlich, wenn die zu konsultierende Behörde oder Dienststelle Antragsteller der Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung (deutschsprachig) ist.

Der vorliegende Artikel gilt unbeschadet der Möglichkeit für die Deutschsprachige Gemeinschaft, gegebenenfalls andere verpflichtende oder fakultative Einholungen von Stellungnahmen in ihrer anwendbaren Gesetzgebung im Bereich Raumordnung und Städtebau vorzusehen.

| 0. | Standort / Spezifität des Projekts | Handlungen und Arbeiten | Einzuholende Stellungnahmen |
|----|------------------------------------|---|--|
| 1. | Agrargebiet im Sektorenplan | Handlungen und Arbeiten innerhalb eines Agrargebiets, mit Ausnahme der Umbauarbeiten von Gebäuden ohne Vergrößerung und ohne Änderung der Zweckbestimmung | OGD3 - Abteilung ländliche Angelegenheiten und Wasserläufe |
| 2. | Forstgebiet im Sektorenplan | Handlungen und Arbeiten innerhalb eines Forstgebiets, mit Ausnahme der Umbauarbeiten von Gebäuden ohne Vergrößerung und ohne Änderung der Zweckbestimmung | OGD3 - Abteilung Natur und Forstwesen |
| 3. | Naturgebiet im Sektorenplan | Handlungen und Arbeiten innerhalb eines Naturgebiets, mit Ausnahme der Umbauarbeiten von Gebäuden ohne Vergrößerung und ohne Änderung der Zweckbestimmung | OGD3 - Abteilung Natur und Forstwesen |

| 0. | Standort / Spezifität des Projekts | Handlungen und Arbeiten | Einzuholende Stellungnahmen |
|-----|---|--|---|
| 4. | Kommunikationsinfrastrukturen | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche eines regionalen Verkehrsweges oder einer Autobahn im Sektorenplan | OGD1 |
| 5. | | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reserveflächen einer Eisenbahnstrecke im Sektorenplan | INFRABEL (Infrastruktur) |
| 6. | | Regionales Wegenetz und Autobahn: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Verkehrsweg gelegenen Grundstück | OGD1 |
| 7. | | Eisenbahnstrecke: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem an der Eisenbahnstrecke gelegenen Grundstück | INFRABEL |
| 8. | | Nichtschiffbarer Wasserlauf erster Kategorie: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Wasserlauf gelegenen Grundstück | OGD3 - Direktion der nicht schiffbaren Wasserläufe |
| 9. | | Nichtschiffbarer Wasserlauf zweiter Kategorie oder nicht eingestufte Wasserlauf: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Wasserlauf gelegenen Grundstück | Technischer Provinzialdienst |
| 10. | | Nichtschiffbarer Wasserlauf dritter Kategorie: Errichtung eines Gebäudes oder einer Anlage, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Wasserlauf gelegenen Grundstück | Betroffenes Gemeindegremium |
| 11. | | Autonomes Netz der langsamen Wege: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am RAVeL gelegenen Grundstück | OGD1 - Direktion des sanften Verkehrs und der kommunalen Partnerschaften |
| 12. | | In der Nähe eines Flughafens | Handlungen und Arbeiten innerhalb des Gebiets eines Flughafens oder einer Reservefläche im Zusammenhang mit einem Flughafen |
| 13. | Zum öffentlichen Verkehr und zur Straßenanbindung von Gebäuden bestimmte Landverkehrswege | Handlungen und Arbeiten in Bezug auf den Bau, Änderung eines kommunales Verkehrswegs | Feuerwehrrdienst (Hydranten, Konfiguration, Durchfahrt der Rettungsfahrzeuge) |

| 0. | Standort / Spezifität des Projekts | Handlungen und Arbeiten | Einzuholende Stellungnahmen |
|-----|--|--|--|
| 14. | Infrastrukturen für den Transport von Flüssigkeiten und Energie | Hauptleitungen für den Transport von festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffen: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem an den Leitungen gelegenen oder von den Leitungen durchquerten Grundstück | Netzbetreiber Ölleitung, Pipeline: NATO |
| 15. | | Leitung des Stromübertragungs- und -versorgungsnetzes: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes in weniger als dreißig Metern Abstand von einer Hochspannungsfreileitung oder an einer erdverlegten Hochspannungsleitung entlang | Netzbetreiber |
| 16. | | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche einer Leitung des Stromübertragungs- und -versorgungsnetzes oder an der Trasse einer solchen Leitung entlang | Netzbetreiber |
| 17. | | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche oder der Trasse einer Gashauptleitung | Netzbetreiber Feuerwehrdienst |
| 18. | | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche oder der Trasse einer Leitung für andere Gase | Netzbetreiber Feuerwehrdienst |
| 19. | | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche oder der Trasse einer Ölleitung, einer Pipeline | NATO Feuerwehrdienst |
| 20. | | Handlungen und Arbeiten innerhalb der Reservefläche oder der Trasse einer Hauptleitung zur Wasserversorgung | Vom Projekt betroffene Wasserversorgungsgesellschaft |
| 21. | | Naturerbe | Bemerkenswerte Bäume, Sträucher und Hecken: einen bemerkenswerten Baum bzw. Strauch oder eine bemerkenswerte Hecke abholzen, dessen/deren Wurzelwerk schaden oder dessen/deren Aussehen ändern |
| 22. | Handlungen und Arbeiten innerhalb eines aufgrund des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannten Gebiets | | OGD3 - Abteilung Natur und Forstwesen |

| 0. | Standort / Spezifität des Projekts | Handlungen und Arbeiten | Einzuholende Stellungnahmen | |
|-----|--|---|---|---|
| 23. | Schutz der Personen, Güter oder der Umwelt | SEVESO-Standort: Handlungen und Arbeiten in Bezug auf einen neuen Betrieb oder die Änderung eines bereits bestehenden Betriebs, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist | OGD3 - "RAM"-Zelle Feuerwehrdienst | |
| 24. | | SEVESO-Standort: jedes Projekt, dessen Standort das Risiko eines schweren Unfalls vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern könnte, im Vergleich zu einem bereits bestehenden Betrieb, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist | OGD3 - "RAM"-Zelle Feuerwehrdienst | |
| 25. | | Überschwemmungsgefahr: jedes Projekt in Bezug auf eine Immobilie, die von ihrer Lage oder ihrer Natur her eine Auswirkung auf einen Wasserlauf haben könnte oder der Überschwemmungsgefahr im Sinne des von der Regierung in Anwendung von Artikel D53-2 des Wassergesetzbuches angenommenen Kartenwerks ausgesetzt ist | Schiffbare Wasserstraße: OGD2 - Abteilung Wasserwege; Nichtschiffbarer Wasserlauf erster Kategorie: OGD3 - Abteilung ländliche Angelegenheiten und Wasserläufe Nichtschiffbarer Wasserlauf zweiter Kategorie oder nicht eingestuftes Wasserlauf: Technischer Provinzialdienst Nichtschiffbarer Wasserlauf dritter Kategorie: Betroffenes Gemeindegemeindekollegium | |
| 26. | | Jedes Projekt, das innerhalb einer konzentrierten Abflussachse im Sinne von Artikel R.IV.4-3 Absatz 1 Ziffer 4 gelegen ist | OGD3 - Abteilung ländliche Angelegenheiten und Wasserläufe | |
| 27. | | Technisches Vergrabungszentrum: Jedes Projekt, das an ein technisches Vergrabungszentrum angrenzt oder auf einem ehemaligen Standort zur Vergrabung von Abfällen angesiedelt ist | OGD3 - Abteilung Boden und Abfälle | |
| 28. | | Ländliche Bodenordnung | Handlungen und Arbeiten innerhalb des Areals einer Bodenordnung der ländlichen Güter (ehemals ländliche Flurbereinigung) | Gemäß dem Wallonischen Gesetzbuch über die Landwirtschaft eingerichteter Bodenordnungsausschuss |

| 0. | Standort / Spezifität des Projekts | Handlungen und Arbeiten | Einzuholende Stellungnahmen |
|-----|---|--|------------------------------------|
| 29. | Sicherheit Brandschutznormen | Errichtung von für die Öffentlichkeit zugänglichen Gebäuden oder Räumen: 1° Einrichtungen zur Betreuung oder Unterbringung von Senioren und Personen mit Behinderung; 2° Krankenhäuser, einschließlich der Kliniken; 3° Zentren für medizinische, psychische, Familien- und Sozialhilfe; 4° Gebäude und Räume für soziokulturelle, Sport-, Freizeit- oder touristische Tätigkeiten, sowie überdachte Spielflächen; 5° Kultbauten und Bestattungshäuser; 6° Schul-, Universitäts- und Ausbildungsgebäude und -infrastrukturen; 7° Internate, Studenten- und Kinderheime; 8° Strafvollzugs- und Umerziehungsanstalten; 9° Gebäude und Infrastrukturen, wo Aufgaben öffentlichen Dienstes wahrgenommen werden, nämlich Stadthäuser, Gerichtshöfe, Gerichte und deren Kanzleien, Postämter, Bahnhöfe, Flughafengebäude, Bahnstationen, U-Bahnstationen und Bushaltestellen, einschließlich der Bahnsteige; 10° Banken und andere Geldinstitute; 11° im Bau befindliche Parkhäuser 12° Bürogebäude, Geschäfte, Geschäftszentren, Hotels, Gasthöfe, Restaurants und Cafés. | Feuerwehrdienst |
| 30. | | Errichtung von (öffentlichen oder privaten) Mehrfamilienwohnhäusern mit mehr als 3 Wohnungen | Feuerwehrdienst |
| 31. | | Errichtung oder umfangreicher Umbau von Industriegebäuden | Feuerwehrdienst |
| 32. | | Projekte, die den Bau oder die Änderung von Verkehrswegen voraussetzen | Feuerwehrdienst |
| 33. | Zusammenstellung von inerten Abfällen oder Verwertung von Erde und Kiesel | Projekte nach Artikel R.II.33-2 | OGD3 - Abteilung Boden und Abfälle |

Art. 84 - § 1 - Die Behandlung von Projekten genannt in Artikel D.V.1 des GRE zu neu zu gestaltenden Standorten, in Artikel D.V.7 des GRE zu Landschafts- und Umweltsanierungsstandorten, in Artikel D.V.9 des GRE zur städtische Flurbereinigung, in Artikel D.V.13 des GRE zur städtischen Neubelebung, in Artikel D.V.14 zur städtischen Erneuerung und in Artikel D.V.15 des GRE zu bevorzugten Initiativgebieten, die sich auf dem Gebiet einer Gemeinde im deutschen Sprachgebiet befinden und vor dem Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens begonnen wurden, wird fortgesetzt gemäß den vor diesem Datum anwendbaren Bestimmungen.

§ 2 - Die Aufgaben, die das GRE in diesem Rahmen den Verwaltungen und Beamten der Wallonischen Region auferlegt, einschließlich der Entscheidungsbefugnisse, werden ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens und unabhängig vom Stadium der Behandlung von den Verwaltungen und Beamten, die von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angewiesen werden, übernommen.

Für die in Absatz 1 genannten Projekte der städtischen Neubelebung bestimmt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihre Vertreter in der provinziellen Koordinierungszelle, die anstelle der in Artikel R.V.13-3 Absatz 2 Nummern 1, 2, 3, 5 und 6 des GRE Personen tragen.

§ 3 - Die finanziellen Beteiligungen, einschließlich derer die im Rahmen eines alternativen Finanzierungsprogramms verwirklicht worden sind, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens durch die Wallonische Region in Anwendung der Artikel 167 bis 171 und 182 des Wallonischen Gesetzbuches über die Raumordnung, den Städtebau, das Erbe und die Energie oder der Artikel D.V.1 bis D.V.8 des GRE für Handlungen, Arbeiten und Studien sich beziehend auf Projekte, die sich auf dem Gebiet einer Gemeinde im deutschen Sprachgebiet befinden, gewährt worden sind, bleiben zu Lasten der Wallonischen Region und sind durch die Wallonische Regierung gemäß der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung auszuführen.

Art. 85 - § 1 - Die Behandlung von Projekten zu wirtschaftlichen Anerkennungsgebieten und/oder zur Enteignung im Sinne des wallonischen Dekrets vom 2. Februar 2017 über die Entwicklung der Gewerbegebiete, die sich auf dem Gebiet einer Gemeinde im deutschen Sprachgebiet befinden und vor dem Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens begonnen wurden, wird fortgesetzt gemäß den vor diesem Datum anwendbaren Bestimmungen.

§ 2 - Die Aufgaben, die das Dekret vom 2. Februar 2017 in diesem Rahmen den Verwaltungen und Beamten der Wallonischen Region auferlegt, einschließlich der Entscheidungsbefugnisse, werden ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens und unabhängig vom Stadium der Behandlung, von den Verwaltungen und Beamten, die von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angewiesen werden, übernommen.

§ 3 - Die finanziellen Beteiligungen, einschließlich derer die im Rahmen eines alternativen Finanzierungsprogramms verwirklicht worden sind, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens durch die Wallonische Region in Anwendung des Dekrets vom 11. März 2004 über die Infrastrukturen zur Ansiedlung von wirtschaftlichen Aktivitäten und des Dekrets vom 2. Februar 2017 über die Entwicklung der Gewerbegebiete für Handlungen, Arbeiten und Studien sich beziehend auf Projekte, die sich auf dem Gebiet einer Gemeinde im deutschen Sprachgebiet befinden, gewährt worden sind, bleiben zu Lasten der Wallonischen Region und sind durch die Wallonische Regierung gemäß der in der Wallonischen Region anwendbaren Gesetzgebung auszuführen.

Art. 86 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden ermächtigt, im gegenseitigen Einvernehmen die Bestimmungen der Artikel 15, 17, 18, 19, 25, 26, 27 und 28 anzupassen, ausschließlich um sie mit den Vorgaben der Artikel 26 bis 34 des wallonischen Dekrets vom 24. Mai 2018 zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Änderung der Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten und zur Abänderung des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung, was die Entmaterialisierung und die administrative Vereinfachung und verschiedene Bestimmungen betrifft, in seiner im Belgischen Staatsblatt vom 6. Juni 2018 veröffentlichten Fassung, in Einklang zu bringen, sobald diese in Kraft getreten sind.

Art. 87 - Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Ausgestellt in Namur, den 14. November 2019, in sechs französischen und deutschen Originalexemplaren.

Für die Wallonische Region:

Der Ministerpräsident,
E. DI RUPO

Der Vizepräsident und Minister für Wirtschaft, Außenhandel,
Forschung und Innovation, digitale Technologien, Raumordnung,
Landwirtschaft, das IFAPME und die Kompetenzzentren,
W. BORSUS

Der Vizepräsident und Minister für Klima, Energie und Mobilität,
Ph. HENRY

Der Minister für Wohnungswesen, lokale Behörden und Städte,
P.-Y. DERMAGNE

Die Ministerin für Umwelt, Natur,
Forstwesen, ländliche Angelegenheiten und Tierschutz,
C. TELLIER

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen,
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und
Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

**MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE
ET SERVICE PUBLIC DE WALLONIE**

[2019/206045]

14 NOVEMBRE 2019. — Accord de coopération entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif à l'exercice des compétences en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes

Vu la Constitution, les articles 39 et 139 ;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, les articles 6, § 1^{er}, I, 1^o à 6^o, et l'article 92bis, § 1^{er}, inséré par la loi spéciale du 8 août 1988 et modifié en dernier lieu par la loi spéciale du 6 janvier 2014 ;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 55bis, inséré par la loi du 5 mai 1993 et modifié par la loi du 6 janvier 2014 ;

Vu le décret du Parlement de la Communauté germanophone du 29 avril 2019 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes, l'article 6, § 3 ;

Vu le décret du Parlement wallon du 6 mai 2019 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes, l'article 6, § 3 ;

Considérant que l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences en matière d'aménagement du territoire sur le territoire de la région de langue allemande rend nécessaire la conclusion d'accords sur certains points, notamment afin de garantir la cohérence entre les différentes polices administratives et de contribuer à une sécurité juridique pour les citoyens, les entreprises et les administrations ;

Considérant qu'il importe ainsi de fixer la manière d'identifier la législation applicable lorsqu'une demande de permis ou de certificat d'urbanisme est introduite pour des actes et travaux relatifs à un bien immobilier qui se situe à cheval sur les deux régions linguistiques ; de régler quels avis doivent être sollicités de part et d'autre lors de l'instruction de plans et programmes ou de permis ; de préserver la possibilité de délivrer un permis unique ou un permis intégré lorsque des actes et travaux nécessitent la délivrance tant d'un permis d'urbanisme que d'un permis d'environnement et/ou un permis d'implantation commerciale ; d'établir un échange d'informations entre les administrations concernées ; de fixer le régime transitoire pour les dossiers en cours le 1^{er} janvier 2020 ;

la Région wallonne, représentée par le Gouvernement wallon en la personne du Ministre-Président, en la personne du Ministre qui a l'aménagement du territoire dans ses attributions, en la personne du Ministre qui a le régime juridique de la voirie communale dans ses attributions, en la personne du Ministre qui a la rénovation urbaine dans ses attributions et en la personne de la Ministre qui a l'environnement dans ses attributions,

et

la Communauté germanophone, représentée par le Gouvernement de la Communauté germanophone en la personne du Ministre-Président et en la personne du Ministre qui a l'aménagement du territoire dans ses attributions,

Ont convenu ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. Le présent accord de coopération porte sur l'exercice de la compétence de l'aménagement du territoire, telle que visée à l'article 6, § 1^{er}, I, 1^o à 6^o, de la loi spéciale, sur le territoire de la région de langue allemande.

Il vise également les cas dans lesquels la police administrative de l'aménagement du territoire a un impact partiel et direct sur l'une des autres polices administratives exercées par la Région wallonne sur le territoire de la région de langue allemande, notamment la police des établissements classés et la police des implantations commerciales.

Art. 2. Pour l'application du présent accord de coopération, il faut entendre par :

1^o loi spéciale : la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles ;

2^o permis ou certificat d'urbanisme (germanophone) : la décision prise ou l'attestation délivrée par l'autorité compétente en Communauté germanophone en vertu de la compétence visée à l'article 6, § 1^{er}, I, 1^o, de la loi spéciale, sur le territoire de la région de langue allemande, et sur base de laquelle une personne peut réaliser des actes et travaux visés par la législation applicable à des conditions déterminées sur le territoire de la région de langue allemande, le cas échéant en application des dispositions visées au chapitre 2 ;

3^o permis ou certificat d'urbanisme (wallon) : la décision prise ou l'attestation délivrée par l'autorité compétente en Région wallonne en vertu de la compétence visée à l'article 6, § 1^{er}, I, 1^o, de la loi spéciale, sur le territoire de la région de langue française, et sur base de laquelle une personne peut réaliser des actes et travaux visés par la législation applicable à des conditions déterminées sur le territoire de la région de langue française, le cas échéant en application des dispositions visées au chapitre 2 ;

4^o permis d'environnement : la décision de l'autorité compétente en Région wallonne, prise en vertu de la compétence visée à l'article 6, § 1^{er}, II, 3^o, de la loi spéciale, sur le territoire des régions de langue française et de langue allemande, et sur base de laquelle une personne peut exploiter, déplacer, transformer ou étendre un établissement visé par la législation applicable pour une durée et à des conditions déterminées ;

5^o projet mixte : le projet pour lequel il apparaît, au moment de l'introduction de la demande de permis, que sa réalisation requiert un permis d'environnement et un permis d'urbanisme (germanophone) ;

6^o permis unique : la décision des autorités compétentes relative à un projet mixte, délivrée à l'issue de la procédure visée au chapitre 4, section 1^{re}, qui tient lieu de permis d'environnement et de permis d'urbanisme (germanophone) ;

7^o établissement : l'unité technique et géographique dans laquelle interviennent une ou plusieurs installations et/ou activités classées pour la protection de l'environnement, ainsi que toute autre installation et/ou activité s'y rapportant directement et qui est susceptible d'avoir des incidences sur les émissions et la pollution. Un établissement dans lequel interviennent une ou plusieurs installations ou activités classées implantées à proximité d'installations ou activités similaires, mais n'ayant pas de liens d'interdépendance les unes par rapport aux autres sur le plan matériel ou fonctionnel, constitue un établissement distinct de l'établissement existant ;

8^o établissement temporaire : tout établissement qui, par nature, est temporaire et dont la durée d'exploitation continue n'excède pas :

a) trois ans s'il s'agit :

1. soit d'un établissement nécessaire à un chantier de construction ;

2. soit d'un établissement destiné à l'extraction ou à la valorisation de roches ornementales à partir d'une carrière ayant été exploitée ou en activité et nécessaire à un chantier de rénovation, de transformation, d'agrandissement ou de reconstruction d'un immeuble dans le respect du site bâti ;

3. soit de la transformation ou de l'extension d'une carrière et, le cas échéant, de ses dépendances, dûment autorisées, lorsque cette transformation ou cette extension est requise pour faire face à des besoins momentanés d'intérêt public ;

b) la durée de la remise en état des lieux lorsqu'il s'agit d'un établissement destiné à la remise en état d'un site pollué ;

c) trois mois ou une durée moindre fixée par le Gouvernement wallon pour les établissements qu'il désigne ;

9^o établissement d'essai : tout établissement appelé à fonctionner pendant une durée n'excédant pas six mois et qui sert exclusivement ou essentiellement à la mise au point ou à l'essai de nouvelles méthodes ou produits ;

10^o établissement de classe 1 ou de classe 2 : les installations et activités soumises à permis d'environnement selon la législation applicable en Région wallonne, sur le territoire des régions de langue française et de langue allemande ;

11^o exploitant : toute personne qui exploite un établissement classé, ou pour le compte de laquelle un établissement classé est exploité. Pendant la procédure de délivrance du permis, le demandeur est assimilé à l'exploitant ;

12^o dossier d'évaluation des incidences sur l'environnement : la notice d'évaluation ou l'étude d'incidences requises en vertu de la législation organisant l'évaluation des incidences sur l'environnement en Région wallonne ;

13° permis d'implantation commerciale : la décision de l'autorité compétente en Région wallonne, prise en vertu de la compétence visée à l'article 6, § 1^{er}, VI, alinéa 1^{er}, 6°, et § 5^{bis} de la loi spéciale, sur le territoire des régions de langue française et de langue allemande, et sur base de laquelle une personne peut exploiter, déplacer, transformer ou étendre un projet d'implantation commerciale visé par la législation applicable pour une durée et à des conditions déterminées ;

14° projet intégré : le projet pour lequel il apparaît, au moment de l'introduction de la demande de permis, que sa réalisation requiert, soit un permis d'implantation commerciale et un permis unique au sens du présent accord de coopération, soit un permis d'implantation commerciale et un permis d'urbanisme (germanophone) ;

15° permis intégré : la décision des autorités compétentes relative à un projet intégré, délivrée à l'issue de la procédure visée au chapitre 4, section 2, qui tient lieu de permis d'implantation commerciale et de permis unique au sens du présent accord de coopération ou de permis d'urbanisme (germanophone) ;

16° établissement de commerce de détail : l'unité de distribution dont l'activité consiste à revendre de manière habituelle des marchandises à des consommateurs en nom propre et pour compte propre, sans faire subir à ces marchandises d'autre traitement que les manipulations usuelles dans le commerce ;

17° surface commerciale nette : la surface destinée à la vente et accessible au public y compris les surfaces non couvertes. En cas d'extension, la surface commerciale nette à prendre en considération pour l'application du présent accord de coopération est la surface totale après réalisation du projet d'implantation commerciale. Cette surface inclut notamment les zones de caisses, les zones situées à l'arrière des caisses et les halls d'entrée lorsque ceux-ci sont aussi utilisés à des fins d'expositions ou de ventes de marchandises ;

18° projet d'implantation commerciale :

a) un projet de construction nouvelle qui prévoit l'implantation d'un établissement de commerce de détail d'une surface commerciale nette supérieure à 400 m² ;

b) un projet d'ensemble commercial répondant à la surface définie au a), c'est-à-dire un ensemble d'établissements de commerce de détail, qu'ils soient ou non situés dans des bâtiments séparés et qu'une même personne en soit ou non le promoteur, le propriétaire, l'exploitant ou le titulaire du permis, qui sont réunis sur un même site et entre lesquels il existe un lien de droit ou de fait, notamment sur le plan financier, commercial ou matériel, ou qui font l'objet d'une procédure commune concertée en matière de permis d'urbanisme, de permis d'environnement ou de permis unique ;

c) un projet d'extension d'un établissement de commerce de détail ou d'un ensemble commercial ayant déjà atteint la surface définie au a) ou devant la dépasser par la réalisation du projet ;

d) un projet d'exploitation d'un ou plusieurs établissements de commerce de détail ou d'un ensemble commercial répondant à la surface définie au a) dans un immeuble existant qui n'était pas affecté à une activité commerciale ;

e) un projet de modification importante de la nature de l'activité commerciale d'un établissement de commerce de détail ou d'un ensemble commercial dans un immeuble déjà affecté à des fins commerciales existant et répondant à la surface définie au a) ;

19° aménagement opérationnel : l'ensemble des opérations effectuées dans le cadre des compétences visées à l'article 6, § 1^{er}, I, 4° et 5°, de la loi spéciale ;

20° parc d'activités économiques : le périmètre qui détermine une portion du territoire où il est opportun d'accueillir, de maintenir et de développer des activités économiques autres que le commerce de détail sauf lorsqu'il en est l'auxiliaire, en ce compris les biens relevant du domaine public ou destinés à y être incorporés s'ils contribuent à la mise en œuvre du parc ;

21° CoDT : le Code wallon du développement territorial ;

22° décrets de transfert : le décret du Parlement wallon du 6 mai 2019 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes et le décret du Parlement de la Communauté germanophone du 29 avril 2019 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes, par lesquels est transféré, à la Communauté germanophone, l'exercice des compétences visées à l'article 1^{er}.

CHAPITRE 2. — Identification de la législation applicable

Art. 3. Le présent chapitre est applicable aux hypothèses d'actes et travaux relatifs à un bien immobilier s'étendant sur au moins une commune située en région de langue française et au moins une commune située en région de langue allemande, telles que visées par l'article 6 des décrets de transfert.

L'emprise au sol des actes et travaux à considérer pour l'application de l'article 6 des décrets de transfert vise :

1° en cas de nouveau projet, l'emprise au sol de l'ensemble des actes, travaux, installations ou constructions faisant l'objet de la demande de permis ;

2° en cas d'extension ou transformation d'actes, travaux, installations ou constructions existants et autorisés, l'emprise au sol globale, l'emprise au sol de l'existant y compris.

Art. 4. Si les caractéristiques des plans modificatifs déposés en cours d'instruction ont pour conséquence que, en fonction des critères fixés à l'article 6 des décrets de transfert, la législation applicable doit changer, l'autorité auprès de laquelle le dossier avait été introduit clôt l'instruction et se dessaisit du dossier. Le demandeur réintroduit le dossier, tel que modifié, auprès de l'autre autorité compétente en fonction des critères fixés à l'article 6 des décrets de transfert qui l'instruit selon sa législation applicable.

Art. 5. § 1^{er}. L'instruction des demandes de permis d'urbanisme, unique ou intégré et, le cas échéant, des recours pour les cas visés à l'article 6 des décrets de transfert implique obligatoirement, sous forme d'avis simple, les consultations suivantes :

1° lorsque la législation de la Région wallonne est applicable : le Gouvernement de la Communauté germanophone ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable ainsi que la/les commune(s) située(s) en région de langue allemande directement impactée(s) de manière non négligeable par le projet. La/les commune(s) sur le territoire de laquelle ou desquelles les actes et travaux sont en partie localisés sont dans tous le cas comprise(s) dans ces dernières ;

2° lorsque la législation de la Communauté germanophone est applicable : le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable ainsi que la/les commune(s) située(s) en région de langue française directement impactée(s) de manière non négligeable par le projet. La/les commune(s) sur le territoire de laquelle ou desquelles les actes et travaux sont en partie localisés sont dans tous le cas comprise(s) dans ces dernières ;

3° quelle que soit la législation applicable et lorsque le projet porte sur les actes et travaux visés dans le tableau suivant, sauf si l'instance ou le service à consulter est le demandeur du permis ou du certificat d'urbanisme :

| 0. | Spécificité du projet | Actes et travaux | Instances à consulter |
|----|---|--|---|
| 1. | Infrastructures de communication | Actes et travaux situés dans une aire de réserve d'une voie ferrée | INFRABEL (infrastructure) |
| 2. | | Voie ferrée : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte la voie ferrée | INFRABEL (infrastructure) |
| 3. | Voirie de communication par terre affectée à la circulation du public et à la desserte d'immeuble | Actes et travaux relatifs à la création, modification d'une voirie communale | Service d'incendie (hydrant, configuration, passage des véhicules de secours) |
| 4. | Sécurité Normes incendie | Construction de bâtiments ou espaces ouverts au public : 1° les immeubles destinés à l'accueil ou l'hébergement de personnes âgées ou handicapées ; 2° les hôpitaux, dont les cliniques ; 3° les centres d'aide médicale, psychique, familiale et sociale ; 4° les bâtiments et espaces destinés aux activités socio-culturelles, sportives, récréatives ou touristiques, ainsi que les aires de jeux couvertes ; 5° les établissements destinés à la pratique du culte et les centres funéraires ; 6° les bâtiments et infrastructures scolaires, universitaires et de formation ; 7° les internats, les homes pour étudiants et les homes pour enfants ; 8° les établissements pénitentiaires et de rééducation ; 9° les bâtiments et infrastructures où sont assurées des missions de service public, notamment les maisons communales, les cours et tribunaux et leur greffe, les bureaux de poste, les gares, les aéroports et les stations de chemin de fer, de métro et de bus, en ce compris les quais ; 10° les banques et autres établissements financiers ; 11° les parkings en ouvrage ; 12° les immeubles à usage de bureaux, les commerces, les centres commerciaux, les hôtels, les auberges, les restaurants et les cafés. | Service d'incendie |
| 5. | | Construction de bâtiments d'immeubles (publics ou privés) de logements multiples de plus 3 logements | Service d'incendie |
| 6. | | Construction ou transformation majeure de bâtiments industriels | Service d'incendie |
| 7. | | Projets impliquant la création ou la modification de voiries | Service d'incendie |

Si les communes consultées dans le cadre de l'alinéa 1^{er} demandent facultativement un avis auprès d'une instance consultative communale selon les législations applicables en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme, selon le cas, en Région wallonne ou en Communauté germanophone, ces législations prévoient que le délai de consultation de ces communes est prolongé de manière suffisante et raisonnable.

L'alinéa 1^{er} se comprend sans préjudice :

1° de l'article 12 ;

2° de la possibilité pour la Région wallonne et la Communauté germanophone de prévoir, le cas échéant, d'autres consultations obligatoires ou facultatives supplémentaires dans leurs législations respectives applicables en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme ;

3° des consultations obligatoires prévues par les législations applicables découlant de la Convention d'Espoo du 25 février 1991 sur l'évaluation de l'impact sur l'environnement dans un contexte transfrontière.

§ 2. Lorsque les législations applicables en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme, selon le cas, en Région wallonne ou en Communauté germanophone, prévoient des recours administratifs, le recours est dans tous les cas ouvert, pour les cas visés au présent chapitre, à la/aux commune(s) dans l'autre région linguistique sur le territoire de laquelle ou desquelles les actes et travaux sont en partie localisés.

§ 3. Le présent article est applicable sans préjudice des consultations obligatoires sur le territoire de la région de langue allemande en vertu des polices administratives autres que celles de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme.

Il est indistinctement applicable pour toutes les demandes de permis d'urbanisme, unique ou intégré, que celles-ci soient ou non soumises à un régime d'évaluation des incidences sur l'environnement, voire à une consultation du public.

§ 4. Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone peuvent arrêter de commun accord une liste des actes et travaux pour lesquels la consultation visée au § 1^{er} n'est pas nécessaire.

CHAPITRE 3. — Consultations

Section 1^{re}. — Plans, programmes et règlements

Art. 6. Les dispositions de la présente section sont applicables sans préjudice des consultations obligatoires sur le territoire de la région de langue allemande en vertu des polices administratives autres que celles de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme.

Art. 7. Les consultations à effectuer par la Communauté germanophone dans le cadre de l'élaboration, l'adaptation, la révision ou l'abrogation de certains instruments selon la législation applicable en Communauté germanophone sont reprises dans le tableau qui suit. Les consultations ont lieu sous forme d'avis simples.

Le présent article vaut sans préjudice de la possibilité pour la Communauté germanophone de prévoir, le cas échéant, d'autres consultations obligatoires ou facultatives supplémentaires dans sa législation applicable en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme.

| 0. | Instrument | Instances à consulter |
|-----|--|---|
| 1. | Plans et programmes communautaires d'aménagement du territoire à caractère indicatif | Gouvernement wallon |
| 2. | | Collège provincial (limité aux aspects techniques) |
| 3. | | Gestionnaires de réseaux d'alimentation en eau, gaz et électricité et d'évacuation d'eaux usées |
| 4. | | Commission de gestion des parcs naturels |
| 5. | Plans communautaires d'affectation du sol à caractère réglementaire | Gouvernement wallon |
| 6. | | Collège provincial (limité aux aspects techniques) |
| 7. | | Gestionnaires de réseaux d'alimentation en eau, gaz et électricité et d'évacuation d'eaux usées |
| 8. | | Commission de gestion des parcs naturels |
| 9. | | Dans la mesure où elles sont impactées de manière non négligeable : les communes de Baelen, Gouvy, Malmedy, Plombières, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Waimes et/ou Welkenraedt |
| 10. | Règlements généraux d'urbanisme communautaires | Gouvernement wallon |
| 11. | | Collège provincial (limité aux aspects techniques) |
| 12. | | Gestionnaires de réseaux d'alimentation en eau, gaz et électricité et d'évacuation d'eaux usées |
| 13. | | Commission de gestion des parcs naturels |
| 14. | | Dans la mesure où elles sont impactées de manière non négligeable : les communes de Baelen, Gouvy, Malmedy, Plombières, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Waimes et/ou Welkenraedt |

Art. 8. § 1^{er}. Les consultations à effectuer par les communes situées en région de langue allemande dans le cadre de l'élaboration, l'adaptation, la révision ou l'abrogation de certains instruments selon la législation applicable en Communauté germanophone sont reprises dans le tableau qui suit. Les consultations ont lieu sous forme d'avis simples.

Le présent article vaut sans préjudice de la possibilité pour la Communauté germanophone de prévoir, le cas échéant, d'autres consultations obligatoires ou facultatives supplémentaires dans sa législation applicable en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme.

| 0. | Instrument | Instances à consulter (1) (2) | |
|-----|---|---|---|
| 1. | Plans et programmes communaux d'aménagement du territoire à caractère indicatif couvrant tout le territoire communal | DGO1 - Routes et bâtiments | |
| 2. | | DGO2 - Mobilité et des Voies hydrauliques | |
| 3. | | DGO3 - Agriculture, Ressources naturelles et Environnement | |
| 4. | | DGO4 - Aménagement du territoire, Logement, Patrimoine et Energie | |
| 5. | | Collège provincial (limité aux aspects techniques) | |
| 6. | | Gestionnaires de réseaux d'alimentation en eau, gaz et électricité et d'évacuation d'eaux usées | |
| 7. | | Si la commune est située au moins partiellement à l'intérieur du périmètre d'un parc naturel : Commission de gestion des parcs naturels | |
| 8. | | Dans la mesure où elles sont impactées de manière non négligeable : les communes de Baelen, Gouvy, Malmedy, Plombières, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Waimes et/ou Welkenraedt | |
| 9. | Plans et programmes communaux d'aménagement du territoire à caractère indicatif couvrant une partie du territoire communal | DGO1 - Routes et bâtiments | |
| 10. | | DGO2 - Mobilité et des Voies hydrauliques | |
| 11. | | DGO3 - Agriculture, Ressources naturelles et Environnement | |
| 12. | | Collège provincial (limité aux aspects techniques) | |
| 13. | | Gestionnaires de réseaux d'alimentation en eau, gaz et électricité et d'évacuation d'eaux usées | |
| 14. | | Si la commune est située au moins partiellement à l'intérieur du périmètre d'un parc naturel : Commission de gestion des parcs naturels | |
| 15. | | Dans la mesure où elles sont impactées de manière non négligeable : les communes de Baelen, Gouvy, Malmedy, Plombières, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Waimes et/ou Welkenraedt | |
| 16. | Plans et programmes communaux d'affectation du sol à caractère réglementaire couvrant tout ou partie du territoire communal | DGO1 - Routes et bâtiments | |
| 17. | | DGO2 - Mobilité et des Voies hydrauliques | |
| 18. | | DGO3 - Agriculture, Ressources naturelles et Environnement | |
| 19. | | DGO4 - Aménagement du territoire, Logement, Patrimoine et Energie | |
| 20. | | Collège provincial (limité aux aspects techniques) | |
| 21. | | Gestionnaires de réseaux d'alimentation en eau, gaz et électricité et d'évacuation d'eaux usées | |
| 22. | | Si la commune est située au moins partiellement à l'intérieur du périmètre d'un parc naturel : Commission de gestion des parcs naturels | |
| 23. | | Dans la mesure où elles sont impactées de manière non négligeable : les communes de Baelen, Gouvy, Malmedy, Plombières, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Waimes et/ou Welkenraedt | |
| 24. | | Règlements d'urbanisme communaux couvrant tout ou partie du territoire communal | DGO1 - Routes et bâtiments |
| 25. | | | DGO2 - Mobilité et des Voies hydrauliques |
| 26. | DGO3 - Agriculture, Ressources naturelles et Environnement | | |
| 27. | Collège provincial (limité aux aspects techniques) | | |
| 28. | Gestionnaires de réseaux d'alimentation en eau, gaz et électricité et d'évacuation d'eaux usées | | |
| 29. | Si la commune est située au moins partiellement à l'intérieur du périmètre d'un parc naturel : Commission de gestion des parcs naturels | | |
| 30. | Dans la mesure où elles sont impactées de manière non négligeable : les communes de Baelen, Gouvy, Malmedy, Plombières, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Waimes et/ou Welkenraedt | | |

(1) Si, à la suite d'une réforme ou réorganisation administrative, les tâches dévolues à l'instance ou au service à consulter sont transférées à une autre instance ou un autre service, cette dernière ou ce dernier sont considérés de plein droit comme l'instance ou service à consulter au sens du présent article.

(2) Lorsqu'une Direction générale opérationnelle (DGO) du Service public de Wallonie est consultée, la demande d'avis est adressée à l'administration centrale de cette DGO.

§ 2. Par dérogation au § 1^{er}, si les plans et programmes y visés ont pour effet d'adapter, de réviser ou d'abroger des instruments adoptés par la Communauté germanophone, les communes consultent les instances visées à l'article 7. Les consultations ont lieu sous forme d'avis simples.

Art. 9. Les consultations à effectuer par la Région wallonne dans le cadre de l'élaboration, l'adaptation, la révision ou l'abrogation de certains instruments selon la législation applicable en Région wallonne sont reprises dans le tableau qui suit. Les consultations ont lieu sous forme d'avis simples.

Le présent article vaut sans préjudice de la possibilité pour la Région wallonne de prévoir, le cas échéant, d'autres consultations obligatoires ou facultatives supplémentaires dans sa législation applicable en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme.

| 0. | Instrument | Instances à consulter |
|----|--|--|
| 1. | Plans et programmes régionaux d'aménagement du territoire à caractère indicatif | Gouvernement de la Communauté germanophone |
| 2. | Plans régionaux d'affectation du sol à caractère réglementaire dont le périmètre intègre le territoire ou une partie du territoire des communes de Baelen, Gouvy, Malmedy, Plombières, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Waimes et/ou Welkenraedt | Gouvernement de la Communauté germanophone |
| 3. | | Dans la mesure où elles sont impactées de manière non négligeable : les communes d'Amblève, Bullange, Burg Reuland, Butgenbach, Eupen, La Calamine, Lontzen, Raeren et/ou St. Vith |
| 4. | Règlements généraux d'urbanisme régionaux | Gouvernement de la Communauté germanophone |
| 5. | | Dans la mesure où elles sont impactées de manière non négligeable : les communes d'Amblève, Bullange, Burg Reuland, Butgenbach, Eupen, La Calamine, Lontzen, Raeren et/ou St. Vith |

Art. 10. § 1^{er}. Les consultations à effectuer par les communes de Baelen, Gouvy, Malmedy, Plombières, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Waimes et Welkenraedt dans le cadre de l'élaboration, l'adaptation, la révision ou l'abrogation de certains instruments selon la législation applicable en Région wallonne sont reprises dans le tableau qui suit. Les consultations ont lieu sous forme d'avis simples.

Le présent article vaut sans préjudice de la possibilité pour la Région wallonne de prévoir, le cas échéant, d'autres consultations obligatoires ou facultatives supplémentaires dans sa législation applicable en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme.

| 0. | Instrument | Instances à consulter |
|----|--|--|
| 1. | Plans et programmes communaux d'aménagement du territoire à caractère indicatif couvrant tout le territoire communal | Gouvernement de la Communauté germanophone |
| 2. | | Dans la mesure où elles sont impactées de manière non négligeable : les communes d'Amblève, Bullange, Burg Reuland, Butgenbach, Eupen, La Calamine, Lontzen, Raeren et/ou St. Vith |
| 3. | Plans et programmes communaux d'aménagement du territoire à caractère indicatif couvrant une partie du territoire communal | Dans la mesure où elles sont impactées de manière non négligeable : les communes d'Amblève, Bullange, Burg Reuland, Butgenbach, Eupen, La Calamine, Lontzen, Raeren et/ou St. Vith |
| 4. | Plans communaux d'affectation du sol à caractère réglementaire couvrant tout ou partie du territoire communal | Gouvernement de la Communauté germanophone |
| 5. | | Dans la mesure où elles sont impactées de manière non négligeable : les communes d'Amblève, Bullange, Burg Reuland, Butgenbach, Eupen, La Calamine, Lontzen, Raeren et/ou St. Vith |
| 6. | Règlements d'urbanisme communaux couvrant tout ou partie du territoire communal | Dans la mesure où elles sont impactées de manière non négligeable : les communes d'Amblève, Bullange, Burg Reuland, Butgenbach, Eupen, La Calamine, Lontzen, Raeren et/ou St. Vith |

§ 2. Par dérogation au § 1^{er}, si les plans et programmes y visés ont pour effet d'adapter, de réviser ou d'abroger des instruments à caractère régional, les communes consultent les instances visées à l'article 9. Les consultations ont lieu sous forme d'avis simples.

Section 2. — Permis et certificats

Art. 11. Les dispositions de la présente section sont applicables sans préjudice des consultations obligatoires sur le territoire de la région de langue allemande en vertu des polices administratives autres que celles de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme.

Art. 12. Les consultations à effectuer par l'autorité compétente dans le cadre de l'instruction d'un permis ou d'un certificat d'urbanisme (germanophone) selon la législation applicable en Communauté germanophone sont reprises dans le tableau qui suit. Les consultations ont lieu sous forme d'avis simples.

Toutefois, la consultation n'est pas nécessaire lorsque l'instance ou le service à consulter est le demandeur du permis ou du certificat d'urbanisme (germanophone).

Le présent article vaut sans préjudice de la possibilité pour la Communauté germanophone de prévoir, le cas échéant, d'autres consultations obligatoires ou facultatives supplémentaires dans sa législation applicable en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme.

| 0. | Situation dans les plans d'affectation du sol Spécificité du projet | Actes et travaux | Instances à consulter (1) |
|-----|---|---|--|
| 1. | Zone destinée à principalement accueillir les activités agricoles | Actes et travaux situés en zone destinée à principalement accueillir les activités agricoles à l'exclusion des transformations de bâtiments sans agrandissement et sans modification de destination | DGO3 - Département de la ruralité et des cours d'eau |
| 2. | Zone destinée à la sylviculture et à la conservation de l'équilibre écologique | Actes et travaux situés en zone destinée à la sylviculture et à la conservation de l'équilibre écologique à l'exclusion des transformations de bâtiments sans agrandissement et sans modification de destination | DGO3 - Département de la Nature et des Forêts |
| 3. | Zone destinée au maintien, à la protection et à la régénération de milieux naturels de grande valeur biologique ou abritant des espèces dont la conservation s'impose | Actes et travaux situés en zone destinée au maintien, à la protection et à la régénération de milieux naturels de grande valeur biologique ou abritant des espèces dont la conservation s'impose à l'exclusion des transformations de bâtiments sans agrandissement et sans modification de destination | DGO3 - Département de la Nature et des Forêts |
| 4. | Infrastructures de communication | Actes et travaux situés dans une aire de réserve d'une voirie régionale ou d'une autoroute | DGO1 - Routes et bâtiments |
| 5. | | Voirie régionale et autoroute : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte la voirie | DGO1 - Routes et bâtiments |
| 6. | | Cours d'eau non navigable de 1 ^{re} catégorie : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte le cours d'eau | DGO3 - Direction des Cours d'eau non navigables |
| 7. | | Cours d'eau non navigable de 2 ^e catégorie ou cours d'eau non classé : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte le cours d'eau | Service technique provincial |
| 8. | | Cours d'eau non navigable de 3 ^e catégorie ou cours d'eau non classé : construction d'immeuble ou d'équipement, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte le cours d'eau | Collège communal concerné |
| 9. | | Réseau Autonome des Voies Lentes : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte le RAVeL | DGO1 - Direction des Déplacements doux et des Partenariats communaux |
| 10. | À proximité d'un aéroport | Actes et travaux situés dans un domaine aéroportuaire ou dans une aire de réserve liée à un aéroport | DGO2 - Mobilité et des Voies hydrauliques SOWAER |

| 0. | Situation dans les plans d'affectation du sol Spécificité du projet | Actes et travaux | Instances à consulter (1) |
|-----|--|---|--|
| 11. | Infrastructures de transport de fluide, de gaz et d'énergie | Canalisations principales destinées au transport de corps solide, liquides ou gazeux : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte ou est traversé par les canalisations | Gestionnaire de réseau Oléoduc, pipe-line : OTAN |
| 12. | | Ligne du réseau de transport et distribution d'électricité : construction d'immeuble, aménagement de parking situé à moins de trente mètres d'une ligne aérienne haute tension ou jouxtant une ligne haute tension enterrée | Gestionnaire de réseau |
| 13. | | Actes et travaux situés dans une aire de réserve ou le long du tracé d'une ligne du réseau de transport et distribution d'électricité | Gestionnaire de réseau |
| 14. | | Actes et travaux situés dans une aire de réserve ou le tracé d'une canalisation principale de gaz | Gestionnaire de réseau Service d'incendie |
| 15. | | Actes et travaux situés dans une aire de réserve ou le tracé d'une canalisation d'autres gaz | Gestionnaire de réseau Service d'incendie |
| 16. | | Actes et travaux situés dans une aire de réserve ou le tracé d'un oléoduc, pipe-line | OTAN Service d'incendie |
| 17. | | Actes et travaux situés dans une aire de réserve ou le tracé d'une canalisation principale d'alimentation en eau | La société de distribution d'eau concernée par le projet |
| 18. | Patrimoine naturel | Arbres, arbustes et haies remarquables : abatte, porter préjudice au système racinaire ou modifier l'aspect d'un arbre ou arbuste remarquable ou d'une haie remarquable (sans préjudice de l'article 70) | DGO3 - Département de la Nature et des Forêts |
| 19. | | Actes et travaux situés dans le périmètre d'un site reconnu en vertu de législation applicable en matière de conservation de la nature en Région wallonne | DGO3 - Département de la Nature et des Forêts |

| 0. | Situation dans les plans d'affectation du sol Spécificité du projet | Actes et travaux | Instances à consulter (1) |
|-----|--|--|--|
| 20. | Protection des personnes, des biens ou de l'environnement | Site SEVESO : actes et travaux se rapportant à un nouvel établissement ou la modification d'un établissement existant présentant un risque d'accident majeur au sens de la directive 2012/18/UE du 4 juillet 2012 (« Seveso III ») | DGO3 - Cellule RAM Service d'incendie |
| 21. | | Site SEVESO : tout projet dont la localisation est susceptible d'accroître le risque d'accident majeur ou d'en aggraver les conséquences, vis-à-vis d'un établissement existant présentant un risque d'accident majeur au sens de la directive 2012/18/UE du 4 juillet 2012 (« Seveso III ») | DGO3 - Cellule RAM Service d'incendie |
| 22. | | Zones inondables : actes et travaux qui, de par leur localisation ou leur nature, sont susceptibles de produire un impact sur un cours d'eau ou sont soumis à l'aléa d'inondation au sens de la cartographie adoptée par la Région wallonne selon la législation applicable en matière d'eau | Cours d'eau non navigable de 1re catégorie : DGO3 - Département de la Ruralité et des Cours d'eau Cours d'eau non navigable de 2e catégorie ou non classé : Service technique provincial Cours d'eau non navigable de 3e catégorie : Collège communal concerné |
| 23. | | Actes et travaux dans un axe de concentration naturel d'écoulement des eaux pluviales | DGO3 - Département de la Ruralité et des Cours d'eau |
| 24. | | Centre d'enfouissement technique : Tout projet jouxtant un centre d'enfouissement technique ou implanté sur un ancien site d'enfouissement de déchets | DGO3 - Département du Sol et des Déchets |
| 25. | Aménagement foncier rural | Actes et travaux dans le périmètre d'un aménagement foncier de biens ruraux (ex-remembrement rural) | Comité d'aménagement foncier institué selon la législation applicable en matière de ruralité en Région wallonne |
| 26. | Regroupement de déchets inertes ou valorisation de terres et cailloux | Projets dont le permis est relatif au regroupement de déchets inertes ou la valorisation des terres et cailloux | DGO3 - Département du Sol et des Déchets |

(1) Si, à la suite d'une réforme ou réorganisation administrative, les tâches dévolues à l'instance ou au service à consulter sont transférées à une autre instance ou un autre service, cette dernière ou ce dernier sont considérés de plein droit comme l'instance ou service à consulter au sens du présent article.

Art. 13. § 1^{er}. Dans le cadre de l'instruction d'un permis ou d'un certificat d'urbanisme (germanophone) relatif à une infrastructure touristique dont la superficie est ou devient supérieure à 5 ha, l'autorité compétente consulte le Commissariat général au tourisme de la Région wallonne. La consultation a lieu sous forme d'avis simple.

§ 2. Dans le cadre de l'instruction d'un permis ou d'un certificat d'urbanisme (wallon) relatif à une infrastructure touristique située dans la commune de Baelen, Gouvy, Malmédy, Plombières, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Waimies ou Welkenraedt et dont la superficie est ou devient supérieure à 5 ha, l'autorité compétente consulte le Gouvernement de la Communauté germanophone. La consultation a lieu sous forme d'avis simple.

CHAPITRE 4. — Procédures communes

Section 1^{re}. — Permis unique (urbanisme - environnement)

Sous-Section 1^{re}. — Champ d'application et autorité compétente

Art. 14. § 1^{er}. Tout projet mixte, à l'exception des projets portant sur des établissements temporaires ou d'essai ou relatifs à des biens immobiliers soumis à un régime de protection en lien avec les monuments et les sites visés à l'article 6, § 1^{er}, I, 7^o, de la loi spéciale, fait l'objet d'une demande de permis unique.

§ 2. Le collège communal de la commune sur le territoire de laquelle est situé l'établissement en projet est compétent pour connaître des demandes de permis unique.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er} et sans préjudice du chapitre 2, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables sont conjointement compétents pour connaître des demandes de permis unique relatives à des actes et travaux ou des établissements situés sur le territoire de plusieurs communes.

Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables sont exclusivement compétents pour connaître conjointement des demandes de permis unique relatives à certains actes et travaux soumis à permis d'urbanisme, dont la liste est définie par la Communauté germanophone, ainsi que des demandes de permis unique qui portent sur des modifications mineures

des permis délivrés par le Gouvernement visés à l'alinéa 6, ainsi qu'à tout établissement constituant une installation de gestion de déchets d'extraction minière telle que définie par la Région wallonne et à toutes installations et activités nécessaires ou utiles à la recherche et à l'exploitation des ressources du sous-sol en ce compris, les puits, galeries, communications souterraines et fosses d'extraction.

Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables sont également compétents pour connaître conjointement des demandes de permis unique comprenant des actes et travaux d'assainissement avec un projet d'assainissement au sens de la législation applicable en Région wallonne en matière de gestion et d'assainissement des sols.

Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables sont également compétents pour connaître conjointement des demandes de permis uniques relatives aux installations de captage et de stockage géologique de dioxyde de carbone (CO₂) ainsi que pour les installations de forage et équipements de puits destinés à l'exploration et l'injection en vue de stockage géologique de CO₂.

Les demandes de permis unique relatifs aux actes et travaux relatifs au plan d'investissement pluriannuel de la S.N.C.B. localisés au moins en partie sur le territoire de la région de langue allemande relèvent de la compétence conjointe du Gouvernement wallon et du Gouvernement de la Communauté germanophone.

Sous-Section 2. — Demande, participation du public et avis

Art. 15. La demande de permis est envoyée à la commune sur le territoire de laquelle l'établissement est projeté.

Au cas où l'établissement est situé sur le territoire de plusieurs communes, la demande est envoyée à l'une des communes, au choix du demandeur, sur le territoire de laquelle l'établissement est projeté.

Par dérogation à l'alinéa 2, le choix du demandeur est limité aux communes situées en région de langue allemande, lorsqu'il s'agit d'un établissement nécessitant des actes et travaux relatifs à un bien immobilier s'étendant sur au moins une commune située en région de langue française et au moins une commune située en région de langue allemande et que la législation applicable identifiée selon l'article 4 est celle de la Communauté germanophone.

Art. 16. Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone arrêtent de commun accord la forme et le contenu de la demande de permis. Ils précisent le nombre d'exemplaires du dossier qu'elle doit comporter, ainsi que l'échelle et le contenu des différents plans qui doivent y être joints.

La demande doit contenir les éléments visés dans la législation applicable relative aux permis d'environnement en Région wallonne et les éléments visés dans la législation applicable relative aux permis et certificats d'urbanisme de la Communauté germanophone.

Le dossier d'évaluation des incidences sur l'environnement reprend l'ensemble des indications qu'auraient dû comporter les deux dossiers d'évaluation si les demandes de permis d'urbanisme (germanophone) et de permis d'environnement avaient été envisagées isolément.

Art. 17. Dans un délai de trois jours ouvrables à dater de la réception de la demande, la commune envoie simultanément un exemplaire de la demande de permis, en ce compris la preuve de la réception de la demande ou une copie du récépissé visé à l'article 15, aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives. Elle en conserve un exemplaire et en informe, par pli ordinaire, le demandeur.

Si l'Administration communale n'a pas envoyé la demande dans le délai prévu à l'alinéa 1^{er}, le demandeur peut saisir directement le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable en lui envoyant une copie de la demande qu'il a initialement adressée au collège communal. Dans ce cas, le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable envoie un exemplaire de la demande au Gouvernement de la Communauté germanophone ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable dans le même délai que celui prévu à l'alinéa 1^{er}.

Art. 18. La demande de permis est incomplète s'il manque des renseignements ou documents requis en vertu de l'article 16.

La demande de permis est irrecevable :

1° si elle est introduite en violation de l'article 15 ;

2° si elle est jugée incomplète à deux reprises ;

3° si le demandeur ne fournit pas les compléments dans le délai visé à l'article 19, § 2, alinéa 1^{er}.

Art. 19. § 1^{er}. Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables envoient au demandeur la décision statuant sur le caractère complet et recevable de la demande, dans un délai de vingt jours à dater du jour où le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable reçoit la demande conformément à l'article 17.

Si la demande est incomplète, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables envoient au demandeur la liste des documents manquants et précisent que la procédure recommence à dater de leur réception par la commune auprès de laquelle la demande a été introduite. Le même jour, ils adressent une copie de cet envoi à la commune auprès de laquelle la demande a été introduite.

§ 2. Le demandeur envoie à la commune les compléments demandés dans un délai de six mois à dater de l'envoi de la demande de compléments. Si le demandeur n'a pas envoyé les compléments demandés dans le délai prescrit, l'administration communale en informe les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables dans un délai de dix jours à dater du jour suivant le délai qui était imparti au demandeur pour envoyer les compléments. Dans ce cas, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables déclarent la demande irrecevable. Les compléments sont fournis en autant d'exemplaires que la demande de permis initiale en compte.

L'administration communale envoie les compléments demandés aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives, dans un délai de trois jours ouvrables à dater du jour de la réception des compléments. L'administration communale conserve un exemplaire des compléments.

L'administration communale informe le demandeur, par écrit, de la date de la réception des compléments par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable.

Si l'administration communale n'a pas envoyé les compléments dans le délai visé à l'alinéa 2, le demandeur peut envoyer directement ceux-ci en copie au Gouvernement wallon ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable. Dans ce cas, le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable transmet, sans délai, une copie des compléments reçus au Gouvernement de la Communauté germanophone ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable.

§ 3. Dans les vingt jours à dater de la réception des compléments par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables envoient au demandeur la décision sur le caractère complet et recevable de la demande.

Si les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables estiment une seconde fois que la demande est incomplète, ils la déclarent irrecevable.

§ 4. Si la demande est irrecevable, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables informent le demandeur, dans les conditions et délai visés au § 1^{er}, alinéa 1^{er} et au § 2, alinéa 1^{er}, ou, le cas échéant, dans le délai visé au § 3, des motifs de l'irrecevabilité.

Art. 20. Dans la décision qu'ils rendent sur le caractère complet et recevable de la demande conformément à l'article 19, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables indiquent :

1° la nécessité de dérogations ou d'écarts par rapport aux plans et programmes d'aménagement du territoire à caractère indicatif ou réglementaire, aux plans d'affectation du sol à caractère indicatif ou réglementaire, aux règlements d'urbanisme ou aux permis d'urbanisation en vigueur sur le territoire de la région de langue allemande et pris selon la législation applicable en Communauté germanophone ;

2° les instances qui doivent être consultées et, le cas échéant, les délais y afférents ;

3° la durée et la date du début de la procédure de participation du public, sauf dérogation prévue par la législation applicable en Région wallonne relative à la participation du public en matière d'environnement, et les communes dans lesquelles la participation doit être organisée ;

4° l'autorité compétente et le délai dans lequel sa décision doit être prise.

Le même jour, ils envoient une copie de la décision déclarant la demande complète et recevable à la commune auprès de laquelle la demande a été introduite.

Sans préjudice du chapitre 3, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone peuvent désigner de commun accord les instances à consulter ou fixer des critères sur la base desquels les fonctionnaires désignés par eux selon leurs législations respectives applicables désignent celles-ci.

Art. 21. Si les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables n'ont pas envoyé au demandeur la décision visée à l'article 19, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, ou celle visée à l'article 19, § 3, la demande est considérée comme recevable, au terme des délais prévus par ces dispositions. La procédure est poursuivie.

Art. 22. Les délais de procédure jusqu'à la prise de décision visée à l'article 26 se calculent :

1° à dater du jour où les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables ont envoyé la décision attestant le caractère complet et recevable de la demande ;

2° à défaut, à dater du jour suivant le délai qui leur était imparti pour envoyer la décision sur le caractère complet et recevable de la demande.

Art. 23. Une procédure de participation du public est organisée selon les modalités définies dans la législation applicable en Région wallonne relative à la participation du public en matière d'environnement.

Art. 24. Le jour où les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables envoient à la commune auprès de laquelle la demande a été introduite la décision attestant du caractère complet et recevable de la demande conformément à l'article 19 ou, à défaut, dans le délai prévu à l'article 21, le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable envoie le dossier de la demande ainsi que ses compléments éventuels pour avis aux différentes instances désignées. Ces instances envoient leur avis dans un délai de soixante jours, si la demande concerne un établissement de classe 1, ou de trente jours, si la demande concerne un établissement de classe 2, à dater de leur saisine par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable. Elles en adressent suivant les mêmes formes une copie au Gouvernement de la Communauté germanophone ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable.

À défaut d'envoi d'avis dans le délai prévu à l'alinéa précédent, l'avis est réputé favorable.

Art. 25. § 1^{er}. Sur la base des avis recueillis, un rapport de synthèse est rédigé conjointement par les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables. Ce rapport comprend une proposition conjointe de décision motivée au regard des divers avis recueillis. Dans l'hypothèse d'actes et travaux dérogatoires à un plan ou programme à caractère réglementaire ou à un règlement en vigueur sur le territoire de région de langue allemande et pris selon la législation applicable en Communauté germanophone et sans préjudice du § 8, l'avis du Gouvernement de la Communauté germanophone ou du fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable est conforme.

§ 2. À la demande d'une des autorités ou administrations consultées, celles-ci se concertent au moins une fois afin d'harmoniser leur point de vue sur le projet. Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone peuvent arrêter de commun accord des modalités de concertation.

§ 3. Le rapport de synthèse et l'intégralité de la demande sont envoyés à l'autorité compétente dans un délai de :

1° septante jours si la demande de permis vise un établissement de classe 2 ;

2° cent dix jours si la demande de permis vise un établissement de classe 1.

Le jour où les Gouvernements wallon ou de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables envoient le rapport de synthèse, ils en avisent le demandeur.

§ 4. À l'expiration du délai visé au § 3, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables sont entendus conjointement si l'autorité compétente le demande.

§ 5. Les délais visés au § 3 peuvent être prorogés par décision conjointe des Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou des fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables. La durée de la prorogation ne peut excéder trente jours. Cette décision est envoyée dans le délai visé au § 3, à l'autorité compétente et au demandeur.

Dans les cas visés à l'article 14, § 2, alinéas 2 à 5, les délais visés à l'article 26, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, peuvent être prorogés par décision des Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou des fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables. La durée de la prorogation ne peut excéder trente jours. Cette décision est envoyée sans délai à chaque commune sur le territoire de laquelle l'établissement ou les actes et travaux concernés sont situés ainsi qu'au demandeur dans le délai visé à l'article 26, § 1^{er}, alinéa 1^{er}.

§ 6. Si le rapport de synthèse n'a pas été envoyé à l'autorité compétente dans le délai imparti, elle poursuit la procédure en tenant compte du dossier d'évaluation des incidences sur l'environnement, des résultats de la procédure de participation du public, de l'avis du ou des collèges communaux et de toute autre information à sa disposition.

§ 7. Dans les cas visés à l'article 14, § 2, alinéas 2 à 5, les §§ 1, 3, 4 et 6 du présent article ne sont pas applicables.

§ 8. Lorsque la demande est relative aux actes et travaux visés à l'article 14, § 2, alinéa 6, le rapport de synthèse et l'intégralité de la demande sont envoyés aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone dans les mêmes délais. Dans ce cas, l'avis du Gouvernement de la Communauté germanophone ou du fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable visé au § 1^{er} *in fine* n'est pas conforme. Les Gouvernements octroient ou refusent conjointement le permis dans les soixante jours de la réception du dossier. À défaut, le permis est réputé refusé. Les Gouvernements envoient le permis au demandeur, au collège communal et à leurs administrations respectives ou les avise qu'à défaut de décision, le permis est réputé refusé.

Toutefois, si préalablement à sa décision, les Gouvernements invitent le demandeur à déposer des plans modificatifs et un complément corollaire d'évaluation des incidences sur l'environnement selon la législation applicable en Région wallonne en matière d'évaluation des incidences des projets sur l'environnement, les plans modificatifs et le complément corollaire de notice d'évaluation des incidences sont envoyés au Gouvernement wallon ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable, en autant d'exemplaires que la demande initiale en compte, qui envoie une copie à la commune et au Gouvernement de la Communauté germanophone ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable, et la procédure recommence selon les modalités prévues à l'article 19, § 3, alinéa 1^{er}, à dater de la réception par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable des plans modificatifs et du complément corollaire de notice d'évaluation des incidences sur l'environnement, jusqu'à l'envoi aux Gouvernements. Dans la décision qu'ils rendent en application de l'article 20, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables indiquent que la demande fait l'objet de plans modificatifs. Il en va de même lors de la saisine des instances visées à l'article 24. La procédure de participation du public réalisée conformément à l'article 23 porte sur le dossier de la demande de permis initiale, ses compléments éventuels, ainsi que sur les plans modificatifs et leur complément corollaire de notice d'évaluation des incidences sur l'environnement.

Lorsque la demande est relative aux actes et travaux visés à l'article 14, § 2, alinéa 6, préalablement à l'expiration du délai d'envoi du rapport de synthèse et moyennant l'accord des Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou des fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables, le demandeur peut produire des plans modificatifs et un complément corollaire d'évaluation des incidences sur l'environnement selon la législation applicable en Région wallonne en matière d'évaluation des incidences des projets sur l'environnement. Ces documents sont fournis en autant d'exemplaires que la demande initiale en compte. Les plans modificatifs et le complément corollaire de notice d'évaluation des incidences sont envoyés au Gouvernement wallon ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable, qui envoie une copie à la commune et au Gouvernement de la Communauté germanophone ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable et la procédure recommence selon les modalités prévues à l'article 19, § 3, alinéa 1^{er}, à dater de la réception par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable des plans modificatifs et du complément corollaire de notice d'évaluation des incidences sur l'environnement, jusqu'à l'envoi aux Gouvernements. Dans la décision qu'ils rendent en application de l'article 20, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables indiquent que la demande fait l'objet de plans modificatifs. Il en va de même lors de la saisine des instances visées à l'article 24. La procédure de participation du public réalisée conformément à l'article 23 porte sur le dossier de la demande de permis initiale, ses compléments éventuels, ainsi que sur les plans modificatifs et leur complément corollaire de notice d'évaluation des incidences sur l'environnement.

Sous-Section 3. — Décision

Art. 26. § 1^{er}. L'autorité compétente envoie sa décision au demandeur, aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables et, lorsqu'il a été fait application de l'article 14, § 2, alinéas 2 à 5, à chaque commune sur le territoire de laquelle l'établissement ou les actes et travaux sont situés, ainsi que, par pli ordinaire, à chaque autorité ou administration consultée dans un délai de :

- 1° nonante jours si la demande de permis vise un établissement de classe 2 ;
- 2° cent quarante jours si la demande de permis vise un établissement de classe 1.

Si le rapport de synthèse est envoyé avant l'expiration du délai visé à l'article 25, § 3, l'autorité compétente envoie sa décision au demandeur, aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables, ainsi que, par pli ordinaire, à chaque autorité ou administration consultée dans un délai de :

- 1° vingt jours à dater du jour où elle reçoit le rapport de synthèse des Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou des fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables conformément à l'article 25, § 3, pour les établissements de classe 2 ;
- 2° trente jours à dater du jour où elle reçoit le rapport de synthèse des Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou des fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables conformément à l'article 25, § 3, pour les établissements de classe 1.

Dans les cas visés à l'article 14, § 2, alinéas 2 à 5, seul l'alinéa 1^{er} du présent paragraphe est d'application. La décision du Gouvernement de la Communauté germanophone ou du fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable portant sur les dérogations et les écarts prise par rapport aux plans et programmes

d'aménagement du territoire à caractère indicatif ou réglementaire, aux plans d'affectation du sol à caractère indicatif ou réglementaire, aux règlements d'urbanisme ou aux permis d'urbanisation en vigueur sur le territoire de la région de langue allemande et pris selon la législation applicable en Communauté germanophone fait partie intégrante de la décision visée à l'alinéa 1^{er} du présent paragraphe.

Le permis peut être refusé pour les motifs, être assorti de conditions ou consentir les dérogations et les écarts prévus dans la législation applicable en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme en Communauté germanophone.

Lorsque la demande de permis unique concerne un système d'épuration individuelle en vertu de la législation applicable en Région wallonne, l'autorité compétente envoie également la décision à la Société publique de gestion de l'eau visée dans la législation applicable en matière d'eau en Région wallonne.

§ 2. Dans l'hypothèse visée à l'article 25, § 5, le délai imparti à l'autorité compétente pour envoyer sa décision est prorogé d'un délai identique à celui fixé par les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci.

§ 3. Entre la date à laquelle le rapport de synthèse a été envoyé, ou aurait dû l'être, conformément à l'article 25, § 3, et la date à laquelle l'autorité compétente doit envoyer sa décision en application du § 1^{er}, ou, dans le cas visé à l'article 14, § 2, alinéas 2 à 5, dans le délai visé au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le demandeur peut, préalablement à la décision de l'autorité compétente, moyennant l'accord ou la demande de celle-ci, produire des plans modificatifs et un complément corollaire d'évaluation des incidences sur l'environnement selon la législation applicable en Région wallonne en matière d'évaluation des incidences de projets sur l'environnement. L'envoi au demandeur de cet accord ou de cette demande a pour effet d'interrompre les délais visés au § 1^{er}. Une copie en est également envoyée, le même jour, aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables par l'autorité compétente.

Le demandeur envoie à l'autorité compétente les plans modificatifs accompagnés d'un complément corollaire d'évaluation des incidences. Ces documents sont fournis en autant d'exemplaires que la demande initiale en compte.

L'autorité compétente envoie les documents visés à l'alinéa précédent aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables dans un délai de trois jours ouvrables à dater du jour de leur réception. L'autorité compétente conserve un exemplaire des plans modificatifs et du complément corollaire de notice d'évaluation des incidences sur l'environnement ou d'étude d'incidences.

L'autorité compétente informe le demandeur, par écrit, de la date de la réception des compléments par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable.

Si l'autorité compétente n'a pas envoyé les plans modificatifs accompagnés du complément corollaire de notice d'évaluation des incidences sur l'environnement dans le délai visé à l'alinéa 3, le demandeur peut envoyer directement ceux-ci en copie au Gouvernement wallon ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable. Dans ce cas, le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable transmet, sans délai, les documents reçus au Gouvernement de la Communauté germanophone ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable.

La procédure recommence, selon les modalités prévues à l'article 19, § 3, alinéa 1^{er}, à dater de la réception par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable des plans modificatifs et du complément corollaire d'évaluation des incidences. Dans la décision qu'ils rendent en application de l'article 20, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables indiquent que la demande fait l'objet de plans modificatifs. Il en va de même lors de la saisine des instances visées à l'article 24. La procédure de participation du public réalisée conformément à l'article 23 porte sur le dossier de la demande de permis initiale, ses compléments éventuels, ainsi que sur les plans modificatifs et leur complément corollaire d'évaluation des incidences.

Par dérogation aux alinéas 2 à 6, dans les cas visés à l'article 14, § 2, alinéas 2 à 5, le demandeur envoie aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables les plans modificatifs accompagnés du complément corollaire d'évaluation des incidences. Ces documents sont fournis en autant d'exemplaires que la demande initiale en compte.

En pareils cas, la procédure recommence, selon les modalités prévues à l'article 19, § 3, alinéa 1^{er}, à dater de la réception par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable des plans modificatifs et du complément corollaire d'évaluation des incidences.

Dans la décision qu'ils rendent en application de l'article 20, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables indiquent que la demande fait l'objet de plans modificatifs. Il en va de même lors de la saisine des instances visées à l'article 24. La procédure de participation du public réalisée conformément à l'article 23 porte sur le dossier de la demande de permis initiale, ses compléments éventuels, ainsi que sur les plans modificatifs et leur complément corollaire d'évaluation des incidences.

Le présent paragraphe ne peut être mis en œuvre qu'une seule fois à propos de la même demande.

§ 4. La décision prise en vertu de la présente sous-section fera l'objet d'une inscription dans le registre des permis tenu sur la base de la législation applicable relative aux permis d'environnement en Région wallonne.

Art. 27. À défaut de l'envoi de la décision dans le délai prévu à l'article 26, si le rapport de synthèse a été envoyé conformément à l'article 25 et s'il comporte un avis favorable des Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou des fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables, la décision est censée être arrêtée aux conditions générales, intégrales et sectorielles prévues par la législation applicable en Région wallonne en matière d'établissements dangereux, insalubres et incommodes et aux conditions particulières éventuellement formulées dans le rapport de synthèse.

Le permis est censé être refusé à défaut de l'envoi de la décision dans le délai prévu à l'article 26 :

1° si le rapport de synthèse n'a pas été envoyé conformément à l'article 25;

2° si le rapport de synthèse comporte un avis défavorable des Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou des fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables.

Dans les cas visés à l'article 14, § 2, alinéas 2 à 5, le permis est censé être refusé si la décision n'a pas été envoyée dans le délai prévu à l'article 26.

À défaut de l'envoi de la décision dans le délai prévu à l'article 26 et lorsque le rapport de synthèse a été envoyé conformément à l'article 25, celui-ci est envoyé au demandeur par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable.

Lorsque la demande de permis unique concerne un système d'épuration individuelle en vertu de la législation applicable en Région wallonne, l'autorité compétente notifie également le rapport de synthèse à la Société publique de gestion de l'eau visée dans la législation applicable en matière d'eau en Région wallonne, et précise que la décision est censée être arrêtée en vertu de l'alinéa 1^{er}.

Art. 28. Pour les installations et activités désignées par la Région wallonne, la teneur de la décision, ainsi qu'une copie du permis et des éventuelles actualisations ultérieures sont publiées sur le portail Environnement du site Internet de la Région wallonne, à l'exception des données soustraites à la procédure de participation du public conformément à la législation applicable en Région wallonne relative à la participation du public en matière d'environnement.

Sous-Section 4. — Recours

Art. 29. § 1^{er}. Un recours contre la décision émanant de l'autorité compétente lorsque celle-ci a été envoyée dans les délais visés à l'article 26, contre la décision censée être arrêtée conformément à l'article 27, alinéa 1^{er}, ou contre le refus visé à l'article 27, alinéas 2 et 3, est ouvert auprès de la Commission mixte de recours visée à l'article 55 :

1° au demandeur ;

2° aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables et au collège communal de la commune sur le territoire de laquelle l'établissement ou les actes et travaux concernés sont situés ;

3° à toute personne physique ou morale justifiant d'un intérêt.

L'absence de décision des autorités visées à l'article 14 relative à la délivrance ou au refus de permis unique entraîne l'impossibilité pour celles-ci d'introduire un recours.

§ 2. Sous peine d'irrecevabilité, le recours est envoyé à la Commission mixte de recours dans un délai de vingt jours à dater, soit :

1° pour le demandeur, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables et, lorsqu'il a été fait application de l'article 14, § 2, alinéas 2 à 5, chaque collège communal des communes sur le territoire desquelles l'établissement ou les actes et travaux concernés sont situés, de la réception de la décision émanant de l'autorité compétente lorsque celle-ci a été envoyée dans les délais visés à l'article 26 ou du rapport de synthèse et qui est envoyé au demandeur en application de l'article 27, alinéa 4 ;

2° dans les cas visés à l'article 27, alinéas 2, 1°, et 3, pour le demandeur, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables et, lorsqu'il a été fait application de l'article 14, § 2, alinéas 2 à 5, chaque collège communal de communes sur le territoire desquelles l'établissement ou les actes et travaux concernés sont situés, de l'expiration des délais visés à l'article 26 ;

3° pour les personnes non visées au 1°, du premier jour de l'affichage de l'avis effectué conformément à la législation applicable en Région wallonne relative à la publicité en matière d'environnement.

Si la décision est affichée dans plusieurs communes, le délai est prolongé jusqu'au vingtième jour suivant le premier jour de l'affichage dans la commune qui y a procédé la dernière.

Dans l'hypothèse où des plans modificatifs ont été dûment adressés à l'autorité compétente en application de l'article 26, § 3, le demandeur peut joindre à son recours une copie des plans modificatifs et du complément d'évaluation des incidences.

§ 3. Le recours n'est pas suspensif de la décision attaquée sauf quand il est introduit par les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables ou le collège communal de la commune sur le territoire de laquelle l'établissement ou les actes et travaux concernés sont situés.

§ 4. Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone déterminent de commun accord :

1° les informations que contient le recours, sa forme et le nombre d'exemplaires à introduire ;

2° les modalités selon lesquelles le recours est porté à la connaissance du public ;

3° les modalités d'instruction du recours, les instances devant être consultées et les délais endéans lesquels les avis sont émis ; à défaut d'envoi d'avis dans les délais prévus, l'avis est réputé favorable.

§ 5. La Commission mixte de recours envoie sa décision au requérant dans un délai de :

1° septante jours si le recours concerne un établissement de classe 2 ;

2° cent jours si le recours concerne un établissement de classe 1.

Le délai court à dater du premier jour suivant la réception du recours. En cas de pluralité de recours, le délai débute à dater du premier jour suivant la réception du dernier recours.

La Commission mixte de recours motive sa décision, notamment, au regard des dispositions de la législation applicable en Région wallonne en matière d'établissements dangereux, insalubres et incommodes et de la législation applicable en Communauté germanophone en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme.

Lorsque la demande de permis unique concerne un système d'épuration individuelle en vertu de la législation applicable en Région wallonne, la Commission mixte de recours notifie également la décision à la Société publique de gestion de l'eau visée dans la législation applicable en matière d'eau en Région wallonne.

§ 6. Lorsqu'une procédure de participation du public est organisée, le cas échéant, en recours, les délais d'instruction du recours visés au paragraphe 5 sont interrompus à la date d'envoi d'un courrier demandant l'organisation de la participation du public à la commune concernée. La procédure recommence, selon les modalités fixées au paragraphe 5, à la date de réception par les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables des résultats de la participation du public.

§ 7. À défaut de l'envoi de la décision dans le délai visé au paragraphe 5 la décision prise en première instance est confirmée.

Sous-section 5. — Péréemption

Art. 30. Le permis est périmé si les travaux n'ont pas été commencés de manière non négligeable dans les trois ans à compter du jour où le permis devient exécutoire. La décision accordant le permis est exécutoire à partir :

1° du jour suivant l'expiration du délai de recours prévu à l'article 29, § 2 ;

2° du lendemain de la notification qui en est faite au demandeur ou, à défaut, du lendemain du délai qui était imparti à l'autorité de recours pour statuer si le permis est délivré sur recours ;

3° du lendemain de la notification qui en est faite au demandeur ou, à défaut, du lendemain de l'expiration du délai imparti à l'autorité compétente pour statuer si la décision qui accorde le permis n'est pas susceptible de recours.

Le permis délivré par les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone en vertu de l'article 14, § 2, alinéa 6, est périmé si les travaux n'ont pas été commencés de manière non négligeable dans les sept ans à compter du jour où le permis devient exécutoire conformément à l'alinéa précédent. Toutefois, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone peuvent, sur requête spécialement motivée, accorder un nouveau délai sans que celui-ci ne puisse excéder cinq ans.

Par dérogation à l'alinéa précédent, lorsqu'une sûreté est imposée conformément à la législation applicable en Région wallonne en matière d'établissements dangereux, insalubres et incommodes, ce délai commence à courir à partir :

1° du jour suivant l'expiration du délai de recours contre la décision prévu à l'article 29, § 2 ;

2° du lendemain de la notification qui est faite au demandeur de la décision rendue sur recours ou, à défaut, du lendemain du délai qui était imparti à l'autorité de recours pour envoyer sa décision en vertu de l'article 29, § 7.

La péréemption s'opère de plein droit. Toutefois, à la demande de l'exploitant, le permis est prorogé pour une période de cinq ans. Cette demande est introduite trente jours avant l'expiration du délai de péréemption visé aux alinéas précédents.

La prorogation est accordée par l'autorité qui était compétente en première instance pour délivrer le permis dont la prorogation est demandée.

Sous-Section 6. — Dispositions particulières au projet mixte impliquant une modification à la voirie communale

Art. 31. § 1^{er}. Lorsque le projet mixte porte notamment sur l'ouverture, la modification ou la suppression d'une voirie communale au sens de la législation applicable en matière de voirie communale en Communauté germanophone, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables le précisent dans la décision par laquelle le caractère complet et recevable de la demande est reconnu conformément à l'article 19 ou dans toute autre décision conjointe prise avant l'échéance des délais visés à l'article 26. Ils soumettent, le même jour, la demande relative à la voirie communale à la procédure prévue dans la législation applicable en matière de voirie communale en Communauté germanophone.

Lorsque le projet mixte porte notamment sur l'ouverture, la modification ou la suppression d'une voirie communale au sens de la législation applicable en matière de voirie communale en Communauté germanophone nécessitant une modification du plan d'alignement, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables le précisent dans la décision par laquelle le caractère complet et recevable de la demande est reconnu conformément à l'article 19 ou dans toute autre décision conjointe prise avant l'échéance des délais visés à l'article 26. Ils envoient, le même jour, la demande relative à la voirie communale et le projet de plan d'alignement élaboré par le demandeur, conformément à la législation applicable en matière de voirie communale en Communauté germanophone.

L'envoi de la demande relative à la voirie communale au collège communal a pour effet d'interrompre les délais de procédure.

La procédure recommence selon les modalités prévues par l'article 19, § 3, alinéa 1^{er}, à dater de la réception par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable en Région wallonne de la décision définitive relative à la voirie communale et, le cas échéant, de l'arrêté relatif au plan d'alignement. Si un rapport de synthèse a été envoyé conformément à l'article 25 avant la mise en œuvre de la procédure visée aux alinéas 1^{er} ou 2, ce rapport ne peut produire les effets visés aux articles 26, § 1^{er}, alinéa 3, et 27. Lorsque la Commission mixte de recours est saisie d'un recours portant sur un projet mixte visé à l'alinéa 1^{er} ou à l'alinéa 2 et constate que la procédure prévue par ces alinéas n'a pas été mise en œuvre, la Commission mixte de recours ou les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou, conjointement, les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables soumettent la demande relative à la voirie communale à la procédure prévue par la législation applicable en matière de voirie communale en Communauté germanophone.

L'envoi de la demande relative à la voirie communale au collège communal a pour effet d'interrompre les délais visés à l'article 29, § 5.

La procédure recommence selon les modalités prévues par l'article 29, à dater de la réception par la Commission mixte de recours de la décision définitive relative à la voirie communale et, le cas échéant, de l'arrêté relatif au plan d'alignement.

Par dérogation aux articles 20, alinéa 1^{er}, 3^o, et 23, la procédure de participation du public organisée dans le cadre de la demande relative à la voirie communale et, le cas échéant, au projet de plan d'alignement porte également sur le projet mixte visé à l'alinéa 1^{er}. La procédure de participation du public est organisée selon les modalités définies dans la législation applicable en Région wallonne relative à la participation du public en matière d'environnement. La durée de la procédure de participation du public conjointe correspond à la durée maximale requise par les différentes procédures concernées.

§ 2. Lorsque le projet mixte est situé le long d'une voie de la Région wallonne ou des Provinces de Liège ou de Luxembourg, l'avis de l'administration intéressée est sollicité.

Sous-Section 7. — Dispositions applicables

Art. 32. Les permis uniques au sens de la présente section sont, pour les aspects relevant de la compétence de l'environnement qui ne sont pas réglés par le présent accord de coopération, soumis à la législation applicable en Région wallonne en matière de permis d'environnement.

Les permis uniques au sens de la présente section sont, pour les aspects relevant de la compétence de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme qui ne sont pas réglés par le présent accord de coopération, soumis à la législation applicable en Communauté germanophone en matière de permis d'urbanisme.

Section 2. — Permis intégré (urbanisme - implantations commerciales - environnement)

Sous-section 1^{re}. — Champ d'application et autorité compétente

Art. 33. § 1^{er}. Tout projet intégré, à l'exception des projets portant sur des établissements temporaires, des projets relatifs à des biens immobiliers soumis à un régime de protection en lien avec les monuments et les sites visés à l'article 6, § 1^{er}, I, 7^o, de la loi spéciale et des projets relatifs au plan d'investissement pluriannuel de la S.N.C.B., fait l'objet d'une demande de permis intégré.

§ 2. Le collège communal de la commune sur le territoire de laquelle est situé le projet d'implantation commerciale est compétent pour connaître des demandes de permis intégré.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables sont conjointement compétents pour connaître des demandes de permis intégré relatives :

1^o à tout projet intégré situé sur le territoire de plusieurs communes, sans préjudice du chapitre 2 ;

2^o à tout projet intégré, relatif à un projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale nette égale ou supérieure à 2 500 m² ou susceptible d'engendrer une surface commerciale nette égale ou supérieure à 2 500 m², après réalisation du projet ;

3^o à tout projet intégré incluant des actes et travaux soumis à permis d'urbanisme pour lesquels le Gouvernement de la Communauté germanophone ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable sont l'autorité compétente en application de la législation applicable en Communauté germanophone ;

4^o à tout projet intégré comprenant des actes et travaux d'assainissement avec un projet d'assainissement au sens de la législation applicable en Région wallonne en matière de gestion et d'assainissement des sols.

§ 3. La Commission mixte de recours visée à l'article 55 est compétente pour connaître des recours contre les décisions relatives aux permis intégrés délivrés par l'autorité visée § 2.

Sous-Section 2. — Demande, participation du public et avis

Art. 34. § 1^{er}. La demande de permis intégré est envoyée au collège communal de la commune sur le territoire de laquelle se situe l'établissement, par tout moyen conférant date certaine, qui délivre le cas échéant un accusé de réception.

Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone arrêtent de commun accord les modalités et les conditions de l'introduction du permis intégré par voie électronique.

Lorsque l'établissement est situé sur le territoire de plusieurs communes, la demande est adressée à l'une des communes, au choix du demandeur, sur le territoire de laquelle l'établissement est projeté.

Par dérogation à l'alinéa 3, le choix du demandeur est limité aux communes situées en région de langue allemande lorsqu'il s'agit d'un établissement nécessitant des actes et travaux relatifs à un bien immobilier s'étendant sur au moins une commune située en région de langue française et au moins une commune située en région de langue allemande et que la législation applicable identifiée selon l'article 4 est celle de la Communauté germanophone.

§ 2. Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone arrêtent de commun accord la forme et le contenu de la demande, ainsi que le nombre d'exemplaires qui sont à introduire, l'échelle et le contenu des différents plans qui sont joints.

La demande contient, selon qu'elle vise l'obtention d'un permis unique ou d'un permis d'urbanisme, les éléments visés dans la législation applicable relative aux permis d'environnement en Région wallonne et/ou les éléments visés dans la législation applicable relative aux permis et certificats d'urbanisme de la Communauté germanophone.

Le dossier d'évaluation des incidences sur l'environnement reprend l'ensemble des indications qu'auraient dû comporter les dossiers d'évaluation si les demandes de permis d'implantation commerciale, unique et/ou d'urbanisme (germanophone) avaient été envisagées isolément.

Art. 35. Dans un délai de trois jours ouvrables à dater de la réception de la demande, l'administration communale envoie simultanément aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables un exemplaire de la demande de permis, en ce compris la preuve de la réception de la demande ou une copie du récépissé visé à l'article 34 et en informe simultanément le demandeur, soit par pli ordinaire si la demande a été envoyée par courrier à la commune, soit par voie électronique si la demande a été introduite par ce biais.

Si l'administration communale n'a pas envoyé la demande dans le délai prévu à l'alinéa 1^{er}, le demandeur peut saisir directement le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable en lui adressant une copie de la demande qu'il a initialement adressée au collège communal, dans les cas prévus à l'article 33, § 2, alinéa 2. Dans un délai de trois jours ouvrables à dater de la réception de la demande, le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable envoie celle-ci au Gouvernement de la Communauté germanophone ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable.

Dès sa réception, le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable transmet copie de la demande de permis à l'Observatoire du Commerce de la Région wallonne.

Art. 36. La demande est incomplète s'il manque des renseignements ou des documents requis en vertu de l'article 34, § 2.

La demande est irrecevable :

1^o si elle a été introduite en violation de l'article 34, § 1^{er} ;

2^o si elle est jugée incomplète à deux reprises ;

3^o si le demandeur ne fournit pas les compléments dans le délai visé à l'article 37, § 3, alinéa 1^{er}.

Art. 37. § 1^{er}. Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables examinent le caractère complet et recevable du dossier.

§ 2. Le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable envoie au demandeur la décision statuant sur le caractère complet ou recevable de la demande, soit par pli ordinaire si la demande a été envoyée par courrier à la commune, soit par voie électronique si la demande a été introduite par ce biais, dans les vingt jours de la réception de la demande de permis.

La décision déclarant la demande complète et recevable mentionne :

1° l'autorité compétente ;

2° les instances d'avis, le cas échéant et les délais y afférents ;

3° la durée et la date du début de la procédure de participation du public, sauf dérogation prévue par la législation applicable en Région wallonne relative à la participation du public en matière d'environnement, et les communes dans lesquelles la participation est réalisée ;

4° le délai dans lequel la décision est notifiée ;

5° la nécessité de dérogations ou d'écarts par rapport aux plans et programmes d'aménagement du territoire à caractère indicatif ou réglementaire, aux plans d'affectation du sol à caractère indicatif ou réglementaire, aux règlements d'urbanisme ou aux permis d'urbanisation en vigueur sur le territoire de la région de langue allemande et pris selon la législation applicable en Communauté germanophone.

Lorsque la demande est incomplète, le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable adresse au demandeur, soit par pli ordinaire si la demande a été envoyée par courrier à la commune, soit par voie électronique si la demande a été introduite par ce biais, un relevé des pièces manquantes, dans les vingt jours de la réception de l'envoi de la demande de permis ou de la déclaration. La décision précise que la procédure recommence à dater de leur réception.

§ 3. Le demandeur envoie au Gouvernement wallon ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable les compléments demandés, soit par pli ordinaire si la demande a été envoyée par courrier à la commune, soit par voie électronique si la demande a été introduite par ce biais, dans un délai de six mois à dater de l'envoi de la demande de compléments. Les compléments sont fournis en autant d'exemplaires que la demande de permis initiale en compte si la demande a été envoyée par courrier à la commune. Si le demandeur n'a pas envoyé les compléments demandés dans le délai prescrit, le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable déclare la demande irrecevable.

Dans les vingt jours à dater de la réception des compléments par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable, il envoie au demandeur la décision conjointe des Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou des fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables statuant sur le caractère complet et recevable de la demande.

Art. 38. Si le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable n'a pas envoyé au demandeur la décision visée à l'article 37, § 2, ou celle visée à l'article 37, § 3, la demande est considérée comme recevable, au terme des délais prévus par ces dispositions. La procédure est poursuivie.

Art. 39. § 1^{er}. Sauf dérogations prévues par la Région wallonne, toute demande de permis intégré est soumise à une procédure de participation du public organisée selon les modalités définies dans la législation applicable en la Région wallonne relative à la participation du public en matière d'environnement.

Pour les surfaces commerciales nettes de plus de 20 000 m² et qui sont situées à une distance de moins de vingt kilomètres d'une autre région ou de plusieurs autres régions, le Gouvernement wallon notifie le projet d'implantation commerciale au Gouvernement de chacune des régions concernées. Si le Gouvernement d'une région concerné la demande, une concertation a lieu.

§ 2. Sauf dérogations prévues par la Région wallonne, tout projet faisant l'objet d'une demande de permis intégré est soumis à évaluation des incidences sur l'environnement conformément à la législation applicable en Région wallonne en matière d'évaluation des incidences de projets sur l'environnement.

Pour autant qu'ils soient pertinents et actuels, tout ou partie des résultats et des données obtenus lors de l'évaluation environnementale effectuée précédemment peuvent être intégrés dans l'évaluation des incidences. Ceux-ci sont identifiés comme tels dans l'évaluation.

§ 3. Toute dérogation prévue aux § 1^{er} et 2 peut uniquement se faire pour des projets qui ne sont pas de nature à causer des dangers, nuisances ou inconvénients importants pour l'homme ou pour l'environnement, en fonction de la taille et de la localisation du projet et des critères pertinents visés par la législation applicable en Région wallonne en matière d'évaluation des incidences de projets sur l'environnement.

Art. 40. Le jour où il envoie sa décision attestant le caractère complet et recevable de la demande conformément à l'article 37 ou à l'expiration du délai visée à l'article 38, le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable envoie le dossier de la demande ainsi que ses compléments éventuels pour avis aux différentes instances qu'il désigne, en concertation avec le Gouvernement de la Communauté germanophone ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable.

Art. 41. Les communes limitrophes remettent un avis si la demande de permis concerne un projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale nette égale ou supérieure à 1 000 m².

La (ou les) commune(s) sur laquelle (lesquelles) est situé tout ou partie du projet d'implantation commerciale remet(tent) un avis dans les cas visés à l'article 33, § 2, alinéa 2.

L'Observatoire du Commerce de la Région wallonne remet un avis lorsque la demande de permis concerne un projet d'implantation commerciale tel que prévu à l'article 33, § 2, alinéa 2, 1^o et 2^o.

L'Observatoire du Commerce remet un avis à la demande de l'autorité compétente dans les cas visés à l'article 33, § 2, alinéa 1^{er}.

Art. 42. Les instances visées aux articles 40 et 41 envoient leur avis dans un délai de trente jours, si la demande concerne un projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale nette de moins de 2 500 m², ou soixante jours, si la demande concerne un projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale nette égale ou supérieure à 2 500 m², à dater de la réception de la demande d'avis.

À défaut d'envoi d'avis dans les délais prévus à l'alinéa 1^{er}, l'avis est réputé favorable.

Sans préjudice du chapitre 3 et des articles 40 et 41, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone peuvent déterminer de commun accord les autorités et instances d'avis ainsi que le contenu minimum des avis.

Tout avis est motivé.

Art. 43. À la demande de l'autorité compétente ou d'une des administrations et autorités consultées, celles-ci se concertent au moins une fois.

Les modalités de concertation peuvent être arrêtées de commun accord par les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone.

Art. 44. Les délais de procédure prévus aux articles 45 à 49 se calculent :

1° à dater du lendemain du jour où la décision conjointe des Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou des fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables attestant le caractère complet et recevable de la demande a été envoyée ;

2° à défaut, à dater du jour suivant le délai qui était imparti pour envoyer la décision sur le caractère recevable de la demande.

Art. 45. § 1^{er}. Sur la base des avis recueillis, un rapport de synthèse est rédigé conjointement par les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables. Le rapport comprend une proposition conjointe de décision motivée au regard des divers avis recueillis, des critères de délivrance visés par la législation applicable en Région wallonne en matière d'implantations commerciales. Dans l'hypothèse d'actes et travaux dérogatoires à un plan ou programme à caractère réglementaire ou à un règlement en vigueur sur le territoire de région de langue allemande et pris selon la législation applicable en Communauté germanophone, l'avis du Gouvernement de la Communauté germanophone ou du fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable est conforme.

§ 2. Le rapport de synthèse et l'intégralité de la demande sont envoyés à l'autorité compétente dans un délai de :

1° septante jours si la demande de permis concerne un projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale nette inférieure à 2 500 m² ou un établissement de classe 2 ;

2° cent dix jours si la demande de permis concerne un projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale nette égale ou supérieure à 2 500 m² ou un établissement de classe 1.

Le jour où le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable envoie le rapport de synthèse, il en avise le demandeur.

§ 3. À l'expiration du délai visé au § 2, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables sont entendus conjointement si l'autorité compétente le demande.

§ 4. Les délais visés au § 2 peuvent être prorogés par décision conjointe des Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou des fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables. La durée de la prorogation ne peut pas excéder trente jours. La décision est envoyée dans le délai visé au § 2, à l'autorité compétente et au demandeur.

§ 5. Si le rapport de synthèse n'a pas été envoyé à l'autorité compétente dans le délai imparti, elle poursuit la procédure en tenant compte du dossier de demande de permis, de l'évaluation des incidences, des résultats de la procédure de participation du public, de l'avis du ou des collèges communaux et de toute autre information à sa disposition.

§ 6. Dans les cas visés à l'article 33, § 2, alinéa 2, le présent article n'est pas applicable.

Sous-Section 3. — Décision

Art. 46. § 1^{er}. L'autorité compétente envoie sa décision au demandeur, aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables et lorsqu'il a été fait application de l'article 33, § 2, alinéa 2, 1°, à chaque commune sur le territoire de laquelle l'établissement ou les actes et travaux sont situés, ainsi que, par pli ordinaire, à chaque autorité ou administration consultée dans un délai de :

1° nonante jours si la demande de permis concerne un projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale nette inférieure à 2 500 m² ou un établissement de classe 2 ;

2° cent quarante jours si la demande de permis concerne un projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale nette égale ou supérieure à 2 500 m² ou un établissement de classe 1.

Si le rapport de synthèse est envoyé avant l'expiration du délai visé à l'article 45, § 2, l'autorité compétente envoie sa décision au demandeur, aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables, ainsi que, par pli ordinaire, à chaque autorité ou administration consultée dans un délai de :

1° vingt jours à dater du jour où elle reçoit le rapport de synthèse des fonctionnaires conformément à l'article 45, § 2, si la demande de permis concerne un projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale nette inférieure à 2 500 m² ou un établissement de classe 2 ;

2° trente jours à dater du jour où elle reçoit le rapport de synthèse des fonctionnaires conformément à l'article 45, § 2, si la demande de permis concerne un projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale nette égale ou supérieure à 2 500 m² ou un établissement de classe 1.

Dans les cas visés à l'article 33, § 2, alinéa 2, seul l'alinéa 1^{er} est d'application. La décision du Gouvernement de la Communauté germanophone ou du fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable portant sur les dérogations et les écarts prise par rapport aux plans et programmes d'aménagement du territoire à caractère indicatif ou réglementaire, aux plans d'affectation du sol à caractère indicatif ou réglementaire, aux règlements d'urbanisme ou aux permis d'urbanisation en vigueur sur le territoire de la région de langue allemande et pris selon la législation applicable en Communauté germanophone fait partie intégrante de la décision visée à l'alinéa 1^{er} du présent paragraphe.

Le permis peut être refusé pour les motifs, être assorti de conditions ou consentir les dérogations et les écarts prévus dans la législation applicable en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme en Communauté germanophone et dans la législation applicable en matière de permis d'environnement en Région wallonne.

§ 2. Dans l'hypothèse visée à l'article 45, § 5, le délai imparti à l'autorité compétente pour envoyer sa décision est prorogé d'un délai identique à celui fixé par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable, en concertation avec le Gouvernement de la Communauté germanophone ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable.

Art. 47. § 1^{er}. Entre la date à laquelle le rapport de synthèse a été envoyé, ou aurait dû l'être, conformément à l'article 45, § 2, et la date à laquelle l'autorité compétente envoie sa décision en application de l'article 46, § 1^{er}, ou, dans le cas visé à l'article 33, § 2, alinéa 2, dans le délai visé à l'article 46, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le demandeur peut, préalablement à la décision de l'autorité compétente, moyennant l'accord ou à la demande de celle-ci, produire des plans modificatifs et un complément corollaire d'évaluation des incidences sur l'environnement selon la législation applicable en Région wallonne en matière d'évaluation des incidences de projets sur l'environnement.

L'envoi au demandeur de cet accord ou de cette demande a pour effet d'interrompre les délais visés à l'article 46.

Une copie en est également envoyée, le même jour, aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables par l'autorité compétente.

§ 2. Dans les cas visés à l'article 33, § 2, alinéa 1^{er}, le demandeur envoie à l'autorité compétente les plans modificatifs accompagnés d'un complément corollaire d'évaluation des incidences. Ces documents sont fournis en autant d'exemplaires que la demande initiale en compte si la demande a été envoyée par courrier à la commune. L'autorité compétente conserve un exemplaire des plans modificatifs et du complément corollaire d'évaluation des incidences.

L'autorité compétente envoie ces documents simultanément aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables, dans un délai de trois jours ouvrables à dater du jour de leur réception. L'autorité compétente informe le demandeur, par écrit, de la date de la réception des compléments par les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables.

Si l'autorité compétente n'a pas envoyé les plans modificatifs accompagnés du complément corollaire d'évaluation des incidences dans le délai de trois jours à dater de leur réception, le demandeur peut envoyer directement ceux-ci en copie au Gouvernement wallon ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable. Dans ce cas, celui-ci transmet, sans délai, les documents reçus au Gouvernement de la Communauté germanophone ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable.

§ 3. Dans les cas déterminés à l'article 33, § 2, alinéa 2, le demandeur envoie au Gouvernement wallon ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable les plans modificatifs accompagnés d'un complément corollaire d'évaluation des incidences. Ces documents sont fournis en autant d'exemplaires que la demande initiale en compte si la demande a été envoyée par courrier à la commune.

Le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable envoie les documents au Gouvernement de la Communauté germanophone ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable, dans un délai de trois jours ouvrables à dater du jour de leur réception. Le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable informe le demandeur, par écrit, de la date de la réception des compléments par le Gouvernement de la Communauté germanophone ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable.

§ 4. La procédure recommence, selon les modalités prévues à l'article 37, § 3, à dater de la réception par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable dans le cas visé à l'article 33, § 2, alinéa 1^{er}, ou par le Gouvernement de la Communauté germanophone ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable dans les cas visés à l'article 33, § 2, alinéa 2, des plans modificatifs et du complément corollaire d'évaluation des incidences.

Dans la décision qu'ils rendent en application de l'article 37, § 2, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables indiquent que la demande fait l'objet de plans modificatifs. Il en va de même lors de la saisine des instances visées à l'article 40. La procédure de participation du public réalisée conformément à l'article 39 suite au dépôt des plans modificatifs et de leur complément corollaire d'évaluation des incidences porte sur le dossier de la demande de permis initiale, ses compléments éventuels, ainsi que sur les plans modificatifs et leur complément corollaire d'évaluation des incidences.

Les articles 39 et 40 à 43 ne sont pas applicables aux plans modificatifs et leur complément corollaire d'évaluation des incidences :

1° lorsque la modification projetée résulte d'une proposition contenue dans les observations ou réclamations faites lors de la procédure de participation du public ou dans un avis formulé par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable ou une instance consultative ;

2° lorsque la modification projetée n'a qu'une portée limitée et ne porte pas atteinte à l'objet et à l'économie générale du projet et à ses caractéristiques substantielles.

§ 5. Le présent article peut être mis en œuvre une seule fois à propos de la même demande.

Art. 48. Lorsque la modification de la demande projetée répond aux conditions de l'article 47, § 4, alinéa 3, et qu'elle ne nécessite pas le dépôt de plans modificatifs, le permis impose la modification comme condition claire précise et non aléatoire.

Art. 49. À défaut de l'envoi de la décision dans le délai prévu à l'article 46 si le rapport de synthèse a été envoyé conformément à l'article 45 et s'il comporte un avis favorable des Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou des fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables, la décision est censée être arrêtée aux conditions fixées par l'avis, ainsi que, le cas échéant, aux conditions générales, intégrales et sectorielles prévues par la législation applicable en matière d'établissements dangereux, insalubres et incommodes en Région wallonne.

Le permis est censé être refusé à défaut de l'envoi de la décision dans le délai prévu à l'article 46 :

1° si le rapport de synthèse n'a pas été envoyé conformément à l'article 45 ;

2° si le rapport de synthèse comporte un avis défavorable des Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou des fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables.

Par dérogation aux alinéas 1^{er} et 2, dans les cas visés à l'article 33, § 2, alinéa 2, le permis est censé être refusé si la décision n'a pas été envoyée dans le délai prévu à l'article 46.

Art. 50. Le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable et la commune tiennent chacun un registre des permis. Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone déterminent de commun accord la forme et le contenu du registre.

Sous-section 4. — Recours

Art. 51. § 1^{er}. Un recours contre la décision émanant de l'autorité compétente lorsque celle-ci a été envoyée dans les délais visés à l'article 46, § 1^{er}, ou contre la décision censée être arrêtée conformément à l'article 49 est ouvert auprès de la Commission mixte de recours visée à l'article 55 :

1° au demandeur ;

2° aux Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou aux fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables et au collège communal de la commune sur le territoire de laquelle l'établissement est situé ;

3° à toute personne physique ou morale justifiant d'un intérêt.

§ 2. Sous peine d'irrecevabilité, le recours est envoyé dans un délai de vingt jours à dater, soit :

1° pour le demandeur, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables et le collège communal de la commune sur le territoire de laquelle l'établissement est situé, de la réception de la décision émanant de l'autorité compétente lorsque celle-ci a été envoyée dans les délais visés à l'article 46, § 1^{er}, alinéa 1^{er} ou 2 ;

2° pour le demandeur, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables et le collège communal de la commune sur le territoire de laquelle l'établissement est situé, de l'expiration des délais visés à l'article 46 dans les cas visés à l'article 49 ;

3° pour les personnes non visées au 1°, du premier jour de l'affichage de l'avis effectué conformément à la législation applicable en Région wallonne relative à la publicité en matière d'environnement.

Si la décision est affichée dans plusieurs communes, le délai est prolongé jusqu'au vingtième jour suivant le premier jour de l'affichage dans la commune qui y a procédé la dernière.

§ 3. Le recours n'est pas suspensif de la décision attaquée sauf lorsqu'il est introduit par les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables.

§ 4. Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone déterminent de commun accord :

1° les informations que contient le recours, sa forme et le nombre d'exemplaires à introduire ;

2° les modalités selon lesquelles le recours est porté à la connaissance du public ;

3° les modalités d'instruction du recours, les instances devant être consultées et les délais endéans lesquels les avis sont émis ; à défaut d'envoi d'avis dans les délais prévus, l'avis est réputé favorable.

L'avis de l'Observatoire du Commerce de la Région wallonne peut être sollicité par la Commission mixte de recours.

§ 5. La Commission mixte de recours envoie sa décision au requérant dans un délai de :

1° septante jours si le recours concerne un projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale nette de moins de 2 500 m² ;

2° cent jours si le recours concerne projet d'implantation commerciale d'une surface commerciale nette égale ou supérieure à 2 500 m².

Le délai court à dater du premier jour suivant la réception du recours. En cas de pluralité de recours, le délai débute à dater du premier jour suivant la réception du dernier recours.

La Commission mixte de recours motive sa décision, notamment, au regard des dispositions de la législation applicable en Région wallonne en matière d'implantations commerciales, sans préjudice des dispositions de la législation applicable en Région wallonne en matière d'établissements dangereux, insalubres et incommodes et de la législation applicable en Communauté germanophone en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme.

§ 6. À défaut d'envoi de la décision dans le délai visé au paragraphe 5, la décision prise en première instance est confirmée.

Sous-section 5. — Péremption

Art. 52. § 1^{er}. Le permis est périmé si les travaux n'ont pas été commencés de manière non négligeable dans les trois ans à compter du jour où le permis devient exécutoire. La décision accordant le permis est exécutoire à partir du lendemain de la notification qui en est faite au demandeur ou, à défaut, du lendemain du délai qui était imparti à l'autorité de recours pour statuer si le permis est délivré sur recours.

La péremption s'opère de plein droit. Toutefois, à la demande du titulaire, le permis peut être prorogé pour une période de deux ans. La demande est introduite trente jours avant l'expiration du délai de péremption visé aux alinéas précédents, auprès du collège communal.

Dans les cas visés à l'article 33, § 2, alinéa 2, l'administration communale envoie au Gouvernement wallon ou au fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable la demande de prorogation, dans un délai de trois jours ouvrables à dater de sa réception.

La prorogation est accordée par l'autorité qui était compétente en première instance pour délivrer le permis dont la prorogation est demandée.

§ 2. Lorsque la réalisation des travaux a été autorisée par phases, le permis détermine, pour chaque phase autre que la première, le point de départ du délai visé au § 1^{er}. Ces autres phases peuvent bénéficier de la prorogation visée au § 1^{er}, alinéa 2.

§ 3. Le délai de péremption est suspendu de plein droit durant tout le temps de la procédure, à savoir de l'introduction de la requête à la notification de la décision finale, lorsqu'un recours en annulation a été introduit à l'encontre du permis devant le Conseil d'Etat ou qu'une interruption de l'exploitation autorisée par le permis est pendante devant une juridiction de l'Ordre judiciaire. Si le titulaire du permis contesté n'a pas la qualité de partie au procès, l'autorité qui a délivré le permis notifie au titulaire le début et la fin de la période de suspension du délai de péremption.

Sous-section 6. — Dispositions particulières au projet
intégré impliquant une modification à la voirie communale

Art. 53. § 1^{er}. Lorsque le projet intégré porte notamment sur l'ouverture, la modification ou la suppression d'une voirie communale au sens de la législation applicable en matière de voirie communale en Communauté germanophone, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables le précisent dans la décision par laquelle le caractère complet et recevable de la demande est reconnu conformément à l'article 37, § 2, ou dans toute autre décision conjointe prise avant l'échéance des délais visés à l'article 46. Ils soumettent, le même jour, la demande relative à la voirie communale à la procédure prévue dans la législation applicable en matière de voirie communale en Communauté germanophone.

Lorsque le projet intégré porte notamment sur l'ouverture, la modification ou la suppression d'une voirie communale au sens de la législation applicable en matière de voirie communale en Communauté germanophone nécessitant une modification du plan d'alignement, les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables le précisent dans la décision par laquelle le caractère complet et recevable de la demande est reconnu conformément à l'article 37, § 2, ou dans toute autre décision conjointe prise avant l'échéance des délais visés à l'article 46. Ils envoient, le même jour, la demande relative à la voirie communale et le projet de plan d'alignement élaboré par le demandeur, conformément à la législation applicable en matière de voirie communale en Communauté germanophone.

L'envoi de la demande relative à la voirie communale au collège communal a pour effet d'interrompre les délais de procédure.

La procédure recommence selon les modalités prévues par l'article 37, § 2, à dater de la réception par le Gouvernement wallon ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable en Région wallonne de la décision définitive relative à la voirie communale et, le cas échéant, de l'arrêté relatif au plan d'alignement. Si un rapport de synthèse a été envoyé conformément à l'article 45 avant la mise en œuvre de la procédure visée aux alinéas 1^{er} ou 2, le rapport ne peut pas produire les effets visés aux articles 46, § 1^{er}, alinéa 2, et 48. Lorsque la Commission mixte de recours est saisie d'un recours portant sur un projet intégré visé à l'alinéa 1^{er} ou à l'alinéa 2 et constate que la procédure prévue par les alinéas n'a pas été mise en œuvre, la Commission mixte de recours ou les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone ou, conjointement les fonctionnaires désignés par ceux-ci selon leurs législations respectives applicables soumettent conjointement la demande relative à la voirie communale à la procédure prévue par la législation applicable en matière de voirie communale en Communauté germanophone.

L'envoi de la demande relative à la voirie communale au collège communal a pour effet d'interrompre les délais visés à l'article 51, § 5.

La procédure recommence selon les modalités prévues par l'article 51, à dater de la réception par la Commission mixte de recours de la décision définitive relative à la voirie communale et, le cas échéant, de l'arrêté relatif au plan d'alignement.

Par dérogation aux articles 37, § 2, alinéa 2, 3^o, et 38, la procédure de participation du public organisée dans le cadre de la demande relative à la voirie communale et, le cas échéant, au projet de plan d'alignement porte également sur le projet intégré visé à l'alinéa 1^{er}. La procédure de participation du public est organisée selon les modalités définies dans la législation applicable en Région wallonne relative à la participation du public en matière d'environnement. La durée de la procédure de participation du public conjointe correspond à la durée maximale requise par les différentes procédures concernées.

§ 2. Lorsque le projet intégré est situé le long d'une voie de la Région wallonne ou des Provinces de Liège ou de Luxembourg, l'avis de l'administration intéressée est sollicité

Sous-section 7. — Dispositions applicables

Art. 54. Les permis intégrés au sens de la présente section sont, pour les aspects relevant de la compétence des implantations commerciales qui ne sont pas réglés par le présent accord de coopération, soumis à la législation applicable en Région wallonne en matière de permis d'implantations commerciales.

Les permis intégrés au sens de la présente section sont, pour les aspects relevant de la compétence de l'environnement qui ne sont pas réglés par le présent accord de coopération, soumis à la législation applicable en Région wallonne en matière de permis d'environnement.

Les permis intégrés au sens de la présente section sont, pour les aspects relevant de la compétence de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme qui ne sont pas réglés par le présent accord de coopération, soumis à la législation applicable en Communauté germanophone en matière de permis d'urbanisme.

Section 3. — Dispositions communes

Sous-section 1^{re}. — Commission mixte de recours

Art. 55. Il est institué une Commission mixte de recours qui connaît des recours introduits conformément aux dispositions du présent chapitre.

Art. 56. La Commission mixte de recours est composée des ministres du Gouvernement wallon qui ont l'environnement et la mobilité dans leurs attributions ainsi que du ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone qui a l'aménagement du territoire et l'urbanisme dans ses attributions ou de leurs délégués. Lorsque la Commission mixte de recours est saisie d'un dossier de permis intégré au sens de la section 2, le ministre du Gouvernement wallon qui a l'économie et les P.M.E. dans ses attributions ou son délégué siège également dans la commission.

La présidence est assurée en alternance pendant une année. Lors de la présidence de la Région wallonne, le Gouvernement wallon détermine le ministre wallon qui préside la Commission mixte de recours. Lors de la présidence de la Communauté germanophone, le Gouvernement de la Communauté germanophone détermine le ministre germanophone qui préside la Commission mixte de recours.

La Commission mixte de recours a son siège à Eupen et est assistée d'un secrétariat qui est assuré par le Ministère de la Communauté germanophone.

Art. 57. Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone arrêtent de commun accord l'organisation, les règles de fonctionnement et les règles de délibération de la Commission mixte de recours.

Sous-section 2. — Calcul des délais relatifs au permis et aux recours

Art. 58. À peine de nullité, tout envoi permet de donner date certaine à l'envoi et à la réception de l'acte, quel que soit le service de distribution du courrier utilisé.

Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone peuvent déterminer de commun accord la liste des procédés qu'ils reconnaissent comme permettant de donner date certaine à l'envoi et à la réception.

L'envoi se fait au plus tard le jour de l'échéance du délai.

Art. 59. Le jour de la réception de l'acte, qui est le point de départ d'un délai, n'y est pas inclus.

Le jour de l'échéance est compté dans le délai. Toutefois, lorsque le jour est un samedi, un dimanche ou un jour férié légal, le jour de l'échéance est reporté au jour ouvrable suivant.

CHAPITRE 5. — *Aménagement opérationnel*

Art. 60. Les personnes morales de droit public habilitées par la Région wallonne à proposer des mesures d'aménagement opérationnel sont habilitées à effectuer les prestations de même nature sur le territoire de la région de langue allemande selon la législation applicable en Communauté germanophone.

Art. 61. Pour tout projet d'aménagement opérationnel portant sur une rénovation urbaine au sens de l'article 6, § 1^{er}, I, 4^o, de la loi spéciale à réaliser sur le territoire d'au moins une commune située en région de langue allemande, une concertation associant le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone a lieu préalablement au lancement de la procédure d'adoption.

CHAPITRE 6. — *Parcs d'activités économiques*

Art. 62. Les personnes morales de droit public habilitées par la Région wallonne à agir en tant qu'opérateurs dans le cadre de la création, de la gestion et du développement de parcs d'activités économiques sont habilitées à effectuer les prestations de même nature sur le territoire de la région de langue allemande selon la législation applicable en Communauté germanophone.

Art. 63. Pour tout projet de création ou d'extension d'un parc d'activités économiques à réaliser sur le territoire d'au moins une commune située en région de langue allemande ou des communes de Baelen, Gouvy, Malmédy, Plombières, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Waimes et/ou Welkenraedt, une concertation associant le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone a lieu préalablement au lancement de la procédure d'adoption.

CHAPITRE 7. — *Voirie communale*

Art. 64. Si la demande de création, de modification, de confirmation ou de suppression d'une voirie communale concerne une voirie se prolongeant sur le territoire d'une ou plusieurs communes limitrophes, dont au moins une commune située en région de langue française et au moins une commune située en région de langue allemande, la demande et les résultats de l'enquête publique visée à l'article 65 sont simultanément adressés à ces communes et au collège provincial compétent pour le territoire de chaque commune où est située la voirie faisant l'objet de la demande.

Selon les législations applicables respectives en Région wallonne et en Communauté germanophone en matière de pouvoirs locaux, les communes et le ou les collèges provinciaux rendent leur avis dans un délai de trente jours à compter de la réception du dossier, faute de quoi il est passé outre.

Les avis du ou des collèges provinciaux, lorsqu'ils sont rendus dans les délais impartis, sont des avis conformes pour les communes concernées.

Art. 65. Les communes soumettent les demandes visées à l'article 64 à enquête publique. Celle-ci s'organise suivant les principes suivants :

- 1^o la durée de l'enquête publique est de trente jours ; ce délai est suspendu entre le 16 juillet et le 15 août ;
- 2^o durant l'enquête publique, les dossiers sont accessibles à la maison communale les jours ouvrables et un jour jusqu'à vingt heures ou le samedi matin ou sur rendez-vous ;
- 3^o tout tiers intéressé peut obtenir des explications techniques ;
- 4^o tout tiers intéressé peut exprimer ses observations et réclamations par télécopie, par courrier électronique lorsque la commune a défini une adresse à cet effet, par courrier ordinaire ou formulées au conseiller en aménagement du territoire et en urbanisme, au collège communal ou à l'agent communal délégué à cet effet avant la clôture de l'enquête ou le jour de la séance de clôture de ladite enquête ; à peine de nullité, les envois par courrier ou télécopie sont datés et signés ; les envois par courrier électronique sont identifiés et datés ;
- 5^o l'enquête publique est annoncée :
 - a) par voie d'affiches imprimées en noir sur papier de couleur jaune de 35 dm² minimum et placées le long de la voie publique à raison d'un avis par 50 mètres de terrain situés à front de voirie, avec un maximum de quatre avis ; si le terrain ne jouxte pas une voirie publique carrossable, ils sont apposés par l'administration communale le long de la voie publique carrossable la plus proche à raison de deux avis par hectare de terrain, avec un maximum de quatre avis ;
 - b) par un avis inséré dans les pages locales d'un quotidien d'expression française ou allemande selon le cas ; s'il existe un bulletin communal d'information ou un journal publicitaire distribués gratuitement à la population, l'avis y est inséré ;
 - c) par écrit aux propriétaires des immeubles situés dans un rayon de 50 mètres à partir des limites des terrains faisant l'objet de la demande.
 - d) aux endroits habituels d'affichage ;
 - e) sur le site internet de la commune concernée, s'il existe.

CHAPITRE 8. — *Dispositions diverses*

Art. 66. § 1^{er}. Il est créé un Comité de suivi du présent accord de coopération chargé de l'évaluation de l'état de la coopération, en général, et de l'exécution des dispositions du présent accord de coopération, en particulier.

Le Comité de suivi est composé de six membres, désignés pour moitié par le Gouvernement wallon et pour moitié par le Gouvernement de la Communauté germanophone. Le cas échéant et en fonction de l'ordre du jour, les membres du Comité de suivi peuvent être accompagnés par des techniciens-experts.

Le Comité de suivi se réunit au moins deux fois par an.

Le Comité de suivi établit son règlement d'ordre intérieur qui est soumis pour approbation aux deux gouvernements. Il prévoit notamment une présidence et un secrétariat en alternance.

§ 2. L'état de la coopération en application du présent accord est intégré dans le rapport visé à l'article 18 de l'accord de coopération entre la Région wallonne et la Communauté germanophone du 26 novembre 1998.

Art. 67. Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone s'engagent à s'informer mutuellement et à un stade utile à propos des initiatives législatives ou réglementaires en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme ou d'autres matières susceptibles d'avoir un impact sur l'aménagement du territoire et l'urbanisme.

Art. 68. Lorsque le Gouvernement wallon consulte la Direction générale opérationnelle Aménagement du territoire, Logement, Patrimoine et Energie (DGO4) du Service Public de Wallonie dans le cadre de l'élaboration, l'adaptation, la révision ou l'abrogation de plans et programmes régionaux qui ne ressortissent pas à la compétence de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme mais qui ont un impact sur cette compétence, il consulte également le Gouvernement de la Communauté germanophone si le périmètre de ces plans et programmes intègre le territoire de la région de langue allemande ou si leur contenu peut avoir un impact sur le territoire de la région de langue allemande.

Lorsque les communes de Baelen, Gouvy, Malmedy, Plombières, Stavelot, Trois-Ponts, Vielsalm, Waimes et/ou Welkenraedt consultent la Direction générale opérationnelle Aménagement du territoire, Logement, Patrimoine et Energie (DGO4) du Service Public de Wallonie dans le cadre de l'élaboration, l'adaptation, la révision ou l'abrogation de plans et programmes communaux qui ne ressortissent pas à la compétence de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme mais qui ont un impact sur cette compétence, ils consultent également le Gouvernement de la Communauté germanophone si le contenu de ces plans et programmes peut avoir un impact sur le territoire d'une commune située en région de langue allemande.

Art. 69. Pour les projets ayant une incidence sur le territoire de plusieurs communes, dont au moins une située dans l'autre région linguistique, une concertation stratégique associant le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone aura lieu pour la planification et l'octroi de permis relatifs :

- 1° aux réseaux d'autoroutes et de la voirie régionale;
- 2° aux infrastructures de communication ou de transport de fluide ou d'énergie ;
- 3° aux infrastructures et réseaux techniques, en ce compris les infrastructures de gestion des eaux usées et des eaux de ruissellement.

Art. 70. § 1^{er}. Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone arrêtent conjointement une liste des arbres, arbustes et haies remarquables. Ils peuvent établir une liste des travaux qui portent préjudice au système racinaire ou qui modifient l'aspect des arbres, arbustes et haies remarquables.

Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone fixent de commun accord les critères auxquels doivent répondre les arbres, arbustes ou haies pour être qualifiés de remarquables.

§ 2. La liste des arbres, arbustes et haies remarquables est mise à jour tous les trois ans selon la procédure suivante :

1° le Gouvernement de la Communauté germanophone envoie à chaque collège communal la liste existante relative à son territoire ainsi que le recensement effectué depuis la prise de la dernière décision par le Gouvernement wallon ;

2° dans les douze mois de l'envoi par le Gouvernement de la Communauté germanophone, le collège communal lui envoie la liste des arbres, arbustes ou haies qu'il souhaite ajouter ou retirer de la liste et du recensement visés au 1°, en identifiant le nom de l'espèce et sa localisation ; à défaut de proposition dans le délai imparti, il est passé outre. La législation applicable en Communauté germanophone peut prévoir que la décision du collège communal soit précédé d'un avis d'une commission consultative ;

3° lorsque le collège communal a transmis sa proposition dans le délai requis, le Gouvernement de la Communauté germanophone l'envoie pour avis au Gouvernement wallon qui, dans les six mois de l'envoi de la demande d'avis, transmet son avis au Gouvernement de la Communauté germanophone ;

4° le Gouvernement de la Communauté germanophone transmet la liste au Gouvernement wallon en identifiant, le cas échéant, les arbres, arbustes et haies faisant l'objet d'un avis divergent entre le Gouvernement wallon et le collège communal ;

5° les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone arrêtent conjointement la liste des arbres, arbustes et haies remarquables ;

6° la liste est publiée au *Moniteur belge* et sur le portail cartographique du site internet de la Région wallonne.

Toute personne peut proposer au Gouvernement wallon un arbre, un arbuste ou une haie qui répond à un ou plusieurs des critères visés au § 1^{er}, alinéa 2.

Les listes adoptées par la Région wallonne avant la date d'entrée en vigueur du présent accord de coopération sont des listes existantes au sens de l'alinéa 1^{er}, 1°.

Art. 71. Les directeurs, les chefs de cantonnement et les préposés forestiers du Département de la Nature et des Forêt de la Direction générale opérationnelle Agriculture, Ressources naturelles et Environnement (DGO3) du Service Public de Wallonie ont la qualité d'agents constatateurs pour rechercher et constater, le cas échéant par procès-verbal, au nom et pour le compte de la Communauté germanophone, certaines infractions à définir par la législation applicable en Communauté germanophone.

Les agents constatateurs visés à l'alinéa 1^{er} sont compétents, sur l'étendue du territoire relevant respectivement de leur direction, de leur cantonnement et de leur triage, pour autant que ceux-ci s'étendent sur le territoire de la région de langue allemande.

Le document attestant la qualité d'agent constatateur est délivré par le Gouvernement de la Communauté germanophone.

Art. 72. Le Gouvernement wallon met à la disposition du Gouvernement de la Communauté germanophone l'utilisation des outils informatiques « géomatiques ». Le Gouvernement de la Communauté germanophone met à la disposition du Gouvernement wallon les données se trouvant en sa possession et qui sont pertinentes pour l'utilisation des outils informatiques « géomatiques » sur le territoire de la région de langue allemande.

Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone arrêtent de commun accord les modalités d'application du présent article et notamment le délai dans lequel le Gouvernement wallon insère les données fournies par le Gouvernement de la Communauté germanophone après leur réception.

Art. 73. Le Gouvernement wallon met à la disposition du Gouvernement de la Communauté germanophone et/ou des communes situées en région de langue allemande l'utilisation des outils informatiques « gestion des dossiers de demande de permis ».

Le Gouvernement wallon permet au Gouvernement de la Communauté germanophone et/ou aux communes situées en région de langue allemande d'adhérer au processus de dématérialisation des procédures d'octroi de permis en lien avec l'aménagement du territoire et l'urbanisme.

Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone arrêtent de commun accord les modalités d'application du présent article.

Art. 74. La participation des agents de la Communauté germanophone ou des communes situées en région de langue allemande à des formations portant sur des matières en lien avec ou connexes à celle de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme organisées par le Gouvernement wallon est rendue possible aux mêmes conditions que celles qui prévalent pour les agents de la Région wallonne.

CHAPITRE 9. — *Dispositions transitoires et finales*

Art. 75. À titre transitoire, le Gouvernement de la Communauté germanophone ou le fonctionnaire désigné par celui-ci selon la législation applicable et les communes situées en région de langue allemande sont habilités à requérir les avis des pôles "Aménagement du territoire" institué par les articles D.I.4 et 5 du CoDT et "Environnement" institué par l'article 2/4 du décret wallon du 6 novembre 2008 portant rationalisation de la fonction consultative.

Les demandes d'avis sont formulées et les avis sont communiqués dans les délais et moyennant les modalités prévues par les dispositions en vigueur le jour précédant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération.

Art. 76. Les études universitaires et autres, en cours au moment de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération à la demande du Gouvernement wallon et dont le périmètre d'investigation couvre en tout ou en partie la région de langue allemande, sont poursuivies selon la mission et les modalités initiales et à la charge unique du Gouvernement wallon.

Les résultats sont mis à titre gratuit à la disposition du Gouvernement de la Communauté germanophone et des communes situées en région de langue allemande.

Art. 77. Les personnes physiques ou morales, privées ou publiques, agréées pour l'élaboration des plans, schémas et guides au sens du CoDT, gardent leur agrément pour l'élaboration des plans et programmes d'aménagement du territoire, des plans d'affectation du sol et des règlements d'urbanisme en Communauté germanophone pour la durée restante de leur agrément à la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération.

Lorsque le Gouvernement wallon retire l'agrément à une personne avant son expiration, l'agrément est également censé être retiré de plein droit en région de langue allemande.

Art. 78. § 1^{er}. L'instruction des projets de schéma de développement communal visés à l'article D.II.10 du CoDT et de schéma d'orientation local visés à l'article D.II.11 du CoDT localisés sur le territoire d'une commune située en région de langue allemande, débutée avant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération, se poursuit selon les dispositions en vigueur avant cette date. L'instruction est considérée comme débutée au sens du présent alinéa à partir de l'adoption, par le conseil communal, du projet de schéma de développement communal ou de schéma d'orientation local conformément à l'article D.II.12, § 3, alinéa 1^{er}, du CoDT.

L'instruction des projets de révision de plan de secteur visés aux articles D.II.47 et 48 du CoDT portant sur la partie des plans de secteur Verviers-Eupen, Malmedy-St. Vith et Hautes Fagnes-Eifel couvrant les communes situées en région de langue allemande, débutée avant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération, se poursuit selon les dispositions en vigueur avant cette date. L'instruction est considérée comme débutée au sens du présent alinéa à partir :

- 1° de l'adoption du projet de plan de secteur par le Gouvernement dans les cas visés à l'article D.II.46 du CoDT;
- 2° de la décision du conseil communal de demander une révision du plan de secteur auprès du Gouvernement dans les cas visés à l'article D.II.47 du CoDT;
- 3° de l'envoi, avec date certaine, de la demande de révision du plan de secteur par la personne physique ou morale, privée ou publique, dans les cas visés à l'article D.II.48 du CoDT.

L'instruction des projets de guide communal d'urbanisme visés à l'article D.III.4 du CoDT localisés sur le territoire d'une commune située en région de langue allemande, débutée avant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération se poursuit selon les dispositions en vigueur avant cette date. L'instruction est considérée comme débutée au sens du présent alinéa à partir de l'adoption, par le conseil communal, du projet de guide communal d'urbanisme conformément à l'article D.III.6, § 2, alinéa 1^{er}, du CoDT.

§ 2. Les tâches que le CoDT attribue dans ce cadre aux administrations et fonctionnaires de la Région wallonne sont reprises, à partir de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération et quel que soit le stade de l'instruction, par les administrations et fonctionnaires que le Gouvernement de la Communauté germanophone désigne. Les tâches que le CoDT attribue au Gouvernement wallon sont reprises par le Gouvernement de la Communauté germanophone.

Art. 79. § 1^{er}. La partie des plans de secteur Verviers-Eupen, Malmedy-St. Vith et Hautes Fagnes-Eifel couvrant les communes situées en région de langue allemande reste en vigueur jusqu'à sa modification, son abrogation ou son remplacement, en tout ou en partie, par la Communauté germanophone ou les communes situées en région de langue allemande.

Toute compensation planologique ou alternative réalisée à cette occasion est exclusivement localisée sur le territoire de la région de langue allemande.

§ 2. Lorsque la Région wallonne entend réaliser une compensation planologique ou alternative à l'occasion de la modification, de l'abrogation ou du remplacement, en tout ou en partie, d'un ou de plusieurs plans de secteur, cette compensation est exclusivement localisée en région de langue française.

Art. 80. § 1^{er}. Les demandes de permis d'urbanisme, de permis d'urbanisation ou de certificat d'urbanisme visées aux articles D.IV.1 et suivants du CoDT, en ce compris celles qui entrent dans une des catégories visées à l'article D.IV.25 du CoDT, dont le dépôt, attesté par un récépissé, ou dont la réception de l'envoi, attestée par un accusé de réception postal ou assimilé, est antérieur à la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération, poursuivent leur instruction sur la base des dispositions en vigueur le jour précédant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération.

Les tâches que le CoDT attribue dans ce cadre aux administrations et fonctionnaires de la Région wallonne, y compris les pouvoirs de décision, sont reprises, à partir de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération et quel que soit le stade de l'instruction, par les administrations et fonctionnaires que le Gouvernement de la Communauté germanophone désigne. Les tâches que le CoDT attribue au Gouvernement wallon sont reprises par le Gouvernement de la Communauté germanophone.

§ 2. Les recours dirigés à l'encontre d'un permis d'urbanisme, d'un permis d'urbanisation ou d'un certificat d'urbanisme et dont le dépôt, attesté par un récépissé, ou dont la réception de l'envoi, attestée par un accusé de réception postal ou assimilé, est antérieur à la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération, poursuivent leur instruction sur la base des dispositions en vigueur le jour précédant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération.

Le Gouvernement wallon statue, conformément aux articles D.IV.63 et suivants du CoDT, sur les recours visés à l'alinéa 1^{er}.

Art. 81. § 1^{er}. Les demandes de permis unique visées aux articles 81 et suivants du décret wallon du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement, dont le dépôt, attesté par un récépissé, ou dont la réception de l'envoi, attestée par un accusé de réception postal ou assimilé, est antérieur à la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération, poursuivent leur instruction sur la base des dispositions en vigueur le jour précédant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération.

Les tâches que le décret wallon du 11 mars 1999 attribue dans ce cadre au fonctionnaire délégué au sens du CoDT, y compris les pouvoirs de décision, sont reprises, à partir de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération et quel que soit le stade de l'instruction, par le Gouvernement de la Communauté germanophone ou le fonctionnaire qu'il désigne.

Tous les actes de procédures qui ont eu lieu avant le dépôt des demandes visées à l'alinéa 1^{er} et qui sont en lien avec celles-ci, lient les autorités compétentes pour le traitement ultérieur de ces demandes.

§ 2. Les recours dirigés à l'encontre d'un permis unique et dont le dépôt, attesté par un récépissé, ou dont la réception de l'envoi, attestée par un accusé de réception postal ou assimilé, est antérieur à la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération, poursuivent leur instruction sur la base des dispositions en vigueur le jour précédant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération.

Le Gouvernement wallon statue, conformément à l'article 95 du décret wallon du 11 mars 1999, sur les recours visés à l'alinéa 1^{er}.

Art. 82. § 1^{er}. Les demandes de permis intégré visées aux articles 83 et suivants du décret wallon du 5 février 2015 relatif aux implantations commerciales, dont le dépôt, attesté par un récépissé, ou dont la réception de l'envoi, attestée par un accusé de réception postal ou assimilé, est antérieur à la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération, poursuivent leur instruction sur la base des dispositions en vigueur le jour précédant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération.

Les tâches que le décret wallon du 5 février 2015 attribue dans ce cadre au fonctionnaire délégué au sens du CoDT, y compris les pouvoirs de décision, sont reprises, à partir de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération et quel que soit le stade de l'instruction, par le Gouvernement de la Communauté germanophone ou le fonctionnaire qu'il désigne.

Tous les actes de procédures qui ont eu lieu avant le dépôt des demandes visées à l'alinéa 1^{er} et qui sont en lien avec celles-ci, lient les autorités compétentes pour le traitement ultérieur de ces demandes.

§ 2. Les recours dirigés à l'encontre d'un permis intégré et dont le dépôt, attesté par un récépissé, ou dont la réception de l'envoi, attestée par un accusé de réception postal ou assimilé, est antérieur à la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération, poursuivent leur instruction sur la base des dispositions en vigueur le jour précédant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération.

La Commission de recours visée à l'article 7 du décret wallon du 5 février 2015 statue, conformément à l'article 101 du même décret, sur les recours visés à l'alinéa 1^{er}.

Art. 83. Par dérogation à l'article 12 et tant que les destinations et les prescriptions générales des zones du plan de secteur visées aux articles D.II.22 et suivants du CoDT restent inchangées en Communauté germanophone, les consultations à effectuer par l'autorité compétente dans le cadre de l'instruction d'un permis ou d'un certificat d'urbanisme (germanophone) sont reprises dans le tableau qui suit. Les consultations ont lieu sous forme d'avis simples.

Toutefois, la consultation n'est pas nécessaire lorsque l'instance ou le service à consulter est le demandeur du permis ou du certificat d'urbanisme (germanophone).

Le présent article vaut sans préjudice de la possibilité pour la Communauté germanophone de prévoir, le cas échéant, d'autres consultations obligatoires ou facultatives supplémentaires dans sa législation applicable en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme.

| 0. | Situation/ Spécificité du projet | Actes et travaux | Consultations obligatoires |
|----|-------------------------------------|---|--|
| 1. | Zone agricole du plan de secteur | Actes et travaux situés en zone agricole à l'exclusion des transformations de bâtiments sans agrandissement et sans modification de destination | DGO3 - Département de la ruralité et des cours d'eau |
| 2. | Zone forestière du plan de secteur | Actes et travaux situés en zone forestière à l'exclusion des transformations de bâtiments sans agrandissement et sans modification de destination | DGO3 - Département de la Nature et des Forêts |
| 3. | Zone naturelle du plan de secteur | Actes et travaux situés en zone naturelle à l'exclusion des transformations de bâtiments sans agrandissement et sans modification de destination | DGO3 - Département de la Nature et des Forêts |

| 0. | Situation/ Spécificité du projet | Actes et travaux | Consultations obligatoires | |
|-----|---|--|--|---|
| 4. | Infrastructures de communication | Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation d'une voirie régionale ou autoroute au plan de secteur | DGO1 | |
| 5. | | Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation d'une voie ferrée au plan de secteur | INFRABEL (infrastructure) | |
| 6. | | Voirie régionale et autoroute : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte la voirie | DGO1 | |
| 7. | | Voie ferrée : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte la voie ferrée | INFRABEL (infrastructure) | |
| 8. | | Cours d'eau non navigable de 1re catégorie : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte le cours d'eau | DGO3 - Direction des Cours d'eau non navigables | |
| 9. | | Cours d'eau non navigable de 2 ^e catégorie ou cours d'eau non classé : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte le cours d'eau | Service technique provincial | |
| 10. | | Cours d'eau non navigable de 3 ^e catégorie : construction d'immeuble ou d'équipement, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte le cours d'eau | Collège communal concerné | |
| 11. | | Réseau Autonome des Voies Lentes : Construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxtent le RAVeL | DGO1 - Direction des Déplacements doux et des Partenariats communaux | |
| 12. | | À proximité d'un aéroport | Actes et travaux situés dans un domaine aéroportuaire ou dans un périmètre de réservation lié à un aéroport | DGO2 - Direction de l'aéroport SOWAER |
| 13. | | Voirie de communication par terre affectée à la circulation du public et à la desserte d'immeuble | Actes et travaux relatifs à la création, modification d'une voirie communale | Service d'incendie (hydrant, configuration, passage des véhicules de secours) |
| 14. | | Infrastructures de transport de fluide et d'énergie | Canalisations principales destinées au transport de corps solide, liquides ou gazeux : construction d'immeuble, aménagement de parking sur un terrain qui jouxte ou traversé par les canalisations | Gestionnaire de réseau Oléoduc, pipe-line : OTAN |
| 15. | Ligne du réseau de transport et distribution d'électricité : construction d'immeuble, aménagement de parking situé à moins de trente mètres d'une ligne aérienne haute tension ou jouxtant une ligne haute tension enterrée | | Gestionnaire de réseau | |
| 16. | Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation ou le long du tracé d'une ligne du réseau de transport et distribution d'électricité | | Gestionnaire de réseau | |
| 17. | Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation ou tracé d'une canalisation principale de gaz | | Gestionnaire de réseau Service d'incendie | |
| 18. | Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation ou tracé d'une canalisation d'autres gaz | | Gestionnaire de réseau Service d'incendie | |
| 19. | Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation ou tracé d'un oléoduc, pipe-line | | OTAN Service d'incendie | |
| 20. | Actes et travaux situés dans le périmètre de réservation ou tracé d'une canalisation principale d'alimentation en eau | | Société de distribution d'eau concernée par le projet | |
| 21. | Patrimoine naturel | Arbres, arbustes et haies remarquables : abatte, porter préjudice au système racinaire ou modifier l'aspect d'un arbre ou arbuste remarquable ou d'une haie remarquable | DGO3 - Département de la Nature et des Forêts | |
| 22. | | Actes et travaux situés dans le périmètre d'un site reconnu en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature | DGO3 - Département de la Nature et des Forêts | |

| 0. | Situation/ Spécificité du projet | Actes et travaux | Consultations obligatoires |
|-----|---|--|---|
| 23. | Protection des personnes, des biens ou de l'environnement | Site SEVESO : actes et travaux se rapportant à un nouvel établissement ou la modification d'un établissement existant présentant un risque d'accident majeur au sens du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement | DGO3 - Cellule RAM Service d'incendie |
| 24. | | Site SEVESO : tout projet dont la localisation est susceptible d'accroître le risque d'accident majeur ou d'en aggraver les conséquences, vis-à-vis d'un établissement existant présentant un risque d'accident majeur au sens du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement | DGO3 - Cellule RAM Service d'incendie |
| 25. | | Aléa d'inondation : tout projet relatif à un bien immobilier qui, de par sa localisation ou sa nature, est susceptible de produire un impact sur un cours d'eau ou est soumis à l'aléa d'inondation au sens de la cartographie adoptée par le Gouvernement en application de l'article D.53-2 du Code de l'Eau | Cours d'eau non navigable de 1re catégorie : DGO3 - Département de la Ruralité et des Cours d'eau Cours d'eau non navigable de 2e catégorie ou non classé : service technique provincial Cours d'eau non navigable de 3e catégorie : collège communal concerné |
| 26. | | Tout projet situé dans un axe de ruissellement concentré au sens de l'article R.IV.4-3, alinéa 1 ^{er} , 4 ^o , du CoDT | DGO3 - Département de la Ruralité et des Cours d'eau |
| 27. | | Centre d'enfouissement technique. Tout projet jouxtant un centre d'enfouissement technique ou implanté sur un ancien site d'enfouissement de déchets | DGO3 - Département du Sol et des Déchets |
| 28. | Aménagement foncier rural | Actes et travaux dans le périmètre d'un aménagement foncier de biens ruraux (ex-remembrement rural) | Comité d'aménagement foncier institué par le Code wallon de l'Agriculture |
| 29. | Sécurité Normes incendie | Construction de bâtiments ou espaces ouverts au public : 1 ^o les immeubles destinés à l'accueil ou l'hébergement de personnes âgées ou handicapées ; 2 ^o les hôpitaux, dont les cliniques ; 3 ^o les centres d'aide médicale, psychique, familiale et sociale ; 4 ^o les bâtiments et espaces destinés aux activités socio-culturelles, sportives, récréatives ou touristiques, ainsi que les aires de jeux couvertes ; 5 ^o les établissements destinés à la pratique du culte et les centres funéraires ; 6 ^o les bâtiments et infrastructures scolaires, universitaires et de formation ; 7 ^o les internats, les homes pour étudiants et les homes pour enfants ; 8 ^o les établissements pénitentiaires et de rééducation ; 9 ^o les bâtiments et infrastructures où sont assurées des missions de service public, notamment les maisons communales, les cours et tribunaux et leur greffe, les bureaux de poste, les gares, les aéroports et les stations de chemin de fer, de métro et de bus, en ce compris les quais ; 10 ^o les banques et autres établissements financiers ; 11 ^o les parkings en ouvrage ; 12 ^o les immeubles à usage de bureaux, les commerces, les centres commerciaux, les hôtels, les auberges, les restaurants et les cafés. | Service d'incendie |
| 30. | | Construction de bâtiments d'immeubles (publics ou privés) de logements multiples de plus 3 logements | Service d'incendie |
| 31. | | Construction ou transformation majeure de bâtiments industriels | Service d'incendie |
| 32. | | Projets impliquant la création ou la modification de voiries | Service d'incendie |

| 0. | Situation/ Spécificité du projet | Actes et travaux | Consultations obligatoires |
|-----|---|---|--|
| 33. | Regroupement de déchets inertes ou valorisation de terres et cailloux | Projets visés à l'article R.II.33-2 du CoDT | DGO3 - Département du Sol et des Déchets |

Art. 84. § 1^{er}. L'instruction des projets de site à réaménager visés à l'article D.V.1 du CoDT, de site de réhabilitation paysagère et environnementale visés à l'article D.V.7 du CoDT, de périmètre de remembrement urbain visés à l'article D.V.9 du CoDT, de revitalisation urbaine visés à l'article D.V.13, de rénovation urbaine visés à l'article D.V.14 et de zones d'initiatives privilégiées visées à l'article D.V.15 du CoDT qui sont localisés sur le territoire d'une commune située en région de langue allemande, débutée avant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération se poursuit selon les dispositions en vigueur avant cette date.

§ 2. Les tâches que le CoDT attribue dans ce cadre aux administrations et fonctionnaires de la Région wallonne, y compris les pouvoirs de décision, sont reprises, à partir de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération et quel que soit le stade de l'instruction, par les administrations et fonctionnaires que le Gouvernement de la Communauté germanophone désigne.

Pour les projets de revitalisation urbaine visés au § 1^{er}, le Gouvernement de la Communauté germanophone désigne ses représentants dans la cellule de coordination provinciale, qui siègent en lieu et place des personnes visées à l'article R.V.13-3, alinéa 2, 1^o, 2^o, 3^o, 5^o et 6^o, du CoDT.

§ 3. Les interventions financières, y compris celles réalisées dans le cadre d'un programme de financement alternatif, octroyées avant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération par la Région wallonne en application des articles 167 à 171 et 182 du Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme, du Patrimoine et de l'Energie ou des articles D.V.1 à D.V.8 du CoDT pour des actes, travaux ou études se rapportant à des projets localisés sur le territoire d'une commune située en région de langue allemande restent à charge de la Région wallonne et sont liquidées par le Gouvernement wallon selon la législation applicable en Région wallonne.

Art. 85. § 1^{er}. L'instruction des projets de périmètre de reconnaissance économique et/ou d'expropriation au sens du décret wallon du 2 février 2017 relatif au développement des parcs d'activités économiques qui sont localisés sur le territoire d'une commune située en région de langue allemande, débutée avant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération se poursuit selon les dispositions en vigueur avant cette date.

§ 2. Les tâches que le décret wallon du 2 février 2017 attribue dans ce cadre aux administrations et fonctionnaires de la Région wallonne, y compris les pouvoirs de décision, sont reprises, à partir de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération et quel que soit le stade de l'instruction, par les administrations et fonctionnaires que le Gouvernement de la Communauté germanophone désigne.

§ 3. Les interventions financières, y compris celles réalisées dans le cadre d'un programme de financement alternatif, octroyées avant la date de l'entrée en vigueur du présent accord de coopération par la Région wallonne en application du décret wallon du 11 mars 2004 relatif aux infrastructures d'accueil des activités économiques ou du décret wallon du 2 février 2017 relatif au développement des parcs d'activités économiques pour des actes, travaux ou études se rapportant à des projets localisés sur le territoire d'une commune située en région de langue allemande, restent à charge de la Région wallonne et sont liquidées par le Gouvernement wallon selon la législation applicable en Région wallonne.

Art. 86. Les Gouvernements wallon et de la Communauté germanophone sont habilités à adapter de commun accord le dispositif des articles 15, 17, 18, 19, 25, 26, 27 et 28 aux fins exclusives de le mettre en conformité avec le prescrit des articles 26 à 34 du décret wallon du 24 mai 2018 transposant la directive 2014/52/UE du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 modifiant la directive 2011/92/UE concernant l'évaluation des incidences de certains projets publics et privés sur l'environnement et modifiant le décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement en ce qui concerne la dématérialisation et la simplification administrative et diverses dispositions, dans sa version publiée au *Moniteur belge* du 6 juin 2018, lorsque ceux-ci seront entrés en vigueur.

Art. 87. Le présent accord de coopération entre en vigueur le 1^{er} janvier 2020.

Fait à Namur, le 14 novembre 2019, en six exemplaires originaux en français et en allemand.

Pour la Région wallonne :

Le Ministre-Président,
E. DI RUPO

Le Vice-Président et Ministre de l'Economie, du Commerce extérieur,
de la Recherche et de l'Innovation, du Numérique, de l'Aménagement du territoire,
de l'Agriculture, de l'IFAPME et des Centres de compétences,
W. BORSUS

Le Vice-Président et Ministre du Climat, de l'Energie et de la Mobilité,
Ph. HENRY

Le Ministre du Logement, des Pouvoirs locaux et de la Ville,
P.-Y. DERMAGNE

La Ministre de l'Environnement, de la Nature,
de la Forêt, de la Ruralité et du Bien-être animal,
C. TELLIER

Pour la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Santé et
des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,
A. ANTONIADIS